

Wahlprogramm zur Europawahl 2019

ENTWURF

FÜR EIN SOZIALES EUROPA
FÜR EIN FRIEDLICHES EUROPA
FÜR EIN DEMOKRATISCHES EUROPA
FÜR EIN GANZ ANDERES EUROPA

DIE LINKE.

| | |
|--|----------|
| Einleitung | Seite 3 |
| 1. Gute Arbeit gerecht in Europa | Seite 5 |
| Programm gegen Arbeitslosigkeit und für eine Zukunft für die Jugend Demokratie und Mitbestimmung in Arbeit und Unternehmen | |
| 2. Soziale Absicherung für alle, Armut in Europa abschaffen | Seite 10 |
| Die Rentensysteme sicher machen: Raus aus der Privatisierung und aus den Finanzmärkten | |
| 3. Ein gutes Leben für alle in Europa statt Markt und Privatisierung | Seite 11 |
| Gute Gesundheitsversorgung in ganz Europa Die Pflege-Ketten unterbrechen. Für gute Arbeit in der Pflege Keine Rendite mit der Miete – Wohnen muss bezahlbar sein | |
| 4. Menschen vor Profite – der LINKE Plan für eine gerechte, soziale und ökologische Wirtschaft | Seite 14 |
| Wir investieren in die Zukunft Industriepolitik von links Die Finanzmärkte in ihre Schranken weisen Gerecht geht anders: Mit Steuern steuern | |
| 5. Klimaschutz kennt keine Grenzen. Für einen sozialen und ökologischen Neustart | Seite 19 |
| Mit LINKS: Das Klima retten Mehr Mobilität mit weniger Verkehr Ressourcen schützen Für eine gerechte und ökologische Landwirtschaft Die Meere schützen, Überfischung stoppen Die natürlichen Lebensgrundlagen erhalten Wirksamer Tierschutz | |
| 6. Für Frieden in Europa und der Welt | Seite 25 |
| Gegen die Militarisierung der EU: Abrüsten! Rüstungsexporte verbieten Konflikte friedlich lösen Eine gerechte Handelspolitik als Motor für eine friedliche Entwicklung LINKE Entwicklungspolitik. So geht gerecht Für eine solidarische Nachbarschaftspolitik | |
| 7. Das Sterben beenden – Kontinent der Solidarität statt Festung Europa! | Seite 30 |
| Die Menschlichkeit retten: Investitionen in Seenotrettung statt Frontex Eine soziale Offensive und gleiche Rechte für alle Gerechtigkeit globalisieren! Unser europäischer Plan zur Bekämpfung von Fluchtursachen | |

8. Wirkliche Demokratie statt Lobby der Konzerne Seite 34

Die Macht von Kommission und Räten brechen. Das europäische Parlament stärken
Mehr direkte Demokratie, Volksabstimmungen und Referenden
Eine Verfassung für Europa
Grundrechte verteidigen und weiterentwickeln
Den Sumpf trockenlegen: Lobbyisten der Großunternehmen zurückdrängen
Keine Sonderklagerechte für Konzerne - Neoliberale Freihandelsabkommen stoppen
Bürgerrechte 4.0 - Datenschutz garantieren

9. Unteilbar: Gegen Rassismus, Antisemitismus und Ausgrenzung – gleiche Rechte für alle Seite 39

Dem Rassismus entgegentreten: gegen Rechtspopulismus und Neofaschismus in Europa
Gleiche Rechte für Sinti und Roma
»Wenn wir streiken, steht die Welt still«: LINKER Feminismus
Sexuelle und geschlechtliche Selbstbestimmung
Für ein inklusives Europa

10. Information, Bildung und Kultur: demokratisch Seite 42

Freier Zugang zu Wissen und Informationen
Cybersicherheit
Bildung für ein anderes Europa
Wissenschaft und Innovation für den sozial-ökologischen Umbau Europas
Kulturelle Vielfalt in Europa

11. Wir überlassen Europa nicht den Rechten und den Neoliberalen Seite 46

1 Einleitung

2 Wir kämpfen für ein soziales Europa, in dem alle gut arbeiten und leben können. In dem nicht die
3 Ungleichheit wächst, sondern der Zusammenhalt. In dem alle vor Armut geschützt sind. Ein Europa, in
4 dem sich nicht die großen Unternehmen vor der Finanzierung des Gemeinwohls drücken können,
5 sondern sich alle an die Regeln einer solidarischen Gesellschaft halten. In dem nicht mit den
6 Schultern gezuckt wird, wenn an seinen Grenzen tausende Menschen ertrinken. In dem Sicherheit
7 nicht vor allem heißt: Wir rüsten auf. Für ein Europa, in dem Demokratie nicht dem Markt untergeord-
8 net wird, sondern die Menschen tatsächlich mitentscheiden, wie sie leben wollen und was sie
9 herstellen wollen. In der unser Klima nicht den Profitinteressen einiger Wenigen geopfert wird und wir
10 mit den Lebensgrundlagen so umgehen, dass wir – und die Menschen überall auf der Welt – gut und
11 gesund leben können.

12 Die Europäische Union ist nicht so, wie wir sie wollen. Sie ist nicht mal so, wie sie selbst behauptet.
13 Weil in ihre Verträge Neoliberalismus und Profitstreben eingeschrieben sind. In denen Wettbewerb
14 über dem Bedarf der Bevölkerung steht, die Freiheit der Unternehmen über der Freiheit der Menschen
15 von Armut und Unsicherheit. Weil die EU seit der Wirtschaftskrise vor zehn Jahren nicht dazugelernt
16 hat: Banken und Konzerne sind immer noch nicht reguliert. Ein Teil der EU ist zum Schnäppchenmarkt
17 der großen Konzerne geworden. Soziale Sicherheit für die Menschen wird als Hindernis für den
18 Wettbewerb verstanden. Dagegen will DIE LINKE einen Neustart der Europäischen Union.

19 Neustart der EU heißt, die Prioritäten umkehren: Nicht die Freiheit des Marktes steht an erster Stelle,
20 sondern die Wirtschaft dient den Menschen. Statt dass Konkurrenz und Wettbewerb den Stress
21 erhöhen und die Löhne nach unten drücken, wollen wir gute Arbeitsbedingungen und Löhne, von
22 denen wir leben können. Statt sozialer Ausgrenzung brauchen wir einen garantierten Schutz aller vor
23 Armut. Die wachsende Kluft zwischen Arm und Reich wollen wir schließen. Wir akzeptieren nicht, dass
24 große Konzerne Milliardengewinne machen und kaum Steuern bezahlen, während die Armut wächst
25 und bei den Sozialausgaben gekürzt wird. Wir wollen Europa sozial bewegen. Wir wissen: Der
26 Wohlstand in der EU wird von Steuerflüchtlingen bedroht, nicht von den Menschen, die vor den Folgen
27 unserer Politik auf der Flucht sind. Wir kämpfen für eine Wirtschaftspolitik, die den Menschen dient
28 und nicht den Profiten einiger Weniger. Wir wollen, dass die Jugend in Europa eine Zukunft hat und
29 dass in Bildung, Erziehung, Gesundheit und Soziales investiert wird. Wir wollen ein friedliches Europa.
30 Statt Aufrüstung und dem Aufbau einer Interventionsarmee wollen wir Abrüstung und Entspannungs-
31 politik. Die Zerstörung des Klimas und der Umwelt muss gestoppt werden. Wir wehren uns gegen eine
32 Politik, die wesentliche Bestandteile unseres Lebens, wie Wasser, Luft, intakte Umweltbedingungen,
33 Gesundheit, allein den Profitinteressen unterordnet. Europa muss beim Klimaschutz vorangehen.

34 Wir streiten für ein demokratisches und weltoffenes Europa, in dem für verschiedene Lebensentwürfe
35 und Kulturen Platz ist und Menschen in Not geholfen wird. Wir setzen den Rechten und den Neolibera-
36 len ein Europa der Solidarität, der Demokratie und sozialen Gerechtigkeit entgegen. Gegen den
37 autoritären Kapitalismus stehen wir für Demokratie, Freiheit und Humanität. DIE LINKE kämpft für ein
38 Europa, in dem die Menschen im Mittelpunkt stehen. Für eine Demokratie, in der wir unsere Stimme
39 nicht abgeben, sondern in der wir gemeinsam bestimmen, wie wir leben wollen. Sie wird uns nicht
40 geschenkt werden. Immer noch gilt: Er kämpft das Menschenrecht!

41 Viele werden sagen: das geht doch nicht. Aber wir wissen: Nichts muss so bleiben, wie es ist – wir
42 können Europa gemeinsam verändern. So, dass das Leben für alle Menschen besser wird. Dafür
43 brauchen wir: den Mut, uns mit den Mächtigen anzulegen. Mit den Konzernen, die ihre Steuern
44 hinterziehen, mit den Banken, die sich durch Tricks ihre Gewinne nochmal und nochmal von der
45 Steuer auszahlen lassen, mit der Wirtschaftslobby, die sich ihre Gesetze selbst schreibt, mit den
46 Rechten, die gegen Menschen mit anderer Herkunft, Religion oder Hautfarbe mobil machen, mit den
47 Neoliberalen, die Gelder für ein soziales Europa immer weiter kürzen und stattdessen auf Aufrüstung
48 und den Aufbau von mehr Militär setzen.

49 Niemand muss sich sagen lassen, es geht nicht anders. Wir haben Vorschläge, wie es besser, sozialer,
50 ökologischer, gerechter geht. Wir können Europa solidarisch machen. Eine gerechte Alternative muss
51 das stärken, was die Menschen verbindet. Sie muss das, was für alle da ist, sozial und öffentlich
52 organisieren. Statt Planung und Entscheidung dem Markt zu überlassen, muss was alle angeht, auch
53 von allen demokratisch entschieden werden. Wir müssen ändern, wie unsere Wirtschaft funktioniert,
54 müssen die Kommunen und die Menschen stärken. Wir wollen ein neues Wirtschafts- und Wohl-
55 standsmodell im Interesse der Mehrheit der Menschen durchsetzen, ein Europa der sozialen Garantien
56 statt Abstiegsangst, ein Europa ohne Armut und Niedriglöhne.

57 Wir kämpfen für soziale Mindeststandards, für gute Arbeit, eine armutsfeste Rente. Und wir sagen den
58 Konzernriesen den Kampf an: Niemand darf sich um gerechte Steuern drücken.

59 Wir wollen eine Privatisierungsbremse in der EU und das Öffentliche stärken. Wir wollen, dass
60 bezahlbarer Wohnraum für alle gesichert wird. Wir wollen mehr bezahlbaren Wohnraum in der ganzen
61 EU schaffen. Wir wollen, dass alle Menschen Zugang zu guter Gesundheitsversorgung und die
62 Beschäftigten in Pflege und Gesundheit gute Arbeitsbedingungen haben.

63 Wir wollen Gesundheit und Wohnen dem Markt entziehen und wieder am gesellschaftlichen Bedarf
64 orientieren.

65 Wir haben einen LINKEN Plan, wie wir das Klima retten, der sozial gerecht ist. Wir wollen die Energie-
66 versorgung in öffentliche und genossenschaftliche Hand bringen und alle schmutzigen Energiequellen
67 abschalten.

68 Dass Aufträge für wirtschaftliche Unternehmungen in der ganzen EU ausgeschrieben werden, drückt
69 auf Löhne und Qualität und macht es in vielen Fällen unmöglich, vor Ort zu planen und die Bevölke-
70 rung in die Entscheidungen einzubeziehen. Wir wollen weg von kurzfristigen Finanzspekulationen und
71 regionale, tragfähige, innovative und nachhaltige Strukturen aufbauen. Dazu brauchen wir ein
72 Programm für Investitionen, die solche regionalen Strukturen aufbauen.

73 Wir wollen Demokratie ausbauen und dafür sorgen, dass es etwas zu entscheiden gibt. Wir wollen,
74 dass das EU-Parlament ein wirkliches Parlament wird – gleichzeitig soll in der EU nur das entschieden
75 werden, was dort hingehört. Was in der Kommune gemacht wird, soll auch dort entschieden werden.

76 Waffen schaffen keinen Frieden! Die Planungen für den EU-Haushalt sehen vor, die Ausgaben für
77 regionale Förderung um etwa ein Fünftel zu kürzen – zugunsten von Aufrüstung und Grenzschutz. Es
78 werden Voraussetzungen geschaffen, dass eine eigene EU-Armee aufgebaut werden kann. Wir sagen
79 nein! Stattdessen legen wir ein Programm für Abrüstung und Entspannung vor.

80 Wir beenden das Sterben an den Grenzen. Die EU macht sich bereit für einen Krieg gegen die Armen
81 und Geflüchteten der Welt. Wir sagen dagegen: Seenotrettung ist kein Verbrechen, sondern Pflicht,
82 internationales Seerecht und Selbstverständlichkeit. Wir streiten für solidarische Lösungen, die allen
83 Menschen eine Zukunft ermöglicht. Die denen, die neu nach Europa kommen, das Recht auf die freie
84 Wahl des Aufenthalts gibt und gleichzeitig die Kommunen, Länder und Staaten bei der Integration und
85 dem Aufbau einer guten sozialen Versorgung für alle Menschen unterstützt.

86 So wie die Europäische Union ist, darf sie nicht bleiben.

87 Was steht auf der Verpackung der EU? Solidarität, Freiheit, Frieden, ein geeintes Europa. Das wäre
88 gut. Aber die EU ist so nicht. Freiheit gilt vor allem für Konzerne und Unternehmen. Die »Solidarität«
89 der neoliberalen Krisenbearbeitung hat viele Menschen in Armut und Verzweiflung gestürzt und einer
90 Generation von jungen Menschen die Zukunft gestohlen. Statt gleichwertige Lebensverhältnisse für
91 alle zu schaffen ist soziale Ungleichheit gewachsen. Gelder, die die Lebensbedingungen der Menschen
92 angleichen sollten, werden in großem Stil vom Sozialen in die Aufrüstung umgeschichtet, die
93 Mitgliedstaaten werden zur Aufrüstung verpflichtet.

94 Viele Menschen erleben die EU als fern von ihnen: Entscheidungen fallen, die sie nicht beeinflussen
95 können. Sie hören von der EU, wenn erklärt wird, warum Aufträge in der Kommune an billigere Firmen,
96 die jedoch soziale und ökologische Standards missachten, vergeben werden. Sie hören von der EU,
97 warum nicht mehr bezahlbare Wohnungen gebaut werden. Sie hören von ihr, wenn zentrale Aufgaben

98 der Gesellschaft an private Unternehmen und den Markt übergeben werden – und dann schlechter
99 werden.

100 Die EU ist in einer Krise. Gemeinsame Lösungen für alle Mitgliedstaaten zu finden, gelingt kaum noch.
101 Wie oft in der Geschichte soll Aufrüstung politische Einigung ersetzen. Großbritannien verlässt die EU,
102 in vielen Ländern wächst die extreme Rechte. Sie bedroht das Leben und die Sicherheit vieler
103 Menschen, sie rufen zum Kulturkampf und greifen nach der Macht in Europa. Doch ausgerechnet die
104 Parteien, die die Grundlage für den rechten Erfolg gelegt haben – die neoliberalen, konservativen
105 Parteien und die kraftlose Sozialdemokratie – wollen ihre gescheiterte Politik fortsetzen. Auf die
106 drängenden Probleme geben sie keine Antworten – oder die falschen. Gegen die wachsende Un-
107 gleichheit braucht es mehr als eine Digitalsteuer. Wir müssen Privatisierung und Wettbewerb
108 zurückdrängen und die Bedürfnisse der Menschen in der EU höher bewerten als den Profit für die
109 Unternehmen. Gegen die Klimabedrohung hilft nicht nur ein bisschen grünerer Kapitalismus, wir
110 müssen die Erhaltung von Natur und Umwelt über den Profit stellen.

111 Wir überlassen Europa nicht den Rechten und nicht den Neoliberalen. Nicht Macron oder Merkel sind
112 die Alternative zum Ruck nach rechts. Der Rechtsruck ist auch ein Ergebnis der neoliberalen Politik.
113 Erfolg im Kampf gegen rechts kann es nur geben, wenn wir die Grundlagen ändern, von denen die
114 extreme Rechte zehrt: die unsoziale Politik von Wettbewerbsfähigkeit, Schuldenbremse, Privatisierung
115 und die Aushöhlung der Demokratie, die die Bundesregierung vorangetrieben hat. Wir stehen vor einer
116 Weichenstellung: Neustart der Europäischen Union oder eine autoritäre Entwicklung, die Sozialstaat,
117 Demokratie und Frieden bedroht. Die Macht der Superreichen und der Konzerne wird immer mehr zur
118 Gefahr für die Demokratie. Die Zeit drängt. Kleine Korrekturen hier und da reichen nicht.

119 Die Vorstellung eines geeinten Europas beflügelt die Wünsche und Träume vieler Menschen. Auch von
120 uns. Und das ist gut so. Denn es gibt ein anderes Europa: das Europa der vielen Menschen, die gegen
121 die Privatisierung des Wassers Unterschriften gesammelt haben – sie wissen, dass der Markt keine
122 gleichwertigen Lebensverhältnisse schafft. Das Europa der Beschäftigten von RyanAir und Amazon,
123 die über die Grenzen hinweg einen gemeinsamen Kampf geführt haben für bessere Löhne und
124 Arbeitsbedingungen und für Würde und Respekt – sie zeigen, was Solidarität ist. Das Europa der
125 vielen Menschen, die gegen die unsoziale Austeritätspolitik, gegen Sozialabbau und Lohnkürzungen
126 zusammen mit ihren Gewerkschaften streiken und demonstrieren. Das Europa der Millionen Men-
127 schen, die sich gegen die Privatisierung von öffentlichem Eigentum eingesetzt haben und die für
128 wirklichen Klimaschutz streiten. Unzählige, die nicht nur in Deutschland gegen rechte Hetze und
129 Rassismus auf die Straße gehen. Das Europa der Frauen, die aufgestanden sind und für ihre Rechte
130 kämpfen, sie wissen, was Freiheit ist. Das Europa der Menschen, die sich Rüstungsexporten und
131 Kriegseinsätzen in den Weg stellen – sie wissen, Waffen schaffen keinen Frieden.

132 Viele bewegen sich. Sie sind die Hoffnung. Zusammen sind wir die Zukunft. Zeigen wir das.

133 1. Gute Arbeit: gerecht in Europa

134 Millionen Menschen in Europa wünschen sich gute Arbeit, von der sie gut leben können. Aber die
135 Politik der EU folgt nicht den Interessen der Mehrheit der Beschäftigten, sondern denen einer
136 Minderheit von Konzerneigentümern, Superreichen und Finanzaktionären. Während die Profite der
137 265 größten, börsennotierten Unternehmen aus Europa um 21 Prozent gewachsen sind, haben es
138 Millionen Menschen in Europa schwer, mit ihrem Lohn über die Runden zu kommen. Das ist die Folge
139 der Politik der deutschen Regierung, die Folge von einem zu niedrigen Mindestlohn, von – politisch
140 absichtlich – geschwächten Tarifverträgen, von einem staatlich aufgeblasenen Niedriglohnsektor. DIE
141 LINKE streitet in Deutschland und Europa für höhere Löhne und gute Arbeit!

142 Jeff Bezos, der Besitzer von Amazon, ist der reichste Mann der Welt. Seine Beschäftigten kämpfen an
143 vielen Standorten in Europa für die einfachsten Dinge: aufs Klo gehen dürfen, von einer Gewerkschaft
144 vertreten zu werden, genug zu verdienen, um davon leben zu können. In den USA haben die Beschäf-
145 tigten erfolgreich für einen Stundenlohn von mindestens 15 Dollar für die Amazon-Beschäftigten
146 gekämpft. Auch in Deutschland und Europa gilt: Niemand, der für den reichsten Mann der Welt
147 arbeitet, sollte den Lohn mit Hartz IV aufstocken oder einen zweiten Job annehmen müssen! Konzerne

148 wie Ryanair und Amazon haben Lohndumping und Niedriglöhne zum Geschäftsmodell erhoben.
149 Dagegen wehren sich die Beschäftigten mit Streiks – mittlerweile Grenzen überschreitend. Wir stehen
150 an der Seite der Beschäftigten und der Gewerkschaften. Die Gewinner der neoliberalen Ausrichtung
151 der EU sind eine Minderheit: Konzernbesitzer, Top-Manager, Banker, wenige der hoch qualifizierten
152 Beschäftigten. Wenn wir gemeinsam durchsetzen, dass sich auch die Großkonzerne an die Regeln
153 halten müssen, können wir die EU im Interesse aller Beschäftigten, im Interesse der Mehrheit,
154 verändern.

155 In Österreich wurde von der konservativ-rechten Regierung der 12-Stunden-Tag eingeführt. Auch in
156 Deutschland arbeiten viele Menschen immer länger, um über die Runden zu kommen. Gleichzeitig
157 finden Millionen Menschen keine Arbeit oder nur Minijobs. Viele Frauen landen in prekärer Teilzeit, die
158 am Ende zu Altersarmut führen kann – entweder, weil sie keine anderen Verträge bekommen oder weil
159 sie sich um Kinder und pflegebedürftige Menschen kümmern. Die hohe Jugendarbeitslosigkeit in Süd-
160 und Osteuropa und befristete Jobs auch hierzulande verhindern, dass sich junge Menschen eine
161 Zukunft aufbauen können. Noch immer verdienen Frauen in der EU im Schnitt 16,1 Prozent weniger
162 als Männer. Viele Frauen arbeiten zu Niedriglöhnen und in Bereichen, in denen keine Tarifverträge
163 gelten. Die Arbeit mit den Menschen in der Pflege, Gesundheitsversorgung, Bildung und sozialen
164 Arbeit wird immer noch viel zu schlecht bezahlt.

165 Die EU will die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit steigern, den EU-Binnenmarkt für die Unterneh-
166 men weiter öffnen und die Arbeitsmärkte weiter flexibilisieren. Wettbewerb und die Freiheit der
167 Unternehmen dürfen jedoch nicht über den Schutzrechten für die Beschäftigten und den sozialen
168 Rechten der Menschen stehen. Statt gute Arbeit für alle in der EU zu schaffen, wird der Kampf um die
169 besten Köpfe geführt. Was »Flexicurity« genannt wird, zielt darauf, Tarif- und Sozialstandards
170 abzusenken. So wie die EU aufgestellt ist – und so wie die Bundesregierung in der EU Politik macht –
171 kommt dabei raus: Niedriglöhne, prekäre Arbeit und Dauerstress.

172 Dem setzen wir entgegen: Gute Arbeit muss für alle Beschäftigten normal werden. Dafür schaffen wir
173 klare Standards, die von niemandem und nirgendwo unterlaufen werden dürfen.

- 174 – Unbefristete und sozial abgesicherte Arbeit. Arbeit mit Zukunftsperspektiven statt prekäre Jobs.
- 175 – Arbeitszeiten, die zum Leben passen statt Dauerstress, prekärer Teilzeit und Minijobs.

176 Löhne rauf! Wir kämpfen für Löhne, die für ein gutes Leben reichen.

177 Die Löhne in Deutschland sind gemessen an der hohen Produktivität der Arbeit viel zu gering.
178 Millionen Beschäftigte leben unter schlechteren Lebensbedingungen als es wirtschaftlich möglich und
179 sinnvoll wäre. Denn die zu niedrigen Löhne und zu hohen Exporte der deutschen Konzerne sorgen
180 dafür, dass die Wirtschaft in den anderen EU-Ländern nieder konkurriert wird. Es ist eine Spirale nach
181 unten: Deutsche Exporte machen Druck auf die Löhne in der EU und dann wird den Beschäftigten in
182 Deutschland gesagt, dass sie die Standards senken müssen, um konkurrenzfähig zu sein. Wir brechen
183 mit der Spirale nach unten! Wir brauchen gemeinsame Standards. Viele Menschen haben zu Recht
184 Angst, dass gemeinsame Standards bedeuten, dass sie schlechter gestellt werden. Wir wollen das
185 Gegenteil. Gemeinsame Standards muss heißen: Von den Errungenschaften der jeweiligen Länder aus
186 geht es nur nach oben. Eine Angleichung nach unten muss ausgeschlossen sein. In vielen europäi-
187 schen Ländern konnte mit Mindestlöhnen eine untere Grenze für die Löhne gezogen werden. Aber
188 viele dieser Mindestlöhne sind keine existenzsichernden Löhne, sondern weiter Armutslohne – auch
189 der Mindestlohn in Deutschland gehört dazu. Tarifverträge und Gewerkschaften werden durch
190 Maßgaben der EU geschwächt. Nur noch eine Minderheit von Beschäftigten in Europa ist durch
191 Tarifverträge geschützt.

192 Ein Weg zu höheren Löhnen für alle ist:

- 193 – Mindestlöhne zu schaffen, die zum Leben und für eine armutsfeste Rente reichen. Davon sind wir
194 in vielen Ländern in der EU weit entfernt – auch in Deutschland.
- 195 – Eine solidarische Lohnpolitik in Europa, die in allen Mitgliedstaaten die Spielräume der Produktivi-
196 tät der jeweiligen Branche nutzt und so die Umverteilung von den Beschäftigten zu den Unterneh-

197 men stoppt. Das würde für Deutschland bedeuten, dass die Löhne sofort steigen– und damit der
198 Lebensstandard von allen.

199 Wir treten für eine verbindliche europäische Mindestlohnregelung ein: Alle EU-Staaten werden dazu
200 verpflichtet, existenzsichernde Mindestlöhne einzuführen. Dafür müssen sie oberhalb von 60 Prozent
201 der derzeitigen nationalen Durchschnittsentgelte liegen. Für Deutschland heißt das heute: 12 Euro
202 Mindestlohn, ohne Ausnahmen. Statt Frontex und die Festung Europa auszubauen brauchen wir
203 wirksame Kontrollen für den Mindestlohn, die von den Gemüsefeldern in Griechenland und Spanien
204 bis zu Schlachthöfen, Bauwirtschaft und Landwirtschaft in ganz Europa reicht.

205 – Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort: Lohndumping durch Leiharbeit, Werkverträge und
206 Auslagerungen stoppen! Für Subunternehmen und für einzelne Branchen dürfen keine Ausnahmen
207 gemacht werden.

208 Es ist ein Erfolg der Gewerkschaften und der linken Parteien, dass die Entsenderichtlinie ausgeweitet
209 wurde. Es fallen nun fast alle Tarifverträge darunter. Jetzt müssen die letzten Ausnahmen fallen –
210 gerade im Transportsektor! Und: Wo keine Tarifverträge abgeschlossen sind, ist nur der Mindestlohn
211 die Orientierung und drückt damit die Löhne. Lohndumping können wir nur unterbinden, wenn wir die
212 Tarifverträge wieder ausweiten.

213 – Die Umsetzung der Entsenderichtlinie muss konsequent kontrolliert und durchgesetzt werden.

214 – Die Troika hat in die Tarifautonomie verschiedener Länder eingegriffen, damit das Lohnniveau
215 gesenkt und den Wettbewerb nach unten in der ganzen EU verschärft. Wir fordern als ersten
216 Schritt, dass alle Mitgliedsstaaten verpflichtet werden, flächendeckende Tarifverträge statt Tarif-
217 flucht zu fördern. In Deutschland wollen wir durchsetzen, dass Tarifverträge auf Antrag der Ge-
218 werkschaften für allgemeinverbindlich erklärt werden können. Damit wollen wir die Tarifbindung
219 stärken und dazu beitragen, dass alle Beschäftigten durch flächendeckende und verbindliche
220 Tarifverträge vor Lohndumping geschützt werden.

221 – Das neue EU-Vergaberecht bietet mehr Spielräume, in Bund, Ländern und Kommunen eigene
222 Kriterien für Vergaben festzulegen. Wir wollen als Kriterien festlegen: Wer regional und ökologisch
223 verträglich wirtschaftet und Tarifverträge einhält, bekommt den Zuschlag. Kommunen und Ländern
224 dürfen nur Unternehmen zur Ausschreibung von öffentlichen Aufträgen zulassen, die unter Tarifver-
225 träge fallen und in Deutschland einen Vergabe-Mindestlohn von 12 Euro in der Stunde einhalten.

226 – Solidarität kennt keine Grenzen: Der Kampf der Beschäftigten von RyanAir an unterschiedlichen
227 Standorten hat deutlich gemacht: Die Unternehmen nutzen alle Möglichkeiten, um Löhne zu drü-
228 cken und Standards zu senken. RyanAir hat dabei gegen die Entsenderichtlinie verstoßen. Die
229 Gegenwehr der Beschäftigten kann und muss über die Grenzen reichen. Wir wollen die Möglichkei-
230 ten grenzüberschreitender Kämpfe und Streikaktivitäten verbessern. Wirkliche Freiheitsrechte
231 erfordern einen Schutzrahmen für die Beschäftigten.

232 In vielen europäischen Ländern werden mit Verweis auf niedrigere Lebenshaltungskosten niedrigere
233 Löhne gerechtfertigt. Das Preisniveau für die Bevölkerung ist aber oft ähnlich dem deutschen. Das ist
234 ein Problem für die Beschäftigten dort wie hier – und es steht dem Ziel der gleichen Lebensbedingun-
235 gen in der EU entgegen. Wir wollen die Voraussetzungen für grenzüberschreitende Solidarität und
236 Kooperation der Belegschaften und Gewerkschaften verbessern.

237 – Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit: Arbeit mit den Menschen und körperlich besonders
238 belastende Arbeit besser bezahlen! Die EU-Staaten müssen dazu verpflichtet werden, eine bessere
239 Entlohnung der Arbeit im öffentlichen und privaten Dienstleistungssektor, in körperlich belasten-
240 den Berufen und in der Landwirtschaft zu fördern.

241 Ein gemeinsamer europäischer Arbeitsmarkt braucht gemeinsame Regeln, die sich am Interesse der
242 Beschäftigten nicht der Konzerneigentümer orientieren. Um Lohn- und Sozialdumping zu überwinden
243 und den Standort- und Konkurrenzdruck zu verringern, wollen wir gemeinsame Mindeststandards und
244 starke, einklagbare Rechte für die Beschäftigten durchsetzen – auch bei grenzüberschreitender Arbeit.

245 Während z. B. in Deutschland viele Beschäftigte nur Minijobs, Werkverträge oder Verträge mit zu
246 wenig Stunden erhalten, gilt in Frankreich eine Mindeststundenzahl von 22 Stunden pro Woche für
247 Arbeitsverträge – als Recht der Beschäftigten.

248 Wir wollen ein Neues Normalarbeitsverhältnis in der EU durchsetzen. Arbeit muss für alle Beschäftig-
249 ten sicher und unbefristet, tariflich bezahlt, sozial abgesichert und demokratisch mitgestaltet sein.
250 Das gilt, egal ob die Arbeit mit Laptop oder Wischmopp, im Pflegekittel oder Blaumann geleistet wird.
251 Niemand darf dazu gezwungen werden, die Heimat zu verlassen, weil er oder sie keine Arbeit finden
252 oder der Lohn nicht zum Leben reicht. Alle erhalten gleiche Rechte und eine starke Absicherung für
253 grenzüberschreitendes Arbeiten.

- 254 – Wir wollen prekäre Arbeit zurückdrängen: Wenn ein Mitgliedstaat einen zu hohen Anteil an
255 Beschäftigten in unfreiwilliger Teilzeit, Leiharbeit, sachgrundloser Befristung oder im Niedriglohn
256 hat, wird er verpflichtet, Regulierungen einzuziehen und gute Arbeit zu fördern.
- 257 – Unbefristete Beschäftigung ohne Sachgrund abschaffen: In ganz Europa drücken befristete
258 Arbeitsverträge auf die Löhne und erschweren gewerkschaftliche Organisation und gewerkschaft-
259 liche Kämpfe. Wir wollen Befristungen ohne Sachgrund in der EU Richtlinie ausschließen. Dabei
260 kommt dem Öffentlichen Dienst eine wichtige Vorbildfunktion zu!
- 261 – Wir wollen Leiharbeit abschaffen. Bis dahin müssen sich Unternehmen die Flexibilität mit 10
262 Prozent zusätzlichem Lohn leisten.
- 263 – Digitalisierung nicht auf dem Rücken der Beschäftigten: Wir brauchen Regulierung von Plattform-
264 arbeit, die der digitalen Prekarität etwas entgegensetzt. Wir stehen an der Seite der Beschäftigten
265 von Deliveroo und anderen Lieferdiensten, die an verschiedenen Orten in Europa um gute Löhne,
266 Arbeitsverträge, Gesundheitsschutz und gewerkschaftliche Vertretung kämpfen. Die Definition von
267 »Arbeitnehmer« und »Betrieb« muss in Zeiten des digitalen Kapitalismus angepasst und europaweit
268 einheitlich gefasst werden. Für Plattformen, Arbeit in der Cloud oder Crowd und für alle anderen
269 neuen Formen von Betrieben müssen die gleichen Arbeitsstandards und Schutzrechte gelten.
- 270 – Die EU wird mit uns das Recht auf Bildung und Ausbildung sichern und mit EU-Mitteln fördern.
- 271 – In der EU gibt es zu viele Behörden, die im Interesse von Konzernen arbeiten und zu wenige, die
272 Rechte der Beschäftigten schützen. Die Europäische Arbeitsbehörde wollen wir stärken: Sie
273 braucht Initiativ- und Sanktionsrechte bei Verstößen gegen Beschäftigten-Rechte, Regeln und
274 Gesetze. Auch die nationalen Kontrollinstanzen wollen wir stärken.

275 Wir wollen Arbeitszeiten, die zum Leben passen. Arbeit darf nicht krank machen. Wir stoppen
276 Dauerstress und den Überstundenberg. In allen EU-Ländern muss eine wöchentliche Höchstarbeitszeit
277 von 40 Stunden eine Grenze sein. Jede Arbeitszeit muss dokumentiert und bezahlt werden. Wir wollen
278 ein Veto-Recht der Beschäftigten gegen Dauerstress. Statt Überstunden und Überlastung der
279 Beschäftigten als gegeben hinzunehmen schaffen wir einen Mechanismus »mehr Personal statt
280 Überstunden«: Indem wir eine verbindliche Grenze für Überstunden einführen und die Mitbestimmung
281 bei Personalbemessung und Arbeitsorganisation verbessern.

282 Mit dem Neuen Normalarbeitsverhältnis können die Beschäftigten die Arbeitszeit selbstbestimmter
283 gestalten, mit Arbeitszeiten zwischen 22 und 35 Stunden pro Woche. Alle Beschäftigten erhalten das
284 Recht auf 22 Stunden/Woche in ihrem Arbeitsvertrag. Das ermöglicht Frauen und Männer, gleichbe-
285 rechtigt am Erwerbsleben teilzunehmen und Haus-, Erziehungs- und Pflegearbeiten zu gleichen Teilen
286 zu schultern. Und es schafft Arbeitsplätze und Zukunftsperspektiven für junge Menschen!

287 Programm gegen Arbeitslosigkeit und für eine Zukunft für die Jugend

288 15 Prozent der jungen Menschen in der EU sind erwerbslos. In Griechenland, Spanien und Italien sind
289 es zwischen 30 und 40 Prozent. Eine ganze Generation wird um ihre Zukunft betrogen. Viele sind
290 gezwungen, ihre Heimat zu verlassen und nach Möglichkeiten in anderen EU-Ländern zu suchen. Die
291 EU hat in der Bewältigung der Krise versagt. Alle Parteien sprechen davon, wie sie Jugendarbeitslosig-
292 keit bekämpfen wollen, aber die »Jugendgarantie« der EU ist wirkungslos: sie ist kraftlos und zu niedrig
293 geplant. Wir wollen eine Offensive gegen Jugendarbeitslosigkeit.

294 Für viele stellen prekäre Arbeitsbedingungen und schlechte Löhne den »normalen« Einstieg in die
 295 Berufstätigkeit dar. Unsere Normalität sieht anders aus! Wir wollen gute Arbeit für junge Menschen,
 296 mit der sie ihre Zukunft planen können.

297 Wir streiten dafür, ein Beschäftigungsziel für die EU gesetzlich festzuschreiben: Unser Beschäftigungs-
 298 ziel ist Vollbeschäftigung. Dieses Beschäftigungsziel wollen wir auch als Leitlinie für die Europäische
 299 Zentralbank festschreiben.

300 – Die Mittel für die Jugendgarantie müssen erhöht werden.
 301 – Dafür wollen wir in Bildung und Weiterbildung investieren, sozial und ökologisch sinnvolle
 302 Innovationen fördern und öffentliche Beschäftigung stärken.
 303 – Ab 5 Prozent Erwerbslosenquote werden Mitgliedstaaten verpflichtet, ein öffentliches Beschäfti-
 304 gungsprogramm und Schritte für Arbeitszeitverkürzung einzuleiten. Unsere Perspektive für ein
 305 Europa ohne Armut und Erwerbslosigkeit ist: Arbeit gerecht verteilen, Arbeitszeitverkürzung mit
 306 Lohn- und Personalausgleich durchsetzen.

307 Wir wollen die wirtschaftlichen Perspektiven der Menschen vor Ort stärken. Wir investieren in
 308 öffentlichen Dienstleistungen, wir stärken die wirtschaftliche Eigentätigkeit der Kommunen im
 309 sozialen Wohnungsbau, wir schaffen Bildung und Arbeit in der Bildung.

310 Mit Arbeitszeiten rund um die 30-Stunden-Woche kann Erwerbslosigkeit überwunden werden.
 311 Reichtum und Zeit werden gerecht verteilt, eine sozial und ökologisch sinnvolle Perspektive für ein
 312 besseres Leben.

313 Demokratie und Mitbestimmung in Arbeit und Unternehmen

314 In der EU ist es um die Demokratie nicht gut bestellt. Wir wollen die Mitbestimmung der Menschen
 315 auf allen Ebenen stärken: in den Parlamenten, in Bund und Ländern, in den Regionen und Kommunen.
 316 Demokratie darf nicht an den Toren der Unternehmen enden: Wir wollen Mitbestimmung der
 317 Beschäftigten stärken. Gewerkschaften und Betriebsräte sollen in regionalen Gremien über Einsatz
 318 von Investitionsmitteln mitentscheiden. Und wir wollen kollektive Unternehmen – Belegschaftsbetrie-
 319 be, Genossenschaften und öffentliche Unternehmen – stärken.

320 – Wir haben eine Initiative für mehr Mitbestimmung in den Unternehmen der EU gestartet. Wir
 321 wollen, dass für die EU Mindeststandards zur Beteiligung der Beschäftigten festgelegt werden. Die
 322 Schlupflöcher, die viele Unternehmen in der EU nutzen, um eine Mitbestimmung der Beschäftigten
 323 zu unterlaufen, müssen geschlossen werden. Unternehmen dürfen sich nicht aus der Mitbestim-
 324 mung schleichen, indem sie eine europäische Aktiengesellschaft (SE) gründen.

325 – Wir wollen europäische Betriebsräte stärken. Die Beschäftigten müssen das Recht haben,
 326 Beschäftigtenvertretungen zu wählen, die im Aufsichtsrat sitzen. Wir schlagen eine europäische
 327 Arbeiterkammer vor, die im Sinne der Beschäftigten in Europa deren soziale, wirtschaftliche und
 328 berufliche Belange vertritt.

329 – Unternehmen, die Profite machen, dürfen keine Massenentlassungen durchführen und Arbeitsplät-
 330 ze vernichten.

331 – Bei Standortverlagerungen haben die Gewerkschaften ein Veto-Recht.

332 – Unternehmen, die Fördermittel, Steuererleichterungen oder andere Anreize von EU, Bund, Land
 333 oder Kommune für die Ansiedlung erhalten haben, dürfen ihre Standorte nur verlagern, wenn für
 334 Steuererleichterungen und Fördermittel Ersatz geleistet haben.

335 – Die Europäische Sozialcharta sieht das Streikrecht auch für Beamte und außerhalb
 336 von Tarifverhandlungen vor. In Deutschland ist beides verboten – Deutschland wurde dafür von der EU
 337 gerügt. Wir streiten für ein Recht auf europaweiten politischen Streik und eine Weiterentwicklung des
 338 Streikrechts: Solidaritätsstreiks in transnationalen Unternehmen müssen möglich sein.

339 2. Soziale Absicherung für alle, Armut in Europa abschaffen

340 Für alle Menschen in der EU muss gelten: die Grundbedürfnisse – Wohnen, Gesundheit, Schutz vor
341 Armut – und sozialen Menschenrechte werden gesichert. Der Vorrang für Markt und Wettbewerb in
342 Gesundheit und Wohnen haben den Alltag vieler Menschen verschlechtert. Die »Krisenbewältigung«
343 der EU hat mit den Auflagen und »Reformen« Millionen Menschen in die Krise gestürzt. Was als
344 »Strukturanpassung« bezeichnet wird, bedeutet für die Menschen zunehmende Verarmung und
345 Ausgrenzung zugunsten der Profite der Unternehmen.

346 Alle EU-Staaten müssen verpflichtet werden, allen Menschen ein Leben ohne Armut zu ermöglichen.
347 Das gilt für Erwachsene wie für Kinder und Jugendliche – unabhängig von Herkunft oder Nationalität.
348 Dazu gehört eine sanktionsfreie Mindestsicherung für Menschen, die keine Erwerbsarbeit haben oder
349 ausüben können. Sie muss oberhalb der Armutsrisikogrenze des jeweiligen Landes liegen.

350 Die Sozialsysteme der Mitgliedstaaten sind unterschiedlich. Es ist nicht notwendig, sie zu vereinheitli-
351 chen. Einheitlich muss sein: das Recht auf ein Leben frei von Armut.

352 Dafür braucht es:

- 353 – Ein Rettungsschirm für die Beschäftigten statt für die Banken: Wenn in Krisen die Erwerbslosigkeit
354 stark ansteigt, muss die soziale Absicherung für Betroffene europaweit garantiert werden.
- 355 – Europäische Arbeitslosenversicherung: Wir wollen, dass in der EU ein Solidar-Fonds eingerichtet
356 wird, aus dem im Krisenfall die Sozial- und Arbeitslosensysteme eines Krisenlandes gestützt wer-
357 den. Für diesen Fonds muss gelten: Superreiche und Konzerne des betroffenen Landes werden
358 durch Sonderabgaben an den Kosten gerecht beteiligt. Der Solidar-Fonds entlässt die Mitgliedstaa-
359 ten nicht aus der Pflicht, gute Arbeit und gute Ausbildung zu schaffen, den Schutz vor prekärer
360 Beschäftigung zu garantieren und eine existenzsichernde Erwerbslosenabsicherung und -
361 vermittlung sicherzustellen.
- 362 – Versicherungsleistungen aus der Renten- und Arbeitslosensystemen müssen ohne Verluste in
363 verschiedenen EU-Ländern ausgezahlt werden (können). Wir wollen die Frist verkürzen, nach der
364 Beschäftigte dem Sozialversicherungssystem des Arbeitsortes unterliegen. Grenzüberschreitendes
365 Arbeiten muss gut abgesichert sein.
- 366 – Deutschland tut zu wenig gegen Armut. Das hat auch die EU-Kommission beanstandet. Für eine
367 Abschaffung der Armut in Deutschland ist es notwendig, endlich das Hartz-IV-System durch eine
368 Erwerbslosenversicherung zu ersetzen und eine individuelle Mindestsicherung ohne Sanktionen in
369 Höhe von derzeit 1.050 Euro netto einzuführen. Wir streiten für eine eigenständige Kindergrundsicher-
370 ung, die jedes Kind, jeden Jugendlichen sicher vor Armut schützt. Jedes Kind ist gleich viel
371 wert. Gegen Armut wirkt auch: Mehr sozialer Wohnungsbau, ein soziales Grundkontingent an
372 Energie, Investitionen in einen besseren und ticketfreien ÖPNV und gebührenfreie Bildung von der
373 Kita bis zur Hochschule für alle.

374 Teile der LINKEN vertreten das Konzept des bedingungslosen Grundeinkommens, um das Recht auf
375 eine gesicherte Existenz und gesellschaftliche Teilhabe jedes Einzelnen von der Erwerbsarbeit zu
376 entkoppeln und vorsorglich vor Armut zu schützen. Dieses Konzept wird in der Partei kontrovers
377 diskutiert. Diese Diskussion wollen wir weiterführen. Wir unterstützen Diskussionsinitiativen und
378 Prüfaufträge zum Grundeinkommen auf europäischer Ebene.

379 Die Rentensysteme sicher machen: Raus aus der Privatisierung und aus den 380 Finanzmärkten

381 Über ein Fünftel der Bevölkerung in der EU ist von Altersarmut bedroht oder bereits betroffen. Die EU
382 muss dafür zu sorgen, dass in allen EU Staaten ein gesetzliches Rentensystem besteht, in dem die
383 Renten den Lebensstandard erhalten und sicher gegen Armut schützen – und in dem die Menschen
384 nicht den Unsicherheiten der Finanzmärkte ausgeliefert sind. Private oder kapitalgedeckte Rentenver-
385 sicherungen sind nicht geeignet, um diese Sicherheit zu schaffen.

- 386 – Die EU-Staaten müssen mit einer Mindestrente garantieren, dass alle Menschen sicher vor Armut
 387 geschützt sind. Sie muss oberhalb der Armutsrisikogrenze des jeweiligen Landes liegen: Die liegt
 388 bei 60 Prozent des gewichteten mittleren Einkommens (fachpolitisch: des Medianäquivalenzein-
 389 kommens). In Deutschland streiten wir für eine einkommens- und vermögensgeprüfte solidarische
 390 Mindestrente von derzeit 1.050 Euro.
- 391 – Die Europäische Kommission hat ein Rentenprodukt entwickelt, das vor allem die Wünsche der
 392 Finanzlobby bedient. Die Erfahrungen mit der Riester-Rente in Deutschland haben jedoch gezeigt:
 393 private Renten rechnen sich für niemanden außer für die Finanzinvestoren. Kapitalgedeckte Ren-
 394 tensysteme wollen wir abschaffen und in umlagefinanzierte überführen.
- 395 – In Deutschland kämpfen wir dafür, dass die gesetzliche Rente wieder den Lebensstandard sichert:
 396 Zurück zu einem Rentenniveau von 53 Prozent und eine Aufwertung von Zeiten im Niedriglohn. Die
 397 Beiträge der Arbeitgeber müssen dabei über denen der Beschäftigten liegen, wie es im österreichi-
 398 schen Modell vorgemacht wird.

399 3. Ein gutes Leben für alle in Europa statt Markt und Privatisierung

400 Die EU hat mit ihren Richtlinien und Verträgen für Wettbewerb und Liberalisierung einen großen Anteil
 401 daran, dass weite Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge nicht mehr öffentlich und nach Bedarf
 402 organisiert werden, sondern privat, in öffentlich-privaten Partnerschaften und mit der Orientierung auf
 403 Profit. Wir wollen zentrale Bereiche des Lebens dem Markt entziehen: Gesundheit, Pflege, Wohnen,
 404 Bildung, öffentlicher Nahverkehr, Energie- und Wasserversorgung. Sie haben entscheidenden Anteil
 405 daran, wie sich der Alltag der Menschen anfühlt. Nur Reiche können sich einen »schlanken Staat« und
 406 eine schlecht ausgebaute öffentliche Daseinsvorsorge leisten. Die Verpflichtung auf Wettbewerb,
 407 Privatisierung und Schuldenbremse haben die Versorgung in vielen Bereichen verschlechtert. Wir
 408 kämpfen zusammen mit vielen anderen gegen Austeritätsprogramme; dagegen, dass öffentliche
 409 Infrastruktur und Dienstleistungen privatisiert oder zusammengekürzt werden. Wir wollen das
 410 Öffentliche stärken: Was für alle da ist, muss allen gehören. Der Markt versagt, wenn es darum geht,
 411 bezahlbaren Wohnraum, Mobilität und Gesundheitsversorgung für alle sicherzustellen. Seine Triebkraft
 412 sind nicht die Bedürfnisse der Menschen, sondern Profitinteressen. Für uns hat Profitstreben, hat der
 413 Markt in der öffentlichen Daseinsfürsorge nichts zu suchen, ob in der Kommune oder in der EU. Wir
 414 wollen Gesundheit, Wohnen, Mobilität und Energieversorgung in öffentlicher Hand – nicht als
 415 Ausnahme von den EU-Regelungen, sondern als deren Bestandteil. Die Verträge und Richtlinien der
 416 EU müssen entsprechend geändert werden.

417 Gute Gesundheitsversorgung in ganz Europa

418 Pflege und Gesundheit stecken europaweit in der Krise. Von der EU, von neoliberalen Regierungen
 419 und von der Lobby der Krankenhauskonzerne wird Druck ausgeübt: Krankenhäuser und personennahe
 420 Dienstleistungen werden immer mehr nach Profit und Wettbewerb organisiert – auf Kosten der
 421 Patientinnen und Patienten. Es fehlen Investitionen, Dienstleistungen werden ausgegliedert und im
 422 privaten Wettbewerb unterboten. Die Folge: Es fehlt Personal, Pflegekräfte sind unterbezahlt und
 423 überlastet, in Krankenhäuser wird nicht ausreichend investiert.

424 Zehn Jahre nach der Bankenkrise sind die Folgen von Austerität und Kürzungen im Sozialen ungebro-
 425 chen: Die Maßnahmen der Troika haben in Griechenland einen Elendssektor geschaffen. Viele
 426 Griechinnen und Griechen sind bis heute auf ehrenamtlich organisierte Gesundheitsversorgung
 427 angewiesen – und das in einer reichen Region wie Europa. Millionen Menschen in Europa sind nicht
 428 krankenversichert oder haben keinen Zugang zu Krankenversorgung. Auch in Deutschland werden
 429 Hürden aufgebaut, die Menschen hindern zum Arzt zu gehen – zum Beispiel das Anfang des 2018 in
 430 Kraft getretene sogenannte Leistungsausschlussgesetz, das bestimmte Gruppen von EU-Bürgern fast
 431 vollständig vom Zugang zum regulären Gesundheitssystem ausschließt.

- 432 – Wir wollen, dass jeder Mensch in der EU ein Recht auf Krankenversicherung und Zugang zu gut
 433 ausgestatteten Gesundheitsleistungen hat. Zugang zu guter Gesundheitsversorgung ist ein Men-

434 schenrecht und muss gegen Markt, neoliberale Kürzungen und Profitinteressen durchgesetzt
435 werden.

436 Der gesamte Gesundheitsbereich wird seit den 1990er Jahren immer mehr Markt und Wettbewerb
437 unterworfen. Die Folge: Die Lebenserwartung von ärmeren Menschen sinkt und vermeidbare
438 Todesfälle steigen. Stationen oder ganze Krankenhäuser werden geschlossen, weil sie nicht »profita-
439 bel« sind. Behandlungen, die lukrativ sind, werden bevorzugt. Die Versorgung wird schlechter.

440 Personalmangel und wenig Zeit für die Hygiene kosten Menschenleben. Wir wollen die Gesundheits-
441 versorgung Markt und Profit entziehen.

442 – Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen sind für die Versorgung der Bevölkerung da. Sie werden
443 über Steuern und Abgaben finanziert und dürfen keinen Gewinn machen.

444 – Wir wollen europaweite Gesundheitskonzerne regulieren und ihnen verbieten, an die Börsen zu
445 gehen.

446 – Pharmakonzerne verkaufen Medikamente zu willkürlich festgelegten Preisen, die sich je nach Land
447 stark unterscheiden – die Patientinnen und Patienten sind dem ausgeliefert. Wir wollen Medika-
448 mentenpreise regulieren: Wir brauchen eine europaweite Preisbindung und eine EU-
449 Notstandsverordnung für Generika.

450 – Den Preis für die fetten Profite im Gesundheitsbereich zahlen nicht nur die Patientinnen und
451 Patienten, sondern auch die Pflegekräfte. Europaweit gilt: Mehr von euch ist besser für alle.
452 Deutschland ist im europäischen Vergleich Schlusslicht beim Verhältnis Patient-Pflegekraft (aktuell
453 13:1). Die Folgen sind Stress, der krank macht und Burnout für die Beschäftigten, Lücken bei der
454 Versorgung und Hygiene, tausende von vermeidbaren Todesfällen bei den Patientinnen und Patien-
455 ten. Um annähernd im europäischen Mittelfeld anzukommen und eine bedarfsgerechte Pflege zu
456 ermöglichen, brauchen wir 100 000 zusätzliche Pflegekräfte in den Krankenhäusern und 40 000 in
457 den stationären Pflegeeinrichtungen. Wollten wir auf das Niveau der Schweiz kommen, müssten es
458 300 000 sein, Norwegen liegt noch darüber (Patient-Pflegekraft 5:1).

459 Die Pflege-Ketten unterbrechen. Für gute Arbeit in der Pflege überall in der EU

460 Europaweit sind Pflegekräfte knapp. Trotzdem sind die Löhne zu niedrig, besonders Pflegekräfte ohne
461 Berufsausbildung verdienen oft einen Hungerlohn. In Deutschland sind viele Patientinnen und
462 Patienten darauf angewiesen, privat eine Pflegekraft zu engagieren, weil sie sich professionelle Pflege
463 nicht leisten können. Oft sind das Migrantinnen, die in ihren Heimatländern keine Perspektive haben –
464 und in deren Familien dann andere Frauen Sorge-Aufgaben übernehmen, manchmal sogar aus
465 Ländern, in denen die Perspektiven noch schlechter sind. So entsteht eine Kette aus prekärer Pflege-
466 Arbeit. Davon profitieren internationale Gesundheitskonzerne wie Fresenius Helios, der in Deutsch-
467 land und Spanien dutzende private Kliniken betreiben.

468 – Schutz für die Pflegenden aus der EU: Die Lücken des deutschen Pflegesystems dürfen nicht über
469 Lohndumping und Entrechtung von Pflegenden aus dem (innereuropäischen) Ausland geflickt
470 werden.

471 – Wir wollen solidarische Finanzierungssysteme, wie eine Pflegevollversicherung, die die gesamten
472 Kosten der Pflege abdeckt – auch die Personalkosten für gute, tariflich bezahlte Pflegekräfte. Den
473 Wildwuchs der privaten Pflegefirmen wollen wir regulieren.

474 – Europaweit kämpfen Beschäftigte in der Pflege, ihre Gewerkschaften, Patienten-Initiativen und
475 linke Parteien gegen den Pflegenotstand. DIE LINKE streitet gemeinsam mit Pflegekräften und
476 Gewerkschaften für mehr Pflegepersonal und bessere Bedingungen in der Pflege.

477 – Für den besonderen Bedarf an qualifiziertem Nachwuchs in Pflege und Gesundheitsbereich legen
478 wir ein Ausbildungsprogramm auf, mit dem Perspektiven für junge Leute vor Ort eröffnet werden.

479 DIE LINKE will, dass europaweit alle Pflegekräfte gut arbeiten können. Das schaffen wir durch

480 – einen europaweiten Pflegemindestlohn, der alle Tätigkeiten in der (Alten)Pflege absichert;

- 481 – durch eine verbindliche gesetzliche Personalbemessung und europaweite Mindeststandards bei
482 Löhnen und Personalschlüssel.
- 483 – Die Europäische Dienstleistungsrichtlinie darf im Bereich von Gesundheit und Pflege keine
484 Anwendung finden.
- 485 – Wir wollen Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen zurück in die öffentliche Hand von Ländern und
486 Kommunen bringen. Um den Bedarf vor Ort zu ermitteln, wollen wir »Pflegeräte« schaffen, zusam-
487 mengesetzt aus Beschäftigten, Gewerkschaften, Kommunen und Patientenvertretungen. Das
488 Gesundheitssystem muss bedarfsdeckend finanziert werden und eine qualitativ hochwertige Ver-
489 sorgung für alle sichern.

490 Keine Rendite mit der Miete – Wohnen muss bezahlbar sein

491 Steigende Mieten, Verdrängung, Zwangsräumungen, Obdachlosigkeit: Das Kapital walzt durch die
492 europäischen Städte. Bürogebäude werden hochgezogen, um Steuern zu vermeiden und Luxuswoh-
493 nungen geschaffen, die sich vor allem das reichste ein Prozent der Bevölkerung leisten kann.
494 Immobilien sind für Investoren und Banken lukrativ. Zinsen für Geldanlagen sind niedrig. In Innovati-
495 on und soziale und ökologisch nachhaltige Wirtschaftszweige zu investieren, bringt weniger und
496 langsameren Profit. Aber wohnen müssen die Menschen ja immer! 2008 wurde die weltweite Finanz-
497 und Wirtschaftskrise von einer Immobilienblase ausgelöst. Daraus wurde nichts gelernt. Spekulation
498 und ungebremsste Mietsteigerungen nähren weiterhin Profiterwartungen. Die Staaten investieren
499 wenig in bezahlbaren Wohnraum – auch getrieben von der Immobilienlobby in ihren Ländern. Die EU
500 verbietet es, Mieten zu regulieren und öffentlich zu subventionieren – außer für besondere Bevölke-
501 rungsgruppen, die als »bedürftig« definiert werden. Wir sagen: Bezahlbarer Wohnraum ist ein Bedürfnis
502 für die Mehrheit der Menschen. Wir wollen, dass sich der Bestand an öffentlich geförderten Wohnun-
503 gen am realen Bedarf orientieren muss – und das sind in vielen Städten schon mehr als die Hälfte der
504 Bewohnerinnen und Bewohner.

505 Mieterinnen und Mieter in ganz Europa leiden unter dieser Wohnungspolitik. Ein immer größerer Teil
506 des Lohns geht bei vielen fürs Wohnen drauf. Auch Haus- und Wohnungsbesitzer kommen unter
507 Druck: Viele verschulden sich, um ein Haus oder eine Wohnung zu kaufen und verlieren ihr Zuhause,
508 wenn sie die Raten nicht mehr zahlen können.

509 In vielen Ländern spitzt sich die Lage auf dem Wohnungsmarkt zu. In Irland leben tausende Erwachse-
510 ne und Kinder in Notunterkünften, weil sie ihre Wohnung verloren haben. Gleichzeitig wächst die
511 Wirtschaft. In Spanien werden immer noch täglich Menschen zwangsgeräumt. Allein 2017 gab es über
512 25 000 Zwangsräumungen wegen unterlassener Mietzahlungen und mehr als 15 000 Zwangsräumun-
513 gen wegen ausstehender Hypothekenzahlungen (Amnesty International).

514 – Wir wollen selbst genutzte Erstwohnungen (ausgenommen Luxusimmobilien) von der Pfändung
515 ausnehmen.

516 – Keine Räumung in die Obdachlosigkeit!

517 In Deutschland explodieren die Mieten besonders in den großen Städten, Ballungszentren und
518 Universitätsstädten – und in den darum gelegenen ländlichen Einzugsgebieten. Immer mehr Men-
519 schen können sich die Miete nicht leisten. Die Bundesregierung stützt die Vermieter und bremst beim
520 Bau von bezahlbarem Wohnraum. Die Mietpreibremse der Bundesregierung wirkt nicht. In den letzten
521 30 Jahren hat sich der Bestand an Sozialwohnungen um zwei Drittel verringert – es fehlen 5 Millionen
522 Sozialwohnungen. Währenddessen machen Immobilienkonzerne fette Profite. Die Deutsche Wohnen
523 hat 2017 Rekordgewinne von 1,8 Milliarden Euro gemacht. Der deutschlandweit größte Konzern
524 Vonovia verzeichnet ebenfalls hohe Gewinne – und will zukünftig stärker in anderen Ländern Europas
525 tätig werden.

526 In den Metropolen treiben kommerzielle Betreiber von Ferienwohnungen die Mieten zusätzlich in die
527 Höhe. Konzerne wie Airbnb profitieren davon. Aus vielen Stadtteilen werden Mieter verdrängt. Bei
528 alldem gilt: Die Investoren verdienen, das Risiko tragen die Menschen.

529 Wir wollen uns die Städte zurückholen. DIE LINKE will, dass Wohnraum garantiert und bezahlbar
530 gemacht wird. Wohnen ist Teil der Daseinsvorsorge und darf nicht dem Markt überlassen werden.
531 Gemeinsam mit Mieteninitiativen und Bewegungen in Europa setzen wir uns dafür ein, dass alle eine
532 bezahlbare Wohnung haben – und legen uns mit den Spekulanten an. Wir wollen die Mietenexplosion
533 in ganz Europa stoppen. Dazu braucht es:

- 534 – Investitionen in den sozialen gemeinnützigen Wohnungsbau: Soziale Wohnungsfonds müssen
535 erhalten, mehr Wohnungen gebaut und aufgekauft werden. Wir wollen Wohnraum Schritt für
536 Schritt dem Markt entziehen.
- 537 – Wir setzen uns dafür ein, europaweit den Rückkauf von Wohnungen durch öffentliche und
538 gemeinnützige Träger zu ermöglichen und gehen dabei voran. Mehr Wohnungen in öffentlicher
539 Hand bedeuten mehr Möglichkeiten, die Mieten niedrig zu halten.
- 540 – Wir wollen europaweit die Gemeinnützigkeit fördern und setzen uns mit der europäischen
541 Mietervereinigung für europäische Wohngenossenschaften ein.
- 542 – Sozialen Wohnungsbau in der EU ausbauen! Die EU kann sozialen Wohnungsbau über das
543 Wettbewerbsrecht einschränken – Dagegen müssen die Mitgliedstaaten verpflichtet werden, einen
544 festen Anteil von Sozialwohnungen nachzuweisen.
- 545 – Der Spekulation einen Riegel vorschieben: Immobilienfonds wollen wir die Zulassung entziehen.
546 Unternehmen, die mit Wohnraum spekulieren, wird die Börsenzulassung entzogen. Das legt großen
547 Konzernen wie Vonovia und Deutsche Wohnen das Handwerk. Wir wollen sie in öffentliches Eigen-
548 tum überführen. DIE LINKE ist Teil der Kampagne »Vonovia und Deutsche Wohnen enteignen!«
- 549 – Investoren blockieren oft den Bau: Genehmigte Projekte bleiben Jahre liegen, weil die Investoren
550 auf weiter steigende Preise hoffen. Das ist schlecht für den Wohnungsmarkt und schlecht für den
551 Arbeitsmarkt. Der Markt versagt, wenn es darum geht, die notwendigen und bezahlbaren Wohnun-
552 gen bereitzustellen. Dann müssen die Kommunen selbst bauen. Wir wollen die Investoren aus den
553 Bauentscheidungen zurückdrängen und die öffentlichen Akteure, Kommunen, Länder und Bund
554 stärken.
- 555 – Für Deutschland wollen wir, dass alle Mietsteigerungen gestoppt werden, bis ein bundesweiter
556 Mietspiegel erstellt wurde, der verbindlich Mietobergrenzen ermöglicht. Die Mietpreisbremse der
557 Bundesregierung versagt. Wir wollen sie durch eine echte Mietpreisbremse ersetzen, die flächen-
558 deckend, bundesweit, unbefristet und ausnahmslos gilt.
- 559 – AirBnb entmachten und den Plattformkapitalismus regulieren: Konzerne wie AirBnb profitieren von
560 geringer Regulierung und treiben die Mietpreise besonders in den Städten in die Höhe. Die ange-
561 bliche »Share economy« ist ein lukratives Geschäftsmodell. Einige Städte (z. B. Berlin) haben Regula-
562 rien eingeführt, um die Zweckentfremdung von Wohnraum zu verhindern. Das braucht es europa-
563 weit. Wohnungen dürfen nicht ausschließlich zum Zweck der Vermietung an Touristen verwendet
564 werden. Wir wollen eine soziale Alternative schaffen: Eine Plattform in öffentlicher Hand statt eines
565 Konzerns, um freie Zimmer zu vergeben.

566 4. Menschen vor Profite – der LINKE Plan für eine gerechte, soziale 567 und ökologische Wirtschaft

568 Die Regeln und Verträge der Wirtschafts- und Währungsunion orientieren sich an der Förderung von
569 »Wettbewerbsfähigkeit«. Die Europäische Union in ihrer derzeitigen Form als Wettbewerbsraum richtet
570 sich vor allem an den Interessen von Konzernen, Banken und Besitzern großer Vermögen aus. Das
571 heißt Profite von Wenigen stehen über den Interessen der Mehrheit der Menschen in Europa.
572 Kürzungen bei Sozialausgaben, De-Regulierung der Arbeitswelt, Privatisierung führen zu wachsenden
573 Profiten auf der einen, zu sinkenden Löhnen, prekärer Arbeit und sozialer Ungerechtigkeit auf der
574 anderen Seite.

575 Die Eurokrise ist noch lange nicht überwunden. Die grundlegenden Probleme der Architektur der Euro-
576 Zone werden nicht angegangen. Reformen waren kosmetischer Natur. Auch die Vorschläge des
577 französischen Präsidenten Macron bieten keine Abhilfe, da sie weder an der neoliberalen Politik in der
578 EU noch an einer Hauptursache für die Krise ändern wollen: die „Exportweltmeisterschaft“ der

579 deutschen Konzerne. Sie ist eine der Ursachen für die wirtschaftlichen Ungleichgewichte und Krisen in
580 der Eurozone. Die Exportüberschüsse der einen sind die Schulden der anderen. Kehrseite der
581 »Exportweltmeisterschaft«: Gemessen an der hohen Produktivität sind die Löhne in Deutschland zu
582 niedrig. Eine linke Wirtschaftspolitik für Europa heißt daher auch: höhere Löhne hierzulande.

583 Die europäische Krisenpolitik der Troika aus Europäischer Zentralbank (EZB), EU-Kommission und
584 Internationalem Währungsfonds (IWF) unter maßgeblicher Führung der Bundesregierung hat Millionen
585 ins Elend gestürzt. Sie hat Banken auf Kosten der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler gerettet. Sie hat
586 durch die Kürzung von öffentlichen Investitionen, Löhnen und Renten die Rezession und die Verschul-
587 dung in den Krisenländern noch verstärkt. Dabei wurden soziale Menschenrechte verletzt: Gesund-
588 heitsversorgung und Renten gekürzt, Tarifverträge und Rechte von Beschäftigten zerstört und die
589 Privatisierung von öffentlichem Eigentum zu Dumpingpreisen erzwungen. Die Folgen sind: dramati-
590 sche Jugendarbeitslosigkeit, erzwungener Abwanderung, Armut und Obdachlosigkeit in Südeuropa.

591 Die Übertragung des deutschen Modells mit zu niedrigen Löhnen, prekärer Beschäftigung auf die
592 gesamte EU ist keine Lösung. Eine solche Politik führt zur Ausbreitung von Armut und Arbeitslosigkeit
593 statt diese zu bekämpfen. Eine weitere Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion unter den
594 derzeitigen neoliberalen und politischen Vorzeichen würde den Le Pens, Salvinis und Straches dieses
595 Kontinents bloß weiteren Aufwind geben.

596 Die Kehrseite der Politik der Wettbewerbsfähigkeit und Austerität ist auch hierzulande deutlich
597 spürbar: In Deutschland ist mittlerweile das Armutsrisiko unter Erwerbslosen das höchste innerhalb
598 der EU. Privaten Investoren werden alle Türen in Bereichen wie Wohnen, Gesundheitsversorgung,
599 Bildung, Energieversorgung und Mobilität geöffnet. Es wird nicht in Lebensqualität für alle, sondern in
600 kurzfristige Profite investiert. So steigt die Gefahr neuer Finanzkrisen. Gleichzeitig zerfällt vielerorts
601 die öffentliche Infrastruktur. Dringend notwendige Investitionen werden nicht getätigt und stauen sich
602 auf. Der Reichtum in Europa wächst, Geld ist vorhanden, aber die dringenden Investitionen in Bildung,
603 Gesundheitsversorgung, bezahlbares Wohnen und Mobilität, in die Energiewende, Klimaschutz und
604 den ökologischen Umbau der Industrie werden blockiert.

605 Die Ungleichheit zwischen den Regionen in der EU und innerhalb Deutschlands wächst. Die ostdeut-
606 schen Bundesländer sind weiterhin die größte zusammenhängende strukturschwache Region
607 Deutschlands. Die EU hat sich selbst das Ziel gegeben, für gleichwertige Lebensverhältnisse in den
608 Regionen zu sorgen. Doch die neoliberalen Grundlagen und Verträge bestimmen Wirtschaftspolitik als
609 Förderung von »Wettbewerbsfähigkeit« statt regionale, nachhaltige und sozial gerechte Entwicklung zu
610 fördern.

611 Wenn im europäischen Wirtschafts- und Währungsraum mit einer Stimme gesprochen wird, dann
612 müssen statt Wettbewerbsfähigkeit und Profit die Interessen der europäischen Bürgerinnen und
613 Bürger an erster Stelle stehen. Das erfordert einen grundlegenden Richtungswechsel: von der
614 neoliberalen Ausrichtung und Verfassung der EU zu einer Wirtschaft, die die den Menschen dient.
615 Dafür schlagen wir ein Gesamt-Konzept für eine demokratisch kontrollierte, ökologische und sozial
616 gerechte Zukunftswirtschaft in Europa vor:

- 617 – Die bestehenden Fonds (ESF, EFRE) sind wichtige Instrumente der Kohäsionspolitik der EU. Wir
618 wollen regionale Akteure bei der Ausgestaltung der Fonds stärker einbeziehen. Dazu müssen
619 Regularien überprüft und wo möglich vereinfacht werden. Den teilweise ehrenamtlichen Strukturen
620 von Förderungsempfängern muss stärker Rechnung getragen werden. Regionale Entwicklungskon-
621 zepte sollen Grundlage für die Förderung sein, in deren Rahmen auch Förderprogramme flexibler
622 angewendet werden können. Eigenanteile bei den Förderprogrammen wollen wir senken, wo nötig
623 bis auf Null, damit die Förderungen auch wirklich in den strukturschwachen Regionen ankommen.
624 Stadt-Umland-Kooperationen und Zusammenarbeit zwischen Kommunen sollen beispielsweise mit
625 Regionalbudgets besser gefördert werden.
- 626 – Investitionen, die die Lebensqualität verbessern, soziale Gerechtigkeit und Klimaschutz sollen die
627 Orientierung auf Wachstum um jeden Preis ersetzen. Eine solche öffentliche Investitionsoffensive
628 muss von den Schuldengrenzen des sogenannten Stabilitätspakts ausgenommen werden. Wir

- 629 wollen, dass investiert wird und damit eine soziale und ökologische Entwicklung in der Wirtschaft
630 auf den Weg gebracht wird.
- 631 – Öffentliche Investitionen müssen daher an folgende Kriterien gebunden werden: wirtschaftliche
632 Kreisläufe vor Ort und in den Regionen fördern, tariflich abgesicherte gute Arbeit schaffen und die
633 Bevölkerung vor Ort, Gewerkschaften und Sozialverbände in die Entscheidungen einbeziehen. Dies
634 schafft insbesondere in den ostdeutschen Bundesländern eine Perspektive, um wirtschaftlich
635 aufzuholen.
 - 636 – Statt Investitionen zu blockieren, sollten die Regeln so geändert werden, dass übermäßige
637 Leistungsbilanzüberschüsse ausgeglichen werden. Die EU braucht keinen Finanzminister, der die
638 bisherige falsche Wirtschaftspolitik besser umsetzt, sondern einen Neustart in der Wirtschaftspoli-
639 tik.
 - 640 – Eine europäische Industriepolitik für eine sozial-ökologische Wende und die Förderung struktur-
641 schwacher Regionen.
 - 642 – Finanzmärkte und Banken müssen entmachtet und der Finanzsektor unter demokratische
643 Kontrolle gebracht und am Gemeinwohl ausgerichtet werden.
 - 644 – Wir wollen die öffentlichen Haushalte von der Diktatur der Finanzmärkte befreien. Kredite des EU-
645 Krisenfonds und die Währungspolitik der EZB sind bislang an Auflagen gebunden, die zu Lohnsen-
646 kungen und dem Abbau des Sozialstaates gezwungen haben. Statt der unsozialen und undemokra-
647 tischen Ausrichtung der EZB und der Troika wollen, wir dass, dass öffentliche Investitionen im
648 Interesse des Gemeinwohls auch durch EZB-Kredite finanziert werden können. Auch dafür wollen
649 wir die EU-Verträge ändern.

650 Wir investieren in die Zukunft

651 DIE LINKE will ein EU-weit koordiniertes Zukunftsprogramm, das Investitionen am gesellschaftlichen
652 Bedarf, nicht am Profit ausrichtet. Mit öffentlichem Geld müssen öffentliche Investitionen gefördert
653 werden. Statt nationaler Konkurrenz und Standortwettbewerbs brauchen wir eine aktive, staatliche
654 Politik zur Schaffung von Produktionsschwerpunkten. Das Investitions- und Zukunftsprogramm muss
655 das Öffentliche stärken, Beschäftigung und Sozialstaat ausbauen und die Daseinsvorsorge im
656 Wesentlichen öffentlich organisieren und in die Hände der Bevölkerung zurückgeben. So stärken wir
657 auch europäische, regionale und kommunale Demokratie in ihren sozialen Grundlagen.

658 Mit der Europäischen Linken schlagen wir einen Fonds für soziale, inklusive, solidarische und
659 ökologische Entwicklung vor. Er soll vor allem öffentliche und soziale Dienstleistungen fördern. Der
660 Fonds muss wie die Investitionsprogramme demokratisch gesteuert werden. Dabei spielen Parlamen-
661 te, Gewerkschaften und zivilgesellschaftliche Organisationen eine wichtige Rolle. In unserem Konzept
662 einer aktiven Wirtschaftspolitik bilden öffentliche Investitionen den Kern. Wir verbinden sie mit einer
663 Industrie- und Strukturpolitik, die Demokratie in der Wirtschaft voranbringt.

664 Öffentliche Investitionen sollen die öffentliche Daseinsvorsorge stärken. Wir lehnen öffentlich-private-
665 Partnerschaften ab. Dabei kommt nur heraus: die Unternehmen dringen auf Profite, die auf Kosten der
666 Versorgungsqualität gehen.

667 Die Finanzierung des Zukunftsprogramms geschieht aus bestehenden Förderprogrammen, aus
668 Umwidmung von Geldern, die für Rüstung und PESCO geplant sind und aus einer höheren Besteue-
669 rung von Großkonzernen, großen Vermögen und Spitzeneinkommen in den EU-Staaten.

670 Die Europäische Union muss die Regionen mit gravierendem Entwicklungsrückstand stärken und
671 zugleich die Stabilität in allen anderen Regionen stützen.

672 Unser Investitionsprogramm über mindestens 500 Mrd. Euro im Jahr schafft:

- 673 – bezahlbaren Wohnraum
- 674 – eine Mobilitätswende – mit bezahlbarer Bahn mit besseren Verbindungen. Wir unterstützen
675 Initiativen und Kommen bei der Einrichtung von kostenfreiem Öffentlichen Nahverkehr
- 676 – DIE LINKE steht für eine dezentrale, in den Regionen verankerte Energiewende, die sozial und
677 demokratisch ausgestaltet ist.

- 678 – Wir stärken die Mitbestimmung der Bürgerinnen und Bürger an den Entscheidungen, wie wir
679 Energie erzeugen und in wessen Besitz sich Netze, Produktionsanlagen oder auch die Stadtwerke
680 befinden. Dabei orientieren wir uns am »Nullemissionsziel«, fördern einen effizienten Umgang mit
681 Ressourcen und stärken regionale Wertschöpfungskreisläufe.
682 – Es dürfen keine Haushaltsmittel für die Rüstungsforschung und Sicherheitsindustrie zur Verfügung
683 gestellt werden. Eine wirksame Jugendförderung, die auch die Jugendarbeitslosigkeit bekämpft,
684 muss den Vorrang haben.

685 Wir setzen auf regionale Wirtschafts- und Energiekreisläufe und wollen die Planung in den Regionen so
686 gestalten, dass alle beteiligt werden, zum Beispiel durch regionale Sozial- und Wirtschaftsräte. DIE
687 LINKE steht für eine dezentrale, in den Regionen verankerte Energiewende, die soziale und demokra-
688 tisch ausgestaltet ist. Die Entscheidung, wie wir Energie erzeugen, wie wir Handel betreiben, wie wir
689 produzieren wollen und in wessen Besitz sich Netze, Produktionsanlagen oder auch die Stadtwerke
690 befinden, sollen in die Hände der Menschen gelegt werden. Menschen in den Regionen müssen
691 Zugang zu guten Leistungen der Daseinsvorsorge haben: von der Gesundheits- bis zur Breitbandver-
692 sorgung, von der Bildung bis zur solidarischen sozialen Sicherung. Wir fördern Geschlechtergerechtig-
693 keit und Bürgerrechte.

694 Industriepolitik von links

695 Die EU ist auf Förderung von Wettbewerb und Öffnung von Märkten ausgerichtet. Das macht die
696 starken Regionen stärker und die schwachen schwächer. Jetzt wird wieder über Industriepolitik
697 diskutiert. Das ist keine Selbstverständlichkeit. Es enthält das Eingeständnis, dass der Markt es nicht
698 richten wird. Umso entschiedener fordert DIE LINKE eine Industriepolitik von links für eine sozial-
699 ökologische Wende der Wirtschaft.

700 Das Gelingen einer europäischen Industriepolitik setzt voraus, dass Austerität beendet und die
701 Nachfrage im Inneren gestärkt wird. Starke europäische Industrien brauchen gut entwickelte
702 öffentliche Dienstleistungen wie Bildung, Forschung, Pflege, Infrastruktur und gut funktionierende
703 öffentliche Verwaltungen.

- 704 – Wir brauchen eine koordinierte europäische Industriestrategie, die den Rahmen für Fördermittel
705 der EU-Fonds und Kreditvergabe der Europäischen Investitionsbank einheitlich vorgibt. Auf natio-
706 nalstaatlicher und regionaler Ebene sollen Vertreterinnen und Vertreter aus Politik, der Sozialpart-
707 ner, Wissenschaft, Umweltverbänden und Zivilgesellschaft in diesem Rahmen industriepolitische
708 Zukunftspläne aufstellen.

709 Linke Industriepolitik heißt, dass Investitionen schwerpunktmäßig in strukturschwache Regionen (bzw.
710 Regionen mit absehbarem Strukturwandel, z.B. Kohle-Regionen) gelenkt werden. Andernfalls wird es
711 nur ein Konjunkturprogramm für starke Regionen werden. Auch in den Sektoren müssen Schwerpunk-
712 te gelegt werden: Auf erneuerbare Energien, flächendeckende digitale Teilhabe, auf die Herstellung
713 von Bussen, Bahnen und anderen nachhaltigen Verkehrsmitteln und auf Industrien, die gute Arbeit
714 und einen schonenden Umgang mit Ressourcen garantieren.

- 715 – Wir wollen den Globalisierungsfonds der EU auch für Unternehmen unter 500 Beschäftigte öffnen.
716 – DIE LINKE tritt für die gezielte Förderung regionaler Wirtschaftskreisläufe ein, um regionale
717 Produktion und Verbrauch und damit insbesondere kleine und mittelständische Unternehmen zu
718 stärken. Eine sich selbsttragende Wirtschaft schützt auch Arbeitsplätze vor Ort. Förderkriterien zur
719 Strukturmittelvergabe sind für uns vor diesem Hintergrund das Prinzip der guten Arbeit, soziale und
720 ökologische Standards.
721 – Wir brauchen demokratische Foren wie regionale Wirtschafts- und Sozialräte oder auch Public-
722 Equity-Fonds, die den Strukturwandel ökologisch und sozialverträglich gestalten können. Wir
723 wollen Gewerkschaften, Unternehmen, ökologische Initiativen, Sozialverbände und Bildungsinstitu-
724 tionen an Entwicklung und Entscheidungen vor Ort beteiligen.

725 Die Finanzmärkte in ihre Schranken weisen

726 Die Finanzmärkte sind dereguliert worden. Viele Schulden der Banken sind auf die öffentlichen
727 Haushalte übertragen worden. Die Verursacher der Krise blieben ungeschoren.

- 728 – Wir wollen Schulden von Staaten bei privaten Banken überprüfen und zum Gegenstand eines
729 demokratischen Prozesses machen. Deshalb fordern wir ein Schuldenschnitt (Überprüfung der
730 Legitimität des Schuldenbestands) und einen substanziellen Schuldenschnitt für illegitime Schul-
731 den, um Banken und andere private Gläubiger an der Finanzierung zu beteiligen.
- 732 – Die öffentlichen Haushalte sollen von der Diktatur der Finanzmärkte befreit werden, indem die
733 Staaten sich auch über die EZB günstig finanzieren können und nicht mehr allein auf die Finanz-
734 märkte angewiesen sind.

735 Die großen Investmentbanken mit ihren riskanten Geschäften können sich nach wie vor darauf
736 verlassen, dass sie auf Kosten der Steuerzahler gerettet werden. Sie sind immer noch zu groß und zu
737 stark verknüpft mit anderen Sektoren, um in die Pleite zu gehen wie jeder andere Betrieb, der nicht
738 gut gewirtschaftet hat.

- 739 – Wir wollen Banken verkleinern, das Investmentbanking abwickeln. Als ersten Schritt wollen wir das
740 Investmentbanking von den anderen Geschäftsbereichen isolieren. Alle Banken werden auf ein
741 solides, auf die Bedürfnisse der Gesellschaft und der Realwirtschaft bezogenes Geschäftsmodell
742 nach dem Vorbild der Sparkassen und Genossenschaftsbanken verpflichtet:
743 1. Abwicklung des Zahlungsverkehrs,
744 2. einfachere und sichere Sparinstrumente und
745 3. Finanzierung öffentlicher und privater Investitionen.

746 Gerech geht anders: Mit Steuern steuern

747 Die Unternehmen, die die größten Gewinne in der EU machen, zahlen am wenigsten Steuern. Im
748 Verhältnis auf ihre Gewinne umgerechnet, zahlen Apple, Google, Amazon und Co weniger Steuern als
749 andere Unternehmen – und auch weniger als normale Beschäftigte oder der Bäckerladen nebenan.

750 Allein in Deutschland fehlen im Jahr Steuereinnahmen aus 55 Milliarden Euro Gewinnen, die in
751 Steueroasen verschoben wurden. Die Bundesregierung verzichtet durch ihr lasches Vorgehen gegen
752 Steueroasen auf knapp ein Drittel (28 %, Studie Berkeley) ihrer Einnahmen aus Unternehmenssteuern
753 – mehr als jedes andere europäische Land. Wir wollen Steueroasen innerhalb und außerhalb der EU
754 austrocknen.

755 Auch der private Reichtum in Europa explodiert. Die Reichen werden überall in der EU reicher, Armut
756 breitet sich aus. Das ist kein Zufall. Der private Reichtum wird nicht ausreichend durch Steuern dem
757 Gemeinwohl zugeführt.

- 758 – DIE LINKE fordert einen EU-weiten Mindeststeuersatz für Unternehmen mit breiten und einheitli-
759 chen Bemessungsgrundlagen.
- 760 – Wir brauchen gemeinsame Mindeststandards für die Besteuerung großer Vermögen und für
761 Spitzeneinkommen.
- 762 – Der Kampf gegen Steuerflucht muss verschärft werden: durch automatische Meldepflichten für
763 Banken, die Möglichkeit, verdächtige Guthaben einzufrieren, Entzug von Banklizenzen für nichtko-
764 operative Banken und verbesserte Strafverfolgung gegen Steuerhinterziehung und durch Kapital-
765 verkehrskontrollen. Doppelbesteuerungsabkommen mit unkooperativen Staaten müssen gekündigt
766 werden.
- 767 – Um Steuertricks von Konzernen, wie die konzerninterne Verschiebung von Gewinnen und Verlus-
768 ten, zu unterbinden müssen die Steuern ggf. direkt »an der Quelle« erhoben werden. Banken, die in
769 Steueroasen operieren, ist die Lizenz zu entziehen.
- 770 – Beihilfe zur Steuerhinterziehung und zum Steuerbetrug sind kriminell und müssen bestraft werden.
771 Die Praxis, sich mit »cum ex« und »cum cum« Geschäften Profite auf den Finanzmärkten von den

772 Steuerzahlern aufstocken zu lassen, müssen schärfer verfolgt und bestraft werden. Banken und
773 Steuerberatungsfirmen, die daran beteiligt sind, muss die Zulassung entzogen werden.
774 – Für mehr Transparenz wollen wir eine öffentliche länderspezifische Berichterstattung von Konzer-
775 nen über wichtige Kennziffern wie Gewinn, bezahlte Steuern, Umsätze und Beschäftigte auf EU-
776 Ebene.
777 – Der Hochfrequenzhandel an der Börse muss ausgebremst werden. Dafür richten wir endlich eine
778 Finanztransaktionssteuer von 0,1 Prozent ein.

779 Digitalkonzerne zahlen in der Europäischen Union im Schnitt gerade mal neun Prozent Steuern auf
780 ihre Profite, während andere Unternehmen im Schnitt 23 Prozent zahlen. Die EU-Staaten verlieren
781 dadurch Milliarden Euro an Steuereinnahmen. Google zahlte 2015/6 auf 1 Milliarde Euro Gewinn nur
782 3,6 Prozent Steuern. Bis zu 21 Milliarden Euro haben Apples Steuertricks die EU-Mitgliedstaaten
783 alleine in den letzten drei Jahren gekostet. Das entspräche einem effektiven Steuersatz von gerade
784 einmal 0,7 Prozent. Das europäische System der Unternehmensbesteuerung unterstützt und fördert
785 dies. Trotz der von der Europäischen Kommission 2014 eingeleiteten beihilferechtlichen Prüfung
786 macht Apple mit dem Steuerraub weiter. DIE LINKE fordert deshalb:

787 – Abschreibungsregeln für immaterielle Vermögenswerte und Steuergutschriften für Forschungsaus-
788 gaben müssen europaweit soweit angeglichen werden, dass Digitalunternehmen Steuern in selber
789 Höhe zahlen, wie die anderen Unternehmen.
790 – Profite müssen in den Ländern besteuert werden, in denen die Nutzer der Digitaldienste sie nutzen
791 (Virtuelle Betriebsstätte).
792 – Die Bundesregierung darf die Einführung einer Digitalsteuer als Zwischenschritt zur einheitlichen
793 Besteuerung nicht weiter behindern. Der vorgeschlagene Steuersatz von drei Prozent ist zu gering.
794 Die Höhe des Steuersatzes muss sich am Unterschied der durchschnittlichen Besteuerung von
795 Firmen zu der von Internetkonzernen bemessen.

796 5. Klimaschutz kennt keine Grenzen. Für einen sozialen und 797 ökologischen Neustart

798 Mit LINKS: Das Klima retten

799 Beim Klimaschutz steht es fünf vor zwölf. Dennoch bremst die Bundesregierung bei der Energiewende
800 – in Deutschland und in der Europäischen Union. Sie stellt sich im Abgas-Skandal vor die Automobil-
801 industrie. Sie setzt keine strengere Begrenzung der Abgaswerte durch – obwohl in Europa fast eine
802 halbe Million Menschen im Jahr durch Abgase ums Leben kommen. Die EU fördert weiter klimaschäd-
803 liche Technologien. Anstatt wie geplant bis 2020 keine fossilen Energieträger mehr zu subventionie-
804 ren, fließen Milliarden an Subventionen in den Transportsektor, vor allem über Steuererleichterungen
805 wie das Dieselprivileg. Die Gaskonzerne erhalten Unterstützung in Milliardenhöhe für den Ausbau
806 einer überflüssigen Infrastruktur, die sich gegen den notwendigen sozial-ökologischen Umbau richtet.

807 Diese Politik ist nicht nur umweltfeindlich sondern unsozial. Sie trägt dazu bei, dass immer mehr
808 Regionen der Erde unbewohnbar werden. Das Wetter wird extremer. Naturkatastrophen werden
809 häufiger. Menschen verlieren Eigentum oder müssen ihre Heimat verlassen, viele verlieren ihr Leben.

810 Auch wenn es in der EU Vorstöße gibt, erneuerbare Energien zu stärken, geht es doch in zentralen
811 Bereichen nicht um echten Klimaschutz. Die sogenannte Energieunion zielt auf die Sicherung billiger
812 Importe von Öl und Gas aus anderen Teilen der Welt. Mit den geplanten transeuropäischen Netzen im
813 Strom- und Gassektor, mit einer Energie-Außenpolitik, die Öl- und Gasimporten sichern soll, verfolgt
814 sie ein zentralistisches und fossiles Energiekonzept. Die Macht der Energiekonzerne bleibt unangetas-
815 tet.

816 Wir können den Klimawandel noch stoppen: Selbst die Klimaziele 2020, die die Bundesregierung
817 aufgegeben hat, könnten noch erreicht werden, wenn sofort die 20 schmutzigsten Kraftwerke
818 abgestellt werden würden. Um die Erderwärmung noch auf 1,5 Grad zu begrenzen, braucht es

819 grundlegende Änderungen in allen Bereichen der Wirtschaft und des Lebens. Das stellte der Welt-
820 klimarat im Herbst 2018 fest. Das ist das Ziel LINKER Klimapolitik.

821 Was steht dem Umbau im Weg? Kurz: Profitinteressen. Wir wollen eine Wirtschaftsweise, die auf
822 erneuerbaren Energien basiert, nicht auf Kohle und Atom. Die regionale Kreisläufe stärkt statt einer
823 über Europa und die Welt verstreuten Produktion mit langen Transportwegen. Wir wollen eine
824 effiziente Wirtschaft, um Ressourcen und Atmosphäre zu schonen. Wir streiten für zukunftsfähige
825 Verkehrsmodelle, bei der der Auto-Verkehr nicht mehr die Städte verstopft und alle bequem dort
826 ankommen, wo sie hinwollen: mehr Mobilität mit weniger Verkehr und mehr Lebensqualität. Wir
827 wollen einen öffentlichen Nahverkehr, der qualitativ besser und ticketlos wird, Städte und Gemeinden,
828 in denen es Spaß macht, Rad zu fahren und zu Fuß zu gehen. Wir wollen Transporte vermindern und
829 möglichst auf die Schiene bringen, um Schwerlastverkehr zu reduzieren. Wir wollen eine ökologische
830 Landwirtschaft und gesunde Lebensmittel, die sich alle leisten können.

831 Technologisch wäre ein sozialer und ökologischer Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft längst
832 möglich. Auch das Geld für die Investitionen ist da. Wir müssen jetzt dafür sorgen, dass der Wandel
833 nicht an Profit- und Eigentumsinteressen scheitert. Ob wir das schaffen, daran entscheidet sich die
834 Zukunft des Kontinents – und wahrscheinlich auch der Menschheit.

835 Hunderttausende Menschen kämpfen seit langem für diesen Umbau. In Umwelt-, Verbraucher- und
836 Sozialverbänden, in alten und in neuen Bewegungen Zehntausende Menschen protestierten gegen die
837 Rodung des uralten Hambacher Forsts und haben vorerst verhindert, dass der Wald dem Kohleabbau
838 weichen muss. Solche Klimabewegungen haben sich europaweit vernetzt. Wir LINKEN stehen an ihrer
839 Seite. Die Schonzeit der Konzerne muss vorbei sein. Wir stehen in diesem Kampf an der Seite von
840 Gewerkschaften und Kommunen, wenn sie in Brüssel und Berlin Strukturwandelhilfen für den Umbau
841 einfordern. Dieser Umbau muss mit und nicht gegen die Beschäftigten und Regionen erfolgen. Die
842 Beseitigung von Umweltschäden müssen von den Unternehmen bezahlt werden, die sie verursachen -
843 dies gilt auch für die langfristige Nachsorge.

844 Die Energiewende wird nur dann erfolgreich sein, wenn sie sozial gerecht ist. Wir kämpfen für eine
845 Versorgung mit Strom, Wärme und Wasser nicht in der Hand von Konzernen, sondern von Bürgerinnen
846 und Bürgern, von Kommunen und Genossenschaften. Wir wollen ihre Erzeugung und Verteilung so
847 dezentral wie möglich und so zentral wie nötig organisieren. Wir werden dafür kämpfen, dass alle
848 bezahlbaren Zugang zu Energie und Wasser haben.

849 Die vorübergehenden Mehrkosten der Energiewende wollen wir auf alle starken Schultern verteilen,
850 auch die Industrie muss sich endlich daran beteiligen. Wir kämpfen gegen Energiearmut und Energie-
851 sperren. DIE LINKE streitet dafür, dass die Vormachtstellung von Großkonzernen in der Energieversor-
852 gung beendet und die Energieversorgung umfassend bürgernah organisiert wird: Wir wollen Stadtwer-
853 ke und Energiegenossenschaften fördern statt Privatisierung und Spekulation.

854 Insgesamt muss die EU-Klimapolitik am Hauptziel des Pariser Klimaschutzabkommens ausgerichtet
855 werden: die Erderwärmung auf mindestens 2-Grad, möglichst aber auf 1,5 Grad gegenüber vorindust-
856 riellen Werten zu begrenzen. Die bestehenden Ziele, Regularien und Instrumente der EU sind weit
857 entfernt davon, diesem Ziel zu dienen. Darum brauchen einen europäischen Klimaschutzplan:

- 858 – Energie: Der Kohleausstieg muss europaweit sofort beginnen und bis 2035 abgeschlossen sein.
859 Wir wollen keine neue fossile Infrastruktur. Erneuerbare Energien müssen ausgebaut werden -
860 bürgernah. Atomkraft und Fracking erteilen wir eine Absage.
- 861 – Agrar: Wir setzen auf nachhaltige Landwirtschaft und regionale Kreisläufe statt langer Transport-
862 wege.
- 863 – Verkehr: Wir verlagern einen Großteil des Güterverkehrs und innereuropäischen Flugverkehrs auf
864 die Schiene.
- 865 – Mobilität: Autofreie Innenstädte fördern, in Bus und Bahn investieren. Im ticketlosen ÖPNV fahren
866 alle mit.

- 867 – Die großen Energiekonzerne sind faktische Monopole. Wir wollen Demokratie und öffentliches,
868 genossenschaftliches Eigentum in der Energieversorgung stärken: Stadtwerke und Energiegenos-
869 senschaften in Bürgerhand.
- 870 Bis zum Jahr 2040 muss die Energieerzeugung vollständig aus erneuerbaren Quellen und hauptsäch-
871 lich dezentral organisiert sein.
- 872 – Die EU-Emissionen von klimaschädlichen Treibhausgasen müssen bis 2030 um mindestens 60
873 Prozent im Vergleich zu 1990 gesenkt werden, bis zum Jahr 2050 um 95 Prozent.
- 874 – Der Emissionshandel hat als zentrales Klimaschutzinstrument der EU komplett versagt. Auch nach
875 seiner Reform wird es noch ein Jahrzehnt dauern, bis er relevante Wirkungen im Sinne des Klima-
876 schutzes haben wird. Darum muss er ergänzt werden durch nationale Abschaltpläne für Kohle-
877 kraftwerke in Verbindung mit europäischen bzw. regionalen CO₂-Mindestpreisen bzw. Begrenzun-
878 gen von Vollaststunden (Nutzungsgrad der Anlage) für jeweils verbliebene Meiler. Deutschland soll
879 hier seine europäische Verantwortung wahrnehmen, indem es zunächst die 20 ältesten Braunkoh-
880 lemeiler über 100 MW Leistung bis 2020 stilllegt und die verbleibenden Kohlekraftwerke drosselt.
881 Zwischen 2030 und 2035 muss der letzte deutsche Kohlemeiler vom Netz.
- 882 – Es braucht in der EU eine öffentliche Emissionsbremse! Öffentliches Geld darf nicht mehr in
883 Konzerne investiert werden, die Geschäfte mit fossilen Energieträgern.
- 884 – Der Einstieg in den Kohleausstieg muss europaweit mit Investitionshilfen und einer sozialen
885 Abfederung des Strukturwandels verbunden werden. Dies ist ein Beitrag zur Klimagerechtigkeit.
886 Dafür brauchen wir entsprechende Regelungen im europäischen Beihilferecht. In Deutschland
887 wollen wir aus Bundesmitteln 500 Millionen Euro bereitstellen, um den Strukturwandel in den
888 Braunkohleregionen zu unterstützen und sozial abzusichern.
- 889 – Der Anteil erneuerbarer Energien am Verbrauch in der EU muss bis 2030 auf mindestens 45
890 Prozent ansteigen, bis 2040 auf 100 Prozent. In Deutschland muss hier wieder Vorreiter werden
891 und alle Ausbaudeckel abschaffen.
- 892 – Die Produktion von erneuerbaren Energien, insbesondere Agroenergien, muss nachhaltig sein. Bio-
893 Energien dürfen nicht die Nahrungsmittelversorgung oder Biodiversität gefährden. Landgrabbing
894 und Importe von Agrotreibstoffen aus dem globalen Süden lehnen wir ab.
- 895 – Europaweit sollen Kommunen an den Erträgen aus Wind- und Solarkraft beteiligt werden, die
896 Investoren auf dem Gemeindegebiet erwirtschaften.
- 897 – DIE LINKE kämpft für den sofortigen Ausstieg aus der Atomenergie. Die europäische Vertragsge-
898 meinschaft Euratom muss gekündigt und aufgelöst werden.
- 899 – Die Vorgaben für die Wirtschaft zu Energiesparen und die Energieeffizienzrichtlinie müssen
900 verschärft werden. Der Primärenergieverbrauch soll in der EU gegenüber dem Jahr 2000 um 40
901 Prozent bis 2030 und um 60 Prozent bis Mitte des Jahrhunderts sinken.
- 902 – Die energetische Sanierung des Gebäudebestandes wird europaweit eine Herausforderung, auch
903 für die Sozialpolitik. Wir wollen verhindern, dass die energetische Sanierung dazu genutzt wird, die
904 Mieten hochzutreiben: durch bessere öffentliche Förderung und mit einer wirksamen Mietpreis-
905 bremse.
- 906 – Die LINKE wendet sich gegen Importe von Liquefied Natural Gas (LNG) in die EU und gegen den
907 Aufbau einer entsprechenden Infrastruktur für die Anlandung und Verteilung und gegen zusätzliche
908 Erdgaspipelines.
- 909 – Wir lehnen die durch Verpressung von Chemikalien unterstützte Förderung von Erdöl und Erdgas
910 (Fracking) ab.
- 911 – Wir wollen den Vorrang für öffentliche und genossenschaftliche Eigentumsformen in der Daseins-
912 vorsorge durchsetzen. Dienstleistungen sind für den Bedarf der Menschen da, nicht damit Unter-
913 nehmen Profite machen.
- 914 – Wir werden die Energiearmut bekämpfen. Wir wollen keine Stromsperrn in Europa und den
915 Zugang zu Energie für alle. Energie darf für einkommensschwache Haushalte nicht zum Luxusgut
916 werden. Staatliche Strompreisaufsichten müssen in allen Mitgliedstaaten der EU die Entwicklung
917 der Strompreise kontrollieren.

918 Die Wettbewerbspolitik der EU will alle öffentlichen Dienstleistungen, auch die Versorgung mit
919 Energie, den europäischen Binnenmarktregeln unterwerfen. Europas Konzerne sollen mit Dienstleis-
920 tungen im öffentlichen Sektor (z. B. Energie, Wasser, Gesundheit, öffentlicher Verkehr) Profite machen
921 können. Wir lehnen das ab und wollen stattdessen ein Grundrecht auf Energie und Wasser.

922 Mehr Mobilität mit weniger Verkehr

923 Die Verkehrsverhältnisse sind ungerecht und machen krank. Mehr Autoverkehr bedeutet mehr
924 Belastung mit CO₂, Stickoxiden und Feinstaub. Für gute Alternativen wie Bus, Bahn und den Ausbau
925 von Schienen und Radwegen wird zu wenig Geld ausgegeben.
926 Verkehr ist eine zentrale Ursache für Klimawandel und Umweltverschmutzung. Der Betrug der
927 Autoindustrie hat gezeigt: es wird höchste Zeit, dass verbindliche Regeln durchgesetzt werden. Die EU
928 hat mit der Lissabon-Strategie auch billige Flugverbindungen gefördert. Billig fliegen heißt: schlechte
929 Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten, schlechte Sicherheitsstandards, hohe Umweltverschmut-
930 zung. DIE LINKE unterstützt die Beschäftigten von Ryanair, die sich europaweit für ihre Arbeitsrechte
931 und eine bessere Bezahlung einsetzen. Wir fordern verbindliche Sozialstandards für alle Beschäftigten
932 des europäischen Luftverkehrs und eine Rücknahme der bisherigen Liberalisierungen der EU.

933 Wir wollen eine Verkehrswende: Wir fördern Öffentlichen Nahverkehr, bauen europaweit das
934 Schienennetz aus, machen Radverkehr attraktiver und schaffen die Förderung der EU für neue
935 Straßen und Flughäfen ab. Viele Kommunen sind mit gutem Beispiel voran gegangen. Davon können
936 wir lernen. Wo die Bestimmungen der EU dem im Weg stehen, müssen sie geändert werden.

937 Viele Menschen in Europa können sich keine Tickets leisten. Unser Ziel ist, europaweit den Öffentliche
938 Nahverkehr ticketfrei zu machen: Die alltäglichen Ziele erreichen, alle fahren mit. Schritte dahin sind:

- 939 – Ein Förderprogramm, bei dem der Nahverkehr verbessert und die Fahrpreise bis zum Nulltarif
940 gesenkt werden. Kinder und Jugendliche haben freie Fahrt. Wir wollen Modellprojekte mit kosten-
941 freiem Nahverkehr in den Städten mit der größten Luftbelastung.
- 942 – Die Eisenbahn muss zur Flächenbahn mit schnellen Verbindungen entwickelt werden; reine
943 Highspeed-Bahnen nützen den meisten Fahrgästen nichts. Ein beträchtlicher Teil des innereuropäi-
944 schen Flugverkehrs muss auf die Schiene verlagert werden. Das europäische Nachtzug-Netz muss
945 dafür ausgebaut werden.
- 946 – Die EU plant die Eisenbahninfrastruktur vom -betrieb zu trennen, wir lehnen das ab. Wir unterstüt-
947 zen die europäischen Bahngewerkschaften und die Europäische Transportarbeiterföderation (ETF)
948 in ihrem Einsatz gegen eine weitere Liberalisierung im Eisenbahnbereich und die Zerschlagung
949 bisheriger, überwiegend noch in öffentlicher Hand befindlicher Eisenbahngesellschaften. Öffentli-
950 che Bahnen und der ÖPNV dürfen nicht Wettbewerb und Kommerzialisierung geopfert werden.
- 951 – Wir wollen Zugtickets bezahlbar machen und Verbraucherrechte stärken.
- 952 – Geld für öffentlichen Verkehr statt Militär: Die EU plant, 6,5 Milliarden Euro auszugeben, um
953 Brücken, Häfen, Eisenbahnlinien und Straßen in Europa panzerfähig zu machen. In der Connecting
954 Europe Facility werden erstmals Gelder für militärische Mobilität bereitgestellt. Wir wollen dieses
955 Geld in den Ausbau des öffentlichen Personenverkehrs investieren.
- 956 – Die LKW-Maut soll in der ganzen EU für Lkw ab 3,5 Tonnen verbindlich werden,
957 externe Kosten durch Luftverschmutzung, Lärm und Klimabelastung müssen in voller Höhe angelastet
958 werden. Wir wollen die Lenkzeiten der LKW-Fahrerinnen und -Fahrer verkürzen und die Ruhezeiten
959 verlängern. Die Sozialvorschriften EU müssen eingehalten werden. Wir wollen, dass die Entsendericht-
960 linie auch für den Transpostsektor gilt, so dass es keinen Wettbewerb nach unten bei den Arbeits-
961 standards und den Löhnen der Fahrerinnen und Fahrer aus unterschiedlichen Ländern gibt.

962 Ressourcen schützen

963 Wir wollen weniger Rohstoffe verbrauchen, natürliche Ressourcen schützen und Abfall reduzieren. In
964 der Zukunft brauchen wir dafür eine möglichst vollständige Kreislaufwirtschaft. In Deutschland und
965 der EU ist dafür notwendig:

966 – Lang haltbare Produkte machen wir attraktiver, auf nicht erneuerbare Rohstoffe und Einwegverpa-
967 ckungen werden Abgaben erhoben. Wir wollen Produkte und Geräte, die von hoher Qualität sind,
968 eine lange Lebensdauer besitzen, reparierbar sind und deren Komponenten weitgehend wieder-
969 oder weiterverwendet werden können.

970 Wir wollen verbindliche ökologische und soziale Standards für den Abbau von Rohstoffen. Die
971 Sorgfaltspflicht muss entlang der gesamten Lieferkette eingehalten werden – einschließlich von
972 Mineralien aus Konflikt- und Hochrisikogebieten und der Produkte, die solche Ressourcen enthalten.

973 – Unternehmen müssen dazu verpflichtet werden, öffentlich über soziale und ökologische Standards
974 der von ihnen verwendeten Ressourcen Bericht zu erstatten. Sie müssen für die Folgen ihrer Ge-
975 schäfte international zur Verantwortung gezogen werden können.

976 – Die Nutzung von Kunststoffen wollen wir drastisch reduzieren. Durch eine EU-Plastikstrategie
977 wollen wir die Verwendung von Kunststoffen so weit wie möglich gegen Null führen und Mikroplas-
978 tik verbieten.

979 Für eine gerechte und ökologische Landwirtschaft

980 Die Landwirtschaft wird in der EU und durch die EU liberalisiert und globalen Agrarmärkten ausgelie-
981 fert. Industrielle Formen der Agrarerzeugung machen Druck. In ländlichen Regionen gehen Arbeits-
982 plätze verloren. Gleichzeitig werden durch Subventionen europäische Landwirtschaftsprodukte bis auf
983 die die Märkte im globalen Süden verbreitet: Es ist das subventionierte Hühnerklein aus der EU, das in
984 Afrika die Menschen um ihre Lebensgrundlage bringt.

985 Wir setzen auf regionale Kreisläufe und eine sozial und ökologisch verträgliche, nachhaltige Landwirt-
986 schaft, die den Lebensstandard der Menschen innerhalb und außerhalb der EU sichert.

987 Wir wollen die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) zu einer Politik weiterentwickeln, die zur Lösung der
988 wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Probleme beiträgt. Die Strukturfonds wollen wir so
989 umbauen, dass soziale und ökologische Kriterien verpflichtend für eine Subventionszahlung sind.

990 – Gute Arbeit in der Landwirtschaft mit flächendeckenden Mindestlöhnen sozialversicherungspflich-
991 tige Arbeitsplätze auch für mitarbeitende Familienangehörige und Saisonarbeitskräfte. Ausbildung
992 und Beschäftigung für Menschen mit Behinderungen sowie die Anrechnung der Arbeitskosten bei
993 Großbetrieben sollen überprüfbare Voraussetzungen für die Zahlung von Prämien aus dem Agrar-
994 Etat der EU werden.

995 – Mehr Bienen, mehr Käfer: Wir wollen Landwirtinnen und Landwirte darin unterstützen, die Arten-
996 und Biotopvielfalt zu erhalten und wiederherzustellen. Insekten, Wirbellose, Klein- und Großsäuger,
997 Vögel und verschiedene Pflanzenarten sind auf eine strukturierte Kulturlandschaft und auf schad-
998 stoffarme Bewirtschaftung angewiesen.

999 – Wir unterstützen Weidetierhaltung durch eine gekoppelte Prämie und finanzieren Herdenschutz-
1000 maßnahmen.

1001 – Die EU muss ihre Orientierung auf Wettbewerb und Export aufgeben. Stattdessen sollen regionale
1002 Erzeugung, Verarbeitung und Wertschöpfung gefördert werden.

1003 – Statt mit Freihandelsabkommen wollen wir faire internationale Handelsbeziehungen für nachhaltig
1004 produzierte Agrarprodukte und Rohstoffe.

1005 – Futtermittelimporte in die EU wollen wir reduzieren.

1006 – In der Erzeugerkette muss es eine faire Gewinn- und Risikoverteilung geben. Produzierende, die
1007 das größte Risiko tragen, müssen auch den größten Gewinn erhalten. So bleiben Lebensmittel
1008 erschwinglich und können kostendeckend produziert werden.

1009 – Wir wollen Landgrabbing verbieten. Verkauf bzw. Überlassung großer Landflächen an wenige
1010 Konzerne zerstört die Lebensgrundlagen der einheimischen Bevölkerung und führt zu Hunger,
1011 Vertreibung und Flucht. Boden ist keine handelbare Ware. Die Bodenspekulation muss beendet
1012 werden und landwirtschaftliche Fläche vor Ort wirtschaftenden Landwirtinnen und Landwirten zur
1013 Verfügung stehen.

- 1014 – Wir wollen Massentierhaltung, die nicht tiergerecht und umweltgerecht ist, verbieten.
- 1015 – Gentechnik in der Landwirtschaft und Patente auf Pflanzen, Tiere und anderes Leben lehnen wir
- 1016 ab. Das uneingeschränkte Recht auf freien Nachbau des Saatgutes muss wiederhergestellt, Kon-
- 1017 zerne wie Monsanto entmachtet werden.
- 1018 – Die Wälder in der EU müssen nachhaltig bewirtschaftet werden. Der illegale Holzhandel muss
- 1019 stärker bekämpft werden. In waldarmen europäischen Ländern soll verstärkt aufgeforstet werden.

1020 Gemeinsam mit dem Bündnis »Wir haben es satt« fordert DIE LINKE, dass die EU in Zukunft eine tier-,
 1021 klima- und umweltgerechte Landwirtschaft fördert und dass die Bäuerinnen und Bauern, die das schon
 1022 heute umsetzen, faire Preise bekommen.

1023 Die Meere schützen, Überfischung stoppen

1024 Die Meere sind an vielen Orten leergefischt – mit Unterstützung und Subventionen der EU und oft
 1025 illegal. Gerade vor der Küste in Westafrika zerstören die europäischen Trawler die Lebensgrundlagen
 1026 der Menschen vor Ort.

1027 Wir wollen, dass der Fischfang wirksam reguliert wird: So dass nicht mehr Fische gefischt werden, als
 1028 nachwachsen können. So dass die Lebensgrundlagen und die Arbeitsbedingungen der Menschen in
 1029 der der EU, auf den Schiffen und in den Fanggebieten gesichert werden.

1030 Die EU hat eine Rahmenrichtlinie der Meeresstrategie; sie muss konsequent umgesetzt werden. Dazu
 1031 müssen auch großflächige Meeresschutzgebiete eingerichtet werden.

- 1032 – Der kommerzielle Walfang muss gestoppt werden.
- 1033 – Die Belastung der Meere durch Müllentsorgung, Stoffe aus der Landwirtschaft und der Industrie
- 1034 muss drastisch gemindert werden. Das Marpol-Übereinkommen ist eine Grundlage dafür. Verstöße
- 1035 müssen effektiver geahndet werden.
- 1036 – Die EU muss durch verbindliche Standards und harte Sanktionen den Schutz der Meeresbiotope
- 1037 durchsetzen. Kleinere Betriebe sollen dabei unterstützt werden. Die notwendigen Fangreduzierun-
- 1038 gen dürfen nicht auf Kosten der in der Fischerei Beschäftigten gehen. Fischereisubventionen
- 1039 müssen an nachhaltige und soziale Standards gekoppelt werden.
- 1040 – Die Immissionsschutzbestimmungen für Wasserfahrzeuge und Infrastrukturprojekte müssen
- 1041 verschärft werden. Bei der technischen Umstellung ist eine Unterstützung der traditionellen Fami-
- 1042 lienbetriebe der Fischerei erforderlich.

1043 Die natürlichen Lebensgrundlagen erhalten

1044 Saubere, schadstofffreie Gewässer, Böden und Luft und die biologische Vielfalt sind unsere Lebens-
 1045 grundlagen. Wir wollen:

- 1046 – Die Ziele der EU-Biodiversitätsstrategie durchsetzen.
- 1047 – Einen EU-Naturschutzfonds für die Finanzierung von NATURA-2000 und Förderung von weiteren
- 1048 Maßnahmen zum Erhalt der Biologischen Vielfalt einrichten.
- 1049 – Das LIFE-Programm auf 1 Prozent des EU-Haushalts aufstocken, da es sich als effektiv für die
- 1050 Verbesserung des Zustandes von Natur und Umwelt erwiesen hat.
- 1051 – Eine konsequente und vollständige Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie, um einen guten
- 1052 ökologischen Gewässerzustand zu erreichen. Die Wasserrahmenrichtlinie und ihre Tochterrichtli-
- 1053 nien dürfen nicht aufgeweicht oder geöffnet werden.
- 1054 – Eine strikte Einhaltung des Vorsorgeprinzips bei der Regulierung von hormonschädlichen Stoffen
- 1055 und eine Chemikalienpolitik, die die Gesundheit des Menschen in den Vordergrund stellt.

1056 Wirksamer Tierschutz

1057 Der Tierschutz in der EU hat große Mängel: Noch immer gibt es Tierversuche und nicht tiergerechte
 1058 Haltung. Produkte aus tierquälerischer Haltung oder von aus der Natur entnommenen Wildtieren

- 1059 werden weiter importiert. Ausschlaggebend dafür sind wirtschaftliche Interessen: Hühner in Käfigbat-
1060 terien sind billiger als Hühner in Freilandhaltung, wilde Graupapageien sind billiger als gezüchtete
1061 Tiere, und Meeressäuger in Delfinarien versprechen kräftige Gewinne für die Betreiber. Die tatsächli-
1062 chen Schäden an Natur und Umwelt sind in keiner Rechnung aufgelistet.
- 1063 – DIE LINKE setzt sich für verbindliche Tierschutzvorschriften auf EU-Ebene ein.
 - 1064 – Wir fordern ein grundsätzliches Verbot von Tierversuchen. Stattdessen müssen Alternativen
1065 erforscht und gefördert werden. Wir fordern tiergerechte und ethisch vertretbare Haltungs- und
1066 Transportbedingungen für Nutztiere und die Stärkung regionaler Vermarktungskreisläufe. Die
1067 industrielle Tierhaltung muss durch umwelt- und ressourcenschonende Haltungsformen ersetzt
1068 werden.
 - 1069 – DIE LINKE setzt sich für ein EU-weites Tierschutzsiegel sowie eine einheitliche Kennzeichnung von
1070 veganen und vegetarischen Lebensmitteln im Einzelhandel ein. Tierschutzverbände sollen in der EU
1071 ein Verbandsklagerecht erhalten.

1072 6. Für Frieden in Europa und der Welt

1073 Der Frieden in Europa und in der Welt ist so bedroht wie seit dem Ende des Kalten Krieges nicht mehr.
1074 Aufrüstung und Wettrüsten bestimmt die Strategien der alten und neuen Großmächte, zu denen die
1075 EU gehört. Auch Deutschland treibt die Aufrüstung voran. Der NATO-Generalsekretär spricht wie im
1076 Kalten Krieg davon, dass ein »Gleichgewicht des Schreckens« hergestellt werden müsste. Die Arsenale
1077 der Atomwaffen werden modernisiert. Das erhöht die Gefahr eines Atomkrieges. Und es treibt die
1078 weltweiten Ausgaben für Rüstung in die Höhe. DIE LINKE weiß: Waffen schaffen keinen Frieden und
1079 ein Gleichgewicht des Schreckens verbreitet vor allem eins: Schrecken. Gegen die neuen Kriege ist es
1080 noch dazu wirkungslos: Sie lassen sich nicht mit militärischer Übermacht gewinnen, sie führen wie
1081 etwa in Syrien eher zu endlosen Bürgerkriegen. Die Anzahl militärischer Auseinandersetzungen nimmt
1082 zu: 2017 waren es weltweit 20 Kriege und 385 militärische Konflikte. Fast 70 Millionen Menschen
1083 sind auf der Flucht. 815 Millionen Menschen leiden an Hunger. Das sind die Herausforderungen, die
1084 im Mittelpunkt von globaler Politik stehen müssten.

1085 US Präsident Trump setzt auf militärische Aufrüstung und Abschreckung und auf einseitige Durchset-
1086 zung seiner Interessen. Institutionen der gegenseitigen Verhandlung wie die UNO werden systema-
1087 tisch geschwächt. In der EU wird Trumps Vorgehen genutzt, um selber die Aufrüstung voranzutreiben.
1088 Gerade die Bundesregierung aus Union und SPD ist hier eine treibende Kraft. Die Folgen sind:
1089 Stellvertreterkriege, die Aufkündigung internationaler Verträge und Abrüstungsvereinbarungen sowie
1090 Handelsauseinandersetzungen.

1091 Als Ziel für die EU wird »strategische Autonomie« ausgegeben. Gemeint ist: ein eigener Militäretat,
1092 eigene Befehlsstrukturen und Einsätze, die von den nationalen Parlamenten unabhängig beschlossen
1093 werden können. Viele machen wie Olaf Scholz von der SPD »Eigenständigkeit« an einer »echten
1094 europäischen Armee« fest. Ziel dieser »ständigen strukturierten Zusammenarbeit« (PESCO) ist ein
1095 gemeinsamer Rüstungsmarkt und die Rüstungsindustrie europäisiert werden. Der Binnenmarkt für
1096 Verteidigungsgüter soll gestärkt werden.

1097 Der Ausbau einer »Verteidigungsunion« oder »Militärunion« eigenständiger Militärpolitik, eine
1098 europäische Armee und andere Vorhaben der Militarisierung führen nicht zu mehr Sicherheit für die
1099 Menschen in Europa, sondern sichern nur Konzerninteressen militärisch ab. Wir wollen die Militarisie-
1100 rung der EU beenden. Sicherheit gibt es nur mit konsequenter Friedenspolitik und Förderung globaler
1101 Gerechtigkeit statt nationaler Standortkonkurrenz.

1102 2012 hat die EU den Friedensnobelpreis erhalten. Zu Unrecht. Seitdem wurden neoliberale Wirt-
1103 schafts- und Handelsabkommen ausgeweitet, im Rahmen der Ständigen Strukturierten Zusammenar-
1104 beit (PESCO) wird Aufrüstung vorangetrieben, ein milliardenschwerer Europäischer Verteidigungs-
1105 fonds (EVF) eingerichtet und Europa zur Festung ausgebaut, gestützt auf polizeiliche und militärische
1106 Maßnahmen von Frontex.

1107 DIE LINKE stellt sich Militarisierung und Aufrüstung entgegen. Wir wollen eine Union der Abrüstung
1108 und Entmilitarisierung. Wir wollen eine friedliche Außen-, Entwicklungs-, und Menschenrechtspolitik,
1109 die auf Solidarität, Kooperation und Entspannung setzt und eine starke parlamentarischen Kontrolle.

1110 Gegen die Militarisierung der EU: Abrüsten!

1111 Im Juni 2016 hat die EU eine Strategie verabschiedet, um Europa in Fragen der Sicherheits- und
1112 Außenpolitik „unabhängiger“ zu machen. Die Rolle der NATO wird nicht in Frage gestellt. Ihr soll eine
1113 bewaffnete EU an die Seite gestellt werden. Geplant ist eine große Umschichtung von finanziellen
1114 Mitteln zugunsten von Aufrüstung und Militarisierung: Der Europäische Verteidigungsfonds (EVF) soll
1115 jährlich 500 Mio. Euro aus EU-Haushaltsmitteln für Forschungsprogramme im Verteidigungsbereich
1116 sowie 1 Mrd. Euro im Jahr für die Entwicklung und Beschaffung neuer Waffen-, Kommunikations- und
1117 Transportsysteme und weiterer Rüstungsgüter und -Technologien bereitstellen. Diese Mittel sollen
1118 durch Beiträge der Mitgliedstaaten in Höhe von 4 Mrd. Euro ergänzt werden. Insgesamt sollen jährlich
1119 5,5 Mrd. Euro zusätzlich investiert werden. Nicht für den gesellschaftlichen Bedarf, sondern für die
1120 Stärkung des Militärs. Das entspricht der Hälfte dessen, was weltweit zur Beendigung des akuten
1121 Hungers benötigt würde. Da wäre das Geld besser aufgehoben – und das wäre ein besserer Beitrag
1122 für die weltweite Sicherheit.

1123 Insgesamt sind im mehrjährigen Finanzrahmen (2021-2027) der EU bis zu 38,5 Mrd. Euro öffentliche
1124 Investitionen für Verteidigung, Rüstung und militärisch relevante Forschungsprojekte vorgesehen. Die
1125 Ausgaben der Mitgliedstaaten kommen noch hinzu. Und die müssen ständig steigen, so besagen es
1126 die Verträge der EU: »Die Mitgliedstaaten verpflichten sich, ihre militärischen Fähigkeiten schrittweise
1127 zu verbessern.« »Verbessern« meint: erhöhen. Neben der »Verbesserung« der militärischen Kapazitä-
1128 ten durch neue Technologien und die Förderung von Standardisierung bei Rüstungsgütern geht es
1129 ausdrücklich darum, die europäische Rüstungsindustrie zu stärken.

1130 Im Rahmen der ständigen strukturierten Zusammenarbeit (PESCO) verpflichten sich die beteiligten
1131 Mitgliedstaaten zur Erhöhung ihrer Verteidigungsausgaben und schaffen einen gemeinsamen Etat,
1132 eigene Entscheidungsstrukturen und Projekte. Durch PESCO wird das Konsensprinzip in der Sicher-
1133 heits- und Verteidigungspolitik der EU ausgehebelt. Ein Projekt von PESCO ist die sogenannte Military
1134 Mobility: Infrastruktur soll geschaffen werden, um die schnellere Verlegung von Kriegsgerät zu
1135 ermöglichen. 6,5 Milliarden Euro sollen investiert werden, um Straßen und Brücken panzerfest zu
1136 machen. Es zeigt sich: Wenn es um Militarisierung geht, bricht die EU ihre eigenen Regeln, aber nicht,
1137 wenn es um den Bedarf der Bevölkerung geht!

1138 Schon 2017 erreichten die weltweiten Militärausgaben mit 1,739 Billionen US-Dollar den höchsten
1139 Stand seit Ende des Kalten Krieges. Mit 630 Mrd. US-Dollar machen die Ausgaben der USA ein gutes
1140 Drittel davon aus. Die Europäischen NATO-Mitgliedstaaten geben alleine, ohne die USA, dreimal so
1141 viel für Rüstung aus wie Russland, die NATO insgesamt vierzehnmal so viel. Bei Erreichen ihres
1142 Aufrüstungszieles von zwei Prozent des Haushaltes hätte Deutschland alleine höhere Rüstungsausga-
1143 ben als die Atommacht Russland. Das zeigt: Die angebliche Bedrohung durch Russland ist nur ein
1144 Vorwand für die Aufrüstungsprogramme von NATO und EU.

1145 Die EU will mit diesen Schritten zur Aufrüstung auch handlungsfähiger gegen terroristische Bedrohun-
1146 gen werden. Aber Terror kann nicht militärisch besiegt werden! Die Bilanz des »Kriegs gegen Terror«,
1147 der seit 2001 gegen Afghanistan, Irak, Libyen, Jemen und Pakistan geführt wird ist desaströs: viele
1148 Hunderttausende Tote – und der Terrorismus wächst. DIE LINKE wirbt dafür, aus der Gewaltspirale
1149 auszusteigen und das Problem des Terrorismus an seiner Wurzel zu packen: Entwicklung, Armutsbe-
1150 kämpfung und Verzicht auf präventive Kriegsführung sind dafür zentral.

1151 Das Ziel der EU-Maßnahmen ist dagegen, eine »Verteidigungsunion« zu gründen. Das klingt gut,
1152 bedeutet aber im Klartext: die EU zu militarisieren. Die Bundesregierung treibt diese Entwicklung
1153 voran. DIE LINKE lehnt eine militarisierte EU ab. Abrüstung, nicht Aufrüstung schafft Frieden!

- 1154 – Wir fordern die Auflösung der EU Battlegroups.
- 1155 – Die Verteidigungsagentur der EU wollen wir auflösen.

- 1156 – Die »Ständige Strukturierte Zusammenarbeit« (PESCO), die eigenständige militärische Strukturen
- 1157 der EU bildet und Voraussetzungen für eine eigene europäische Armee schafft, wollen wir been-
- 1158 den.
- 1159 – Die Verträge der EU müssen geändert werden: Die Aufrüstungsverpflichtung für die Mitgliedstaa-
- 1160 ten schreibt die Militarisierung in die Grundlagen der EU und muss abgeschafft werden.
- 1161 – Stattdessen muss die EU sich auf zivilen Konfliktlösungskapazitäten beschränken und diese
- 1162 stärken.
- 1163 – Wir wollen konventionelle Streitkräfte abrüsten. Als ersten Schritt wollen wir eine konventionelle
- 1164 Rüstungskontrolle in Europa nach dem Vorbild des A-KSE-Vertrags (Angepasster Vertrag über
- 1165 Konventionelle Streitkräfte in Europa).

1166 Rüstungsexporte verbieten

1167 Waffen aus der EU kommen in vielen Konflikten und Kriegen zum Einsatz. Frankreich und Deutschland
 1168 sind nach den USA und Russland die größten Rüstungsexporteure. Zu den Empfängerländern gehören
 1169 kriegführende Länder wie Saudi-Arabien und Länder, in denen Menschenrechte missachtet und die
 1170 eigene Bevölkerung mit Waffengewalt unterdrückt wird. Die EU hat sich auf verbindliche Regeln mit
 1171 festen Kriterien zum Umgang mit Rüstungsexporten festgelegt, diese werden jedoch ständig übergan-
 1172 gen. Strengere Ausfuhrgenehmigungen oder Kontrollen blieben wirkungslos. Neben Panzern, Raketen
 1173 oder Kleinwaffen werden auch militärische Dienstleistungen exportiert, die keiner Kontrolle unterlie-
 1174 gen. Private Sicherheitsfirmen arbeiten als Söldner in Konfliktgebieten. Die mangelnden Vorschriften
 1175 und Kontrollen bei der Auslieferung von sogenannten Dual-Use-Gütern haben dazu geführt, dass u.a.
 1176 deutsche Firmen die Chemikalien für das in Syrien eingesetzte Giftgas lieferten. Rüstungsexporte
 1177 bringen keinen Frieden, sondern verschärfen Konflikte!

1178 Daher fordert DIE LINKE:

- 1179 – Stopp aller Rüstungsexporte! Exporte von Waffen, Rüstung und Waffenteilen in Krisen- und
- 1180 Kriegsgebiete müssen sofort ausgesetzt werden.
- 1181 – EU-Mitgliedstaaten, die die EU-Vorschriften für Waffenexporte nicht einhalten, müssen mit
- 1182 Sanktionen bestraft werden.
- 1183 – Rüstungsindustrie darf durch die EU nicht weiter gefördert werden.
- 1184 – Dual-Use-Gütern, die für zivile und militärische Zwecke eingesetzt werden (können), müssen
- 1185 gekennzeichnet werden.
- 1186 – Dual-Use-Güter, die zur Waffenproduktion genutzt werden können, dürfen nicht an Staaten
- 1187 geliefert werden, die keine internationalen Abrüstungsverträge unterzeichnet haben.
- 1188 – Entwicklung, Produktion und Verwendung von vollautonomen Waffen müssen verboten werden und
- 1189 vollautonome Waffensysteme international geächtet werden.
- 1190 – Der Handel mit militärischen oder militär-relevanten Dienstleistungen muss kontrolliert werden.
- 1191 – Wir wollen die EU-Rüstungsagentur abschaffen.
- 1192 – Unser Investitionsprogramm umfasst auch Mittel für den zivilen Umbau der Rüstungsindustrie. Die
- 1193 Arbeitsplätze in der Rüstungsindustrie müssen in ökologisch und wirtschaftlich nachhaltige Ar-
- 1194beitsplätze überführt werden. Die bestehenden Rüstungskapazitäten müssen umgebaut werden
- 1195 (Rüstungskonversion).

1196 Konflikte friedlich lösen

1197 DIE LINKE steht für Frieden, für Demokratisierung der internationalen Beziehungen, für eine gerechte
 1198 und solidarische Weltwirtschaftsordnung, für die Achtung des Völkerrechts und eine nachhaltige
 1199 globale Entwicklung. Langfristig wollen wir ein Deutschland, eine EU und eine Welt ohne Armeen und
 1200 ohne Kriege.

1201 Was die EU und ihre Mitgliedstaaten - besonders die deutsche Regierung - in der Sicherheitspolitik
 1202 vorantreibt, schafft keinen Frieden und keine Entspannung, sondern befeuert die Konflikte weiter. Die
 1203 EU muss sich der Sicherung des Friedens in der Region verschreiben.

- 1204 – Wir wollen die OSZE aufwerten und zu einem wichtigen Faktor in der europäischen Sicherheitsarchitektur machen.
- 1205
- 1206 – Wir wollen, dass die Bundeswehr dem Oberkommando der NATO entzogen wird und die Bundesrepublik aus den militärischen Strukturen des Bündnisses austritt. Perspektivisch wollen wir die NATO auflösen und durch ein kollektives Sicherheitssystem unter Einbeziehung von Russland ersetzen, das auf Abrüstung zielt.
- 1207
- 1208
- 1209
- 1210 – Wir wollen eine neue, auf Entspannung orientierte Ostpolitik. Sicherheit in Europa kann nur Sicherheit mit und nicht gegen Russland sein. Das muss die sicherheitspolitische Orientierung von europäischem und deutschem Handel werden. Militärmanöver oder Pläne zur Stationierung von Waffensystemen entlang der russischen Westgrenze heizen Konflikte an. Wir lehnen sie ab.
- 1211
- 1212
- 1213
- 1214 – Über die UNO muss eine globale Abrüstungsinitiative angestoßen werden, in der für alle Mitgliedsstaaten verbindliche Abrüstungsziele festgelegt werden.
- 1215
- 1216 – Wir wollen die UNO und das Völkerrecht stärken.
- 1217 – Zivile Konfliktprävention und -bearbeitung wollen wir stärken. Wir wollen einen europäischen Zivilen Friedensdienst ins Leben rufen und die Länder Afrikas bei der Einrichtung eines afrikanischen Zivilen Friedensdienstes unterstützen. Das kann aus einem Teil der Gelder finanziert werden, die bis-her für Militärausbildungsmissionen ausgegeben werden.
- 1218
- 1219
- 1220

1221 Eine gerechte Handelspolitik als Motor für eine friedliche Entwicklung

- 1222 Hunderttausende Menschen sind aus Protest gegen TTIP, TISA und ähnliche Freihandelsabkommen auf die Straße gegangen, auch DIE LINKE. Sie unterwerfen zentrale Bereiche des Lebens Markt und Wettbewerb und schränken demokratische Entscheidungsmöglichkeiten ein.
- 1223
- 1224
- 1225 Über Handelsabkommen der Europäischen Union mit anderen Regionen oder Ländern entscheiden inzwischen nur noch das Europäische Parlament und der Rat der Regierungen der Mitgliedstaaten. Wir werden den Widerstand gegen Abkommen wie TTIP und gegen Sondergerichte für Investoren ins Europaparlament tragen und uns für gerechte und nachhaltige Handelsbeziehungen einsetzen.
- 1226
- 1227
- 1228
- 1229 – Die LINKE will mit Abkommen über Partnerschaft und fairen Handel die globalen Wirtschaftsbeziehungen der Europäischen Union neu ausrichten und die bestehenden Handelsabkommen ersetzen.
- 1230
- 1231 – Wir unterstützen die Entwicklung des »UN Treaty«-Abkommens. Bei transnationalen Unternehmen kommt es weltweit zu schwerwiegenden Menschenrechtsverletzungen. Bislang gibt es nur Richtlinien, die auf freiwillige, unverbindliche Initiativen transnationaler Konzerne setzen. Sie sind nur schwer einklagbar und haben kaum rechtliche Folgen. Wir wollen, dass die menschenrechtliche Verantwortung transnationaler Konzerne und anderer Wirtschaftsunternehmen international festgeschrieben wird. Die EU muss ihrer internationalen Verantwortung gerecht werden und sich aktiv für den Schutz von Menschenrechten weltweit einsetzen.
- 1232
- 1233
- 1234
- 1235
- 1236
- 1237
- 1238 – Wir wollen die Handelspolitik in Einklang bringen mit Entwicklungszusammenarbeit, Klimaschutz und Frieden sichernder Politik. Dazu gehört die Überwindung der Armut, auch innerhalb Europas. In den Handelsbeziehungen, in den globalen Produktionswegen und Wertschöpfungsketten müssen anständige Arbeitsbedingungen und umweltgerechte Produktionsmethoden als Norm durchgesetzt werden.
- 1239
- 1240
- 1241
- 1242
- 1243 – Wir wollen eine gesetzliche Sorgfaltspflicht für Unternehmen durchsetzen, auf die Einhaltung dieser Norm bei ihren Bestellungen zu achten. In der letzten Legislaturperiode haben wir das im Europaparlament für die sogenannten Konfliktrohstoffe bereits geschafft und wollen es nun auf die Textilbranche und weitere Branchen ausdehnen. Wir konnten auch bereits durchsetzen, dass die EU Kommission künftig Fälle von Umweltdumping und Sozialdumping bei der Berechnung von Strafzöllen sanktionieren kann.
- 1244
- 1245
- 1246
- 1247
- 1248
- 1249 Zu den UNO-Zielen gehört die Abschaffung des Hungers. DIE LINKE will das zu einer Priorität der Europäischen Kommission machen. Weltweit ist die Zahl der Hungernden im letzten Jahr auf 821 Millionen Menschen gestiegen. Eine strukturelle Ursache sind benachteiligende Handelsbeziehungen und Billigexporte von Agrarüberschüssen, zum Beispiel Hühnerteile aus Europa. Dadurch werden
- 1250
- 1251
- 1252

1253 Kleinbauern um ihre Existenz gebracht. Landwirtschaft muss vor Ort Ernährung sichern, statt
1254 zunehmend in Großbetrieben für den Weltmarkt zu produzieren. Auch in der EU soll Landwirtschaft
1255 gesund, umweltgerecht und regional orientiert produzieren können, statt in einen globalen Preiskrieg
1256 gezwungen zu werden. DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass die Europäische Union für eine Reform der
1257 Welthandelsorganisation (WTO) eintritt, damit Ernährungssicherheit und Ernährungssouveränität nicht
1258 länger durch das Dogma des Freihandels verhindert werden.

1259 – Schulden zurückzahlen! Auf UN-Ebene wollen wir einen Kompensationsfonds für die Folgen von
1260 Klimawandel und Kolonialismus einrichten, der von den Industriestaaten finanziert wird. In diesen
1261 Fonds sollten ehemalige Kolonialmächte als Form der Reparation mehr einzahlen als andere Staa-
1262 ten. Außerdem fordern wir einen solidarischen Wissens- und Technologietransfer für eine Energie-
1263 wende in den Ländern des Südens. Die entsprechenden Klimafinanztransfers wollen wir jährlich
1264 erhöhen und zusätzlich zur Entwicklungszusammenarbeit bereitstellen.

1265 DIE LINKE setzt sich für Handels- und Wirtschaftsbeziehungen ein, die zu Zusammenarbeit und
1266 friedlicher Koexistenz beitragen. Dazu gehört der Schutz der Menschenrechte, demokratische
1267 Teilhabe, Umweltschutz und gewerkschaftliche Organisierung.

1268 LINKE Entwicklungspolitik. So geht gerecht.

1269 Die europäische Entwicklungspolitik ist – ebenso wie die deutsche – durch Eigeninteressen der
1270 Mitgliedsländer geleitet. Entwicklungszusammenarbeit wird fast nur noch zur Abwehr von Migration
1271 instrumentalisiert. Mit dem Europäischen Treuhandfonds für Afrika (EUTF), der sich aus Entwicklungsgeldern speist, werden hauptsächlich Abschottungsmaßnahmen finanziert. Entwicklungspolitik wird zunehmend mit Sicherheitspolitik verzahnt. Diesen sogenannten „vernetzten Ansatz“, drückt die EU vor allem in Afrika durch.

1275 – DIE LINKE lehnt eine Verknüpfung von Entwicklungsgeldern und anderer Fördermittel mit Maß-
1276 nahmen des Grenzschutzes und der Migrationskontrolle ab.

1277 Die EU setzt Entwicklung immer mehr mit Wirtschaftsförderung gleich – und denkt dabei vor allem an
1278 die Förderung europäischer Unternehmen. Entwicklungsgelder sollen nach diesem Verständnis in
1279 Form von Risikoabsicherungen, Bürgschaften, als »Hebel« für Privatinvestitionen dienen. DIE LINKE
1280 lehnt eine Privatisierung von Entwicklungszusammenarbeit ab.

1281 – Wir setzen uns für eine Neuausrichtung der Entwicklungszusammenarbeit ein. Sie muss auf die
1282 Interessen und Bedürfnisse der unterstützten Länder ausgerichtet sein und sich am Gedanken von
1283 Gerechtigkeit, Solidarität und der nachhaltigen Entwicklung orientieren. Sie muss ein Instrument
1284 globaler Umverteilung im Sinne sozialer Gerechtigkeit sein und darf nicht als Instrument der Einmi-
1285 schung sowie als ein Druckmittel zugunsten der wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Inte-
1286 ressen der Geberländer und internationaler Konzerne missbraucht werden.

1287 – DIE LINKE will eine bessere Koordinierung der Entwicklungszusammenarbeit der Europäischen
1288 Union und der einzelnen Mitgliedstaaten.

1289 – In der Zusammenarbeit mit afrikanischen, karibischen und pazifischen Staaten (AKP) müssen
1290 koloniale Beziehungen überwunden werden. Dies bedeutet, diesen Ländern keine Abkommen zu
1291 diktieren: Die Freihandelsabkommen (EPAs) müssen gestoppt werden.

1292 Für eine solidarische Nachbarschaftspolitik

1293 Die Europäische Nachbarschaftspolitik (ENP) ist auf die östlichen und südlichen Nachbarn der EU
1294 ausgerichtet. Diese sollen bei Modernisierung und Stabilisierung sowie bei Reformen zu Rechtsstaat-
1295 lichkeit und Demokratie unterstützt werden. Jeder Staat muss das Recht haben, sich selbstständig
1296 und ohne Druck und Erpressung von außen in das System internationaler Beziehungen einzuordnen.

1297 Durch die bestehenden Assoziierungsabkommen werden die Nachbarstaaten verpflichtet, den
1298 heutigen und zukünftigen EU-Rechtsbestand zu übernehmen, ohne selbst EU-Mitglied zu werden. Das

- 1299 souveräne Recht der Bürgerinnen und Bürger in den Partnerländern, ihre Zukunft ohne Einmischung
 1300 von außen zu gestalten, muss gesichert werden.
- 1301 DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass die folgenden Themen in den Mittelpunkt der Nachbarschaftspoli-
 1302 tik gestellt werden:
- 1303 – Frieden,
 - 1304 – internationale Sicherheit und Stabilität,
 - 1305 – die Beseitigung von Armut und Unterentwicklung,
 - 1306 – die Gewährleistung grundlegender demokratischer, sozialer und Menschenrechte,
 - 1307 – die langfristige und ökologisch nachhaltige Sicherung der Energieversorgung und
 - 1308 – der Kampf gegen den Klimawandel.

1309 7. Das Sterben beenden – 1310 Kontinent der Solidarität statt Festung Europa!

1311 Einwanderung ist kein Krisenfall. Sie hat zu Wohlstand, Demokratie und kultureller Entwicklung
 1312 wesentlich beigetragen. Wir in Europa haben ihr viel zu verdanken: Europa ist längst ein Kontinent der
 1313 Einwanderung. Der Wohlstand der Industriestaaten beruht auf grenzübergreifendem Handel. Es wäre
 1314 nur konsequent, wenn auch Menschen sich frei bewegen könnten. Statt gleiche Rechte und grenz-
 1315 übergreifende Solidarität zu stärken, wird von den mächtigen Regierungen dieser Welt weiter eine
 1316 Politik von Abschottung, Ausbeutung, Krieg und Ausgrenzung betrieben.

1317 Weltweit sind so viele Menschen auf der Flucht wie noch nie. Aber die EU macht die Grenzen dicht
 1318 und bekämpft die Geflüchteten – nicht die Fluchtursachen. An den Grenzen der EU entstehen
 1319 Massengräber. 2017 sind allein im Mittelmeer über 3 000 Geflüchtete ums Leben gekommen. Das
 1320 massenhafte Sterben ist ein Ergebnis der Abschottung Europas und der Kriminalisierung der Seenot-
 1321 rettung. Das verhöhnt die europäischen Werte von Menschenrechten und Demokratie. Es setzt die
 1322 Menschenrechtskonvention und das internationale Seerecht außer Kraft. Dabei sind EU-Kommission,
 1323 Bundesregierung und europäische Konzerne wesentlich dafür verantwortlich, dass Menschen ihr
 1324 »Recht zu bleiben« nicht wahrnehmen können und ihre Heimat verlassen müssen. Fluchtursachen
 1325 hängen mit den Kriegen und Bürgerkriegen zusammen, die durch Aufrüstung und Militarisierung
 1326 vorangetrieben werden. Und sie sind ein Ergebnis der weltweiten Ungleichheit zwischen Arm und
 1327 Reich. Sie ist Resultat von Jahrhunderten des Kolonialismus und wächst durch Ausbeutung in unfairen
 1328 Handelsbeziehungen, durch das Erstarken der großen Agrarfirmer und rücksichtslos agierende
 1329 Konzerne. Zwar behaupten auch die regierenden Parteien in der EU inzwischen, dass sie Fluchtursa-
 1330 chen bekämpfen wollen. Ihren Worten folgen aber keine Taten. Waffenexporte, Kriegseinsätze von EU-
 1331 Staaten, die Kollaboration mit Diktatoren und der durch die Industrieländer in erster Linie zu verant-
 1332 wortende Klimawandel schaffen immer neue Fluchtursachen. »Freihandelsabkommen« mit afrikani-
 1333 schen Staaten, auch wenn sie – wie der »Compact for Africa« – den Anstrich von »Entwicklungspolitik«
 1334 haben, vertiefen Armut und Instabilität. Menschen, die vor den daraus folgenden Lebensumständen
 1335 fliehen, sind keine »Wirtschaftsflüchtlinge«. Die Probleme dieser Weltwirtschaft sind das Ergebnis
 1336 politischer Entscheidungen – und sie können verändert werden.

1337 Rechte und Rassisten hetzen gegen diejenigen, die in Europa – oft unter Lebensgefahr – Zuflucht
 1338 suchen und propagieren ausgerechnet das Treten nach Unten als »Alternative«. Die liberalen Parteien
 1339 lassen sich in der Einwanderungs- und Flüchtlingspolitik von den Rechten treiben: Der Streit um das
 1340 Gemeinsame europäische Asylsystem (GEAS) zeigt, dass Einigkeit unter den Regierenden in der EU
 1341 vor allem bei Abschottung, Abschiebung und der Aufrüstung der Grenzen besteht.

1342 Gutes Zusammenleben braucht eine soziale Infrastruktur, die dem öffentlichen Bedarf verpflichtet ist
 1343 und die Ärmsten schützt, egal woher sie kommen. Doch weder EU-Kommission noch Bundesregierung
 1344 haben die sozialen Grundlagen für eine gute Integration geschaffen. Im Gegenteil: Durch die Kürzungs-
 1345 und Privatisierungspolitik der letzten Jahre haben sie den sozialen Zusammenhalt systematisch
 1346 geschwächt.

1347 Schutzsuchende Menschen aus Nicht-EU-Staaten werden diskriminiert; teilweise dürfen sie nicht
1348 arbeiten, ihren Wohnsitz nicht frei wählen, werden im Rahmen des gescheiterten Dublin-Systems
1349 zwischen EU-Staaten hin und her geschoben. Die Flüchtlingsabwehr nach außen »funktioniert« auf
1350 zwei Ebenen: Mit der Europäischen Agentur für die Grenz- und Küstenwache (»Frontex«) direkt an den
1351 Außengrenzen der EU, sowie durch die Vorverlagerung der Grenzabwehr, in Kooperation mit Warlords
1352 wie in Libyen oder Diktatoren wie Erdogan in der Türkei. Diese Politik tötet Menschen, schafft selbst
1353 neue Fluchtursachen – und sie zerstört die Demokratie in Europa, denn sie spaltet und militarisiert
1354 unsere Gesellschaft.

1355 Nach dem Willen von Konservativen und Sozialdemokraten geht es so weiter: Frontex soll eine
1356 ständige Einsatzinheit von bis zu 10 000 Grenzern erhalten und erweiterte Befugnisse für Abschie-
1357 bungen bekommen. Die Vorverlagerung von Grenzkontrollen nach Afrika in Kooperation mit autoritä-
1358 ren Regimen führt dazu, dass noch mehr Flüchtlinge in von EU finanzierten Lagern und Gefängnissen
1359 unter unmenschlichen Verhältnissen gefangen gehalten werden. Der rechtliche Schutzanspruch von
1360 Menschen, die es nach Europa geschafft haben, wird durch zahlreiche europäische Regierungen außer
1361 Kraft gesetzt, indem »sichere Fluchtalternativen« erfunden werden. Die ehrenamtliche Seenotrettung
1362 durch Nichtregierungsorganisationen und Zivilgesellschaft wird durch einige Regierungen in der EU
1363 sogar direkt kriminalisiert.

1364 Die Flucht- und Migrationsbewegungen fordern dagegen die Abschottungspolitik der EU wie ihre
1365 ungerechte Außen- und Wirtschaftspolitik heraus. Sie zeigen, dass die Grenzen überwindbar sind und
1366 wir längst in einer Einwanderungsgesellschaft leben. Wir stehen mit Geflüchteten und Migrantinnen
1367 und Migranten gegen die Achse der Abschottung von Kurz über Orban bis Seehofer. Wir stehen auf
1368 der Seite der Vielen, die Solidarität grenzübergreifend praktisch werden lassen; die gegen Abschie-
1369 bungen und für Seenotrettung, gleiche Rechte, Bewegungsfreiheit und offene Grenzen auf die Straße
1370 gehen. Wir machen die falsche Unterscheidung von »richtigen und falschen Geflüchteten«, politischen
1371 und wirtschaftlichen Flüchtlingen nicht mit. Niemand flieht freiwillig.

1372 Rassistischer Hetze treten wir entschieden entgegen – die Armut muss bekämpft werden, nicht die
1373 Armen. Wir wollen einen Politikwechsel in der Einwanderungs- und Flüchtlingspolitik der EU und
1374 fordern daher einen Dreiklang:

- 1375 1. Menschen retten, die Grenzen demokratisieren und sichere und legale Flucht- und Einreisewege
1376 schaffen
- 1377 2. Grundrechte europaweit durchsetzen und soziale Voraussetzung für Integration verbessern
- 1378 3. die Fluchtursachen endlich tatsächlich bekämpfen.

1379 Die Menschlichkeit retten: Investitionen in Seenotrettung statt Frontex!

- 1380 – Seebrücken und Fähren statt Frontex! Frontex muss aufgelöst und durch ein europäisches
1381 Seenotrettungsprogramm ersetzt werden. Bestehende Instrumente zur Überwachung des Mittel-
1382 meers und der Außengrenzen wollen wir in den Dienst der Seenotrettung stellen. Die Kriminalisie-
1383 rung der zivilgesellschaftlichen Seenotrettung wollen wir beenden.
- 1384 – Fluchtwege nicht versperren! Wir wollen legale und sichere Einreisemöglichkeiten in die EU. Das
1385 entzieht den Schleppern die Geschäftsgrundlage. Die Genfer Flüchtlingskonvention, die UN-
1386 Kinderkonvention und die Europäische Menschenrechtskonvention müssen eingehalten werden.
1387 Der Grundsatz der Nicht-Zurückweisung an den EU-Außengrenzen und auf hoher See muss befolgt
1388 werden.
- 1389 – Flucht ist kein Verbrechen! Der individuelle Zugang zu Asylverfahren und Rechtsschutz muss für
1390 Asylsuchende an den EU-Außengrenzen sichergestellt werden. Frauen, Kindern, sexuelle, religiöse
1391 und ethnische Minderheiten und Menschen mit Behinderung müssen vor Gewalt und Ausbeutung
1392 geschützt werden. Schnellverfahren und Inhaftierungen von Schutzsuchenden (egal ob in so-
1393 genannten »Rückkehr-«, »Transit-«, »kontrollierten Zentren« oder »Hotspots«) wollen wir abschaffen.
- 1394 – Asylrecht wiederherstellen und durchsetzen! Wir wollen in der EU einheitliche Schutzstandards auf
1395 hohem Niveau; die Abschiebung der Verantwortung auf andere Staaten mithilfe von Drittstaaten-

1396 oder Herkunftsländerregelungen wollen wir beenden. Der Negativ-Wettbewerb durch abgesenkte
1397 Standards bei Unterbringung, Versorgung und Rechten muss abgeschafft werden!
1398 – Niemand flieht freiwillig! Wir fordern die Ausweitung verbindlicher Flüchtlingsrechte auf Armuts-,
1399 Umwelt- und Klimaflüchtlinge und eine entsprechende humanitäre Visa-Vergabe. Es braucht um-
1400 fassende Aufnahmekontingente über das Resettlement-Programm des UNHCR.
1401 – Kein Mensch ist illegal! Wir wollen gerechte Lebensverhältnisse und offene Grenzen für alle
1402 Menschen. Das Recht auf Bewegungsfreiheit darf nicht vom Zufall der Geburt oder der ökonomi-
1403 schen Verwertbarkeit abhängig sein. DIE LINKE setzt sich daher für eine umfassende Visa-
1404 Liberalisierung ein.

1405 Eine soziale Offensive und gleiche Rechte für alle

1406 Integration erfordert gleiche Rechte für alle Menschen! Alle Menschen müssen im Rahmen einer
1407 europäischen Teilhabe-Agenda rechtlich, politisch und sozial gleichgestellt werden.

1408 – Wer dauerhaft in der EU lebt, muss auch das Wahlrecht zum Europäischen Parlament und auf
1409 kommunaler Ebene bekommen. Den Einschränkungen sozialer Sicherheiten oder der Freizügigkeit
1410 in der EU stellen wir uns entgegen: Ausnahmen von Mindestlohn und Tarifverträgen darf es nicht
1411 geben!

1412 – Legalize them! Wir fordern eine Legalisierungsinitiative und effektive Bleiberechtsregelungen für
1413 alle Menschen, die in einem unsicheren Aufenthaltsstatus leben. Für sie wollen wir einen sicheren
1414 Zugang zu Bildung, Gesundheit und arbeitsrechtlichem Schutz vor Ausbeutung schaffen.

1415 – Abschiebungen stoppen! Ausweisungen und Abschiebungen aus der EU, insbesondere in Krieg,
1416 Armut und Elend oder als Form der Doppelbestrafung, lehnen wir – im Gegensatz zu allen anderen
1417 im Bundestag vertretenen Parteien – ab. Wir haben hier immer geschlossen dagegen gestimmt und
1418 werden das auch in Zukunft tun.

1419 – Familien vereinen! Wir fordern ein verbindliches Recht auf Familiennachzug – auch für »subsidiär«
1420 Schutzberechtigte und schon während des Asylverfahrens – und die effektive Umsetzung des
1421 Nachzugsrechts für Flüchtlinge. Es braucht eine Ausweitung der Familiendefinition auf Verwandte
1422 zweiten Grades; insbesondere für unbegleitete Minderjährige.

1423 – Raus aus den Lagern! Geflüchtete wollen wir dezentral und in Wohnungen unterbringen und ihnen
1424 flächendeckend kostenlose Sprachkurse anbieten. Statt diskriminierender Sach- wollen wir regulä-
1425 re Geldleistungen. Es braucht Investitionen in Integration statt in Aufrüstung, Ausgrenzung und
1426 Abschottung!

1427 – Menschenrechte durchsetzen! Statt nationalen Alleingängen wollen wir eine Flüchtlingspolitik, die
1428 der Verantwortung der EU gerecht wird. Die EU-Kommission muss endlich gegen die Länder vorge-
1429 hen, die ihre menschenrechtlichen Verpflichtungen systematisch missachten. Für eine faire Vertei-
1430 lung von Geflüchteten in der EU wollen wir eine europäische Fluchtumlage: Alle Mitgliedsstaaten
1431 sollten entsprechend ihrer ökonomischen Leistungsfähigkeit Geflüchtete aufnehmen. Die Mitglied-
1432 staaten, die überproportional viele Flüchtenden bei sich aufnehmen, sollen entsprechend große
1433 Ausgleichsummen erhalten.

1434 – Kommunen der Solidarität fördern! Die Kommunen dürfen mit den Kosten von Flucht und Integrati-
1435 on nicht allein gelassen werden. Wir wollen einen »europäischen Fonds für Willkommenskommun-
1436 en«, der Geflüchteten Bewegungsfreiheit sichert und zugleich aufnahmebereiten Kommunen und
1437 solidarischen Städten direkt hilft. Kommunen, die die Bedingungen für Willkommenskultur verbes-
1438 sern wollen, können damit Mittel für die Versorgung und Integration von Geflüchteten beantragen.
1439 Wenn sich Geflüchtete in einer Kommune niederlassen, kann die Gemeinde andererseits auf der
1440 Grundlage der Neumeldungen noch Investitionsmittel aus einem Fond beantragen. Diese Investiti-
1441 onsmittel können dann allgemein für die öffentliche Daseinsvorsorge genutzt werden.

1442 – Staatenlosigkeit beenden! Es gibt 600 000 Staatenlose in Europa, die Hälfte davon Kinder.
1443 Staatenlosigkeit macht rechtlos, verhindert die Teilhabe und schafft einen Teufelskreis der Diskri-
1444 minierung für nachfolgende Generationen. Wir fordern, dass die EU mit ihren Mitgliedsländern die
1445 Hürden für einen Nachweise über die Staatsangehörigkeit abbaut und insbesondere für staatenlos

- 1446 geborenen Kindern die Möglichkeit schafft, die Staatsangehörigkeit ihres Geburtslandes zu erwerben.
1447
- 1448 – Bildung anerkennen und Diskriminierung bekämpfen! Es braucht eine bessere Anerkennung der
1449 Qualifikationen und Abschlüsse von Nicht-EU-Bürgern, damit diese ihre Berufe weiter ausüben
1450 können. Rassistische und sexistische Diskriminierung muss in der EU aktiv bekämpft werden, dafür
1451 wollen wir die Agentur der Europäischen Union für Grundrechte stärken und mit mehr Kompetenzen
1452 ausstatten.
- 1453 – Selbstorganisation stärken! Zivilgesellschaftliche Gruppen, die sich gegen Rassismus, Antisemitismus,
1454 Antiziganismus und für mehr Demokratie engagieren, Flüchtlingsräte, migrantische Verbände,
1455 selbstverwaltete Beratungsangebote und die Selbstorganisation von Flüchtlingen wollen wir in der
1456 EU stärker fördern.

1457 Gerechtigkeit globalisieren! Unser europäischer Plan zur Bekämpfung von 1458 Fluchtursachen

- 1459 – Hilfe vor Ort ausreichend unterstützen! 85 Prozent aller Geflüchteten weltweit halten sich in
1460 Ländern des globalen Südens auf. Ihre Versorgung ist oft katastrophal. Die EU muss mit gutem
1461 Beispiel voran gehen und endlich die Finanzierungslücke des UNO Hilfswerks (UNHCR), des Welt-
1462 ernährungsprogramms und der Weltgesundheitsorganisation schließen. Im Fall des UNHCR geht es
1463 um knapp 4 Milliarden Euro, also nur einen Bruchteil der Rüstungsausgaben.
- 1464 – Effektiver Klimaschutz statt Symbolpolitik! Wir wollen, dass die EU mit einem europäischen
1465 Klimaschutzplan ihrer Verantwortung dafür gerecht wird, die Erderwärmung deutlich unter 2 Grad,
1466 möglichst auf 1,5 Grad zu begrenzen. Der Kohleausstieg muss europaweit sofort beginnen und bis
1467 2035 abgeschlossen sein. Die 20 schmutzigsten Braunkohlekraftwerke wollen wir bis 2020 ab-
1468 schalten! Es braucht in der EU eine öffentliche Emissionsbremse (vgl. Kapitel Klimaschutz kennt
1469 keine Grenzen).
- 1470 – Waffenexporten in Europa verbieten! Wir fordern einen sofortigen Stopp der Exporte von Rüstungs-
1471 gütern, Waffenteilen und der Lieferungen von Rüstungsfabriken. Europäische Rüstungskonzerne
1472 wie Rheinmetall müssen gezwungen werden, ihre Rüstungsproduktion in Diktaturen einzustellen.
1473 Gleiches muss für digitale Technik gelten, die Überwachung und Kontrolle des Internetzugangs
1474 ermöglichen oder in Konflikten als Waffen eingesetzt werden kann (vgl. Kapitel Für Frieden in
1475 Europa und der Welt).
- 1476 – In Entwicklung investieren! Wir wollen die Mittel für militärische Interventionen umwidmen und in
1477 ein ziviles Aufbau- und Friedenssicherungsprogramme der EU investieren. Die Gelder für Entwick-
1478 lungszusammenarbeit wollen wir endlich auf die zugesagten 0,7 Prozent des Bruttoinlandsproduk-
1479 tes anheben. Dieses Geld soll den Ländern des globalen Südens zur Verfügung gestellt werden, um
1480 eine eigenständige Entwicklung zu ermöglichen.
- 1481 – Nicht nur mehr, sondern anders! Entwicklungsfinanzierung muss öffentlich sein und darf nicht zu
1482 einer caritativen Einrichtung werden. Wir wollen, dass sich Entwicklungszusammenarbeit an den
1483 Bedürfnissen der ärmeren Länder orientiert – anstatt weiter vor allem den Interessen europäischer
1484 Unternehmen zu dienen! Die Verzahnung von Entwicklungs- und Sicherheitspolitik, im Sinne des so-
1485 genannten Grenzschatzes und der Migrationskontrolle, lehnen wir ab. Wir fordern eine Kündigung
1486 der EU-Deals mit Erdogan und Libyen und einen Stopp entsprechender Vertragsverhandlungen!
- 1487 – Nachhaltige Wirtschaftspolitik statt nationaler Standortkonkurrenz! Es braucht einen internationa-
1488 len Ausgleichsmechanismus, der die EU-Staaten mit Exportüberschüssen auf ausgeglichene Han-
1489 delsbilanzen verpflichtet. So wird die Wirtschaft stärker auf Nachfrage im Inneren ausgerichtet.
1490 Dafür braucht es ein Ende der Kürzungspolitik, die den Niedriglohnsektor befördert und Löhne in
1491 Europa künstlich niedrig hält. Das exportiert weltweit Armut und ist volkswirtschaftlich schädlich.
1492 (vgl. Kapitel Gute Arbeit: gerecht in Europa)
- 1493 – Recht auf Nahrung durchsetzen! Wir wollen Landraub (land grabbing) und die Spekulation mit
1494 Nahrungsmitteln verbieten. Zudem wollen wir grenzübergreifend Ernährungssouveränität und eine
1495 nachhaltige Landwirtschaft fördern statt die Agrarindustrie weiter zu pöppeln. Dafür wollen wir die

- 1496 bisherigen EU-Flächenprämien umwidmen und in den Umbau zu einer klimaverträglichen Landwirt-
 1497 schaft investieren (vgl. Menschen vor Profite)
- 1498 – Fair handeln! Wir wollen europäische Handelsabkommen mit sozialen, demokratischen und
 1499 ökologischen Mindeststandards! Nein zu den »Europäischen Wirtschaftspartnerschaftsabkommen«
 1500 (EPA) mit den Afrikanischen Staaten, die nur Märkte öffnen und Privatisierungen zementieren. Die
 1501 Länder des Südens müssen ihre Märkte schützen können. (Vgl. Kapitel Wirkliche Demokratie statt
 1502 Lobby der Konzerne)
- 1503 – Zivilgesellschaft fördern statt Deals mit Diktatoren schließen! Wir wollen einen europäischen Fonds
 1504 zur Förderung von zivilgesellschaftlichen Akteuren, die sich für Demokratie, Gleichberechtigung
 1505 und soziale Gerechtigkeit weltweit einsetzen, ihn wollen wir mit substantiellen finanziellen Mitteln
 1506 ausstatten. Die EU muss sich aktiv für die Freilassung politischer Gefangenen in autoritären Regi-
 1507 men einsetzen und aufhören, Autokraten unter die Arme zu greifen. Die willkürliche Kriminalisie-
 1508 rung fortschrittlicher Bewegungen, auch durch Behörden hierzulande, wollen wir beenden. Die PKK
 1509 muss von der Terror-Liste des EU-Ministerrates gestrichen werden.
- 1510 – Verbindliche Regeln für Konzerne! Wir wollen europäische Konzerne verpflichten, weltweit die
 1511 sozialen und ökologischen Standards einzuhalten. Die Einfuhr von Produkten aus Kinderarbeit
 1512 wollen wir verbieten. Wir wollen, dass europäische Firmen ihre Zulieferer und deren Arbeitsbedin-
 1513 gungen offenlegen müssen. Sie haben eine – auch menschenrechtliche – Sorgfaltspflicht entlang
 1514 der gesamten Lieferkette. Wir wollen, dass die EU und ihre Mitgliedsstaaten die Konvention zum
 1515 Schutz der Rechte von Wanderarbeiterinnen und Wanderarbeiter ratifizieren.
- 1516 – Arbeitsrechte globalisieren! Wir setzen uns für verbindliche Regeln für multinationale Unternehmen
 1517 ein. Deshalb unterstützen wir den sogenannten Treaty-Prozess der Vereinten Nationen, der die
 1518 Sorgfaltspflichten von Unternehmen gesetzlich verankern will und von den EU-Staaten bisher
 1519 blockiert wird. Beschäftigte sollen gegen Menschenrechtsverletzungen durch Konzerne auch an ihren
 1520 Heimatstandorten klagen können. Die Zuständigkeit europäischer Gerichte wollen wir entspre-
 1521 chend erweitern!
- 1522 – Die Reichen sollen für ihre Krisen zahlen! Reiche und Superreiche müssen über eine europäische
 1523 Fluchtursachensteuer an den globalen Kosten der Krisen beteiligt werden. Außerdem braucht es
 1524 ein gerechtes internationales Steuersystem, eine Finanztransaktionssteuer und die Trockenlegung
 1525 von Steueroasen, um transnationale Konzerne stärker an der Entwicklung der Länder zu beteiligen,
 1526 von deren Ausbeutung und Ressourcen sie massiv profitieren (vgl. Kapitel Mit Steuern steuern).
- 1527 – Nachhaltigkeit braucht Verbindlichkeit! Wir wollen mehr als schöne Absichtsbekundungen: Die EU
 1528 und ihre Mitgliedsstaaten müssen sich auf die verbindliche Umsetzung der Nachhaltigen Entwick-
 1529 lungsziele der UN »2030 Agenda« verpflichten.

1530 8. Wirkliche Demokratie statt Lobby der Konzerne

- 1531 Die Krise der EU heute ist vor allem eine soziale Krise. Ganze Regionen, Industrien und Wirtschafts-
 1532 sektoren wurden in den Ruin getrieben. Nationalistische Motive in öffentlichen Debatten nehmen zu.
 1533 Neben der linken, sozialen Kritik am neoliberalen Projekt EU nimmt auch eine von dumpfem Nationa-
 1534 lismus und irrationalen Ängsten gespeiste Kritik von rechts zu. Wahlerfolge rechter, rechtsextremer
 1535 und faschistischer Parteien in zahlreichen Ländern sind ein Ausdruck dieser politischen Krise.
 1536 Spätestens mit dem »Brexit«-Referendum in Großbritannien ist offenbar geworden, dass die Gefahr
 1537 eines Auseinanderbrechens der EU ganz real ist. Es sind diese unsoziale und undemokratische EU und
 1538 die Politik ihrer Mitgliedsstaaten, die autoritären Kräften, Rassismus und Nationalismus Auftrieb
 1539 geben. Europa kann durch Demokratie und soziale Gerechtigkeit verändert werden – andernfalls
 1540 besteht die Gefahr, dass rechte Parteien und Populisten Europa nach ihrem Bild verändern.
- 1541 Die Krise der EU ist auch eine Krise der marktkonformen Demokratie: Freier Kapitalverkehr, freier
 1542 Fluss von Gütern und Dienstleistungen sind die privilegierten Freiheiten, sie sind das Primärrecht der
 1543 EU. Kommt es zum Konflikt mit sozialen, ökologischen und demokratischen Rechten, sind diese nur
 1544 Sekundärrecht. Die Macht der Lobbyisten der Konzerne ist nicht nur eine Folge ihrer ökonomischen
 1545 Macht oder gar Zufall. Marktkonforme Demokratie und Lobbymacht der Konzerne bedingen einander
 1546 gegenseitig.

1547 DIE LINKE will einen Neustart der Europäischen Union. Wir wollen die linke europäische Idee von
1548 sozialer Gerechtigkeit, Humanismus und internationaler Solidarität vor ihrer Zerstörung durch die
1549 neoliberale Politik der EU bewahren. Nur so kann Europa und die EU eine wirkliche und dauerhafte
1550 Antwort auf die jahrhundertelange Geschichte von Kriegen und Gewaltherrschaft, insbesondere dem
1551 Zweiten Weltkrieg und dem Nationalsozialismus sein. Ein Scheitern der EU würde dem Nationalismus
1552 und Rassismus in Europa weiteren massiven Auftrieb geben.

1553 Eine Verbesserung demokratischer und sozialer Standards wird es im 21. Jahrhundert in Europa nur
1554 auf der Grundlage des solidarischen Miteinanders geben. Wir wollen den Neustart der Europäischen
1555 Union durch eine Initiative für ein Europa von unten.

1556 Die EU kann durch Bewegung von unten für eine unteilbare Demokratie und soziale Gerechtigkeit
1557 verändert werden. Bereits früher konnten durch den Druck von Gewerkschaften und sozialen
1558 Bewegungen neoliberale Vorstöße zur Privatisierung der Wasserversorgung (2014) und die sogenann-
1559 te Bolkestein-Richtlinie (2006) zur Liberalisierung von Dienstleistungen im EU-Binnenmarkt verhindert
1560 werden. Nach den Protesten gegen TTIP, CETA und TiSA wurde 2018 das Sonderklagerecht für
1561 Konzerne aus dem neuen NAFTA-Vertrag zwischen Mexiko, Kanada und der USA gestrichen. Das muss
1562 jetzt auch für die weiteren Handelsverträge der EU erreicht werden.

1563 DIE LINKE steht an der Seite der Gewerkschaften und ist Teil der sozialen Bewegungen. Wir werden in
1564 Deutschland und in Europa gemeinsam mit unserer Fraktion im EU-Parlament sowie unseren
1565 Schwesterparteien in der Europäischen Linken (EL) weiter dafür kämpfen, dass die Interessen der
1566 Menschen Vorrang vor Profit und Wettbewerb haben, dass das Recht auf Asyl und der Schutz vor
1567 Diskriminierung, Verfolgung und auf der Flucht verteidigt wird. DIE LINKE ist solidarisch mit den
1568 fortschrittlichen Kräften in Europa, die ein soziales und solidarisches Europa anstreben. Veränderun-
1569 gen sind nur möglich, wenn die Mehrheiten andere sind. Deshalb brauchen wir soziale Bewegungen
1570 und eine starke LINKE.

1571 Die Macht von Kommission und Räten brechen. Das europäische Parlament 1572 stärken

1573 Das Parlament der EU ist die am stärksten demokratisch legitimierte Institution der EU, weil sie durch
1574 das Verhältniswahlrecht zusammengesetzt ist. Entscheidungen dagegen werden vom EU-Rat und der
1575 EU-Kommission getroffen. Die Mitglieder des EU-Rats werden von den jeweiligen nationalen Regierun-
1576 gen delegiert. Auch in der EU-Kommission finden sich in aller Regel nur die Vertreter (und selten:
1577 Vertreterinnen) der Regierungen der Länder. Nur die EU-Kommission hat Initiativrecht für EU-Recht.
1578 Auch hier hat das EU-Parlament keine Rechte. Die Oppositionsparteien aus den europäischen Ländern
1579 im EU-Parlament können keine Gesetzesinitiativen anstoßen, weil sie im EU-Rat und der EU-
1580 Kommission nicht vertreten sind. Die demokratische Pluralität des Parlaments als ein Ergebnis der
1581 Wahlen zum Parlament wird so systematisch verzerrt. Sie muss gestärkt werden gegen die Macht der
1582 Kommission und Räte der EU. DIE LINKE kämpft für ein Europäisches Parlament, in dem es wirklich
1583 etwas zu entscheiden gibt:

- 1584 – Das Europäische Parlament muss das Initiativrecht bekommen, damit es selbst Gesetzesprozesse
1585 anstoßen und so Politik entwickeln kann.
- 1586 – Im Bereich der Wirtschafts- und Währungsunion soll das EP gleichberechtigt zu Rat und Eurogruppe
1587 entscheiden können.
- 1588 – Die Abgeordneten sollen die Kommission und ihren Präsidenten wählen und abwählen können.
- 1589 – Das Europäische Parlament soll für seine Zuständigkeiten ein alleiniges Haushaltsrecht bekom-
1590 men.
- 1591 – Die EZB muss unter demokratische Entscheidungen und Kontrolle des Europäischen Parlaments
1592 gestellt werden.

1593 Wir wollen die Institutionen der EU grundlegend demokratisieren. Dabei muss der Grundsatz der
1594 Subsidiarität gelten: Politische Entscheidungen in der EU sollen so bürgernah wie möglich getroffen
1595 werden. Entscheidungen sollen auf den Ebenen getroffen werden, die am stärksten davon betroffen

1596 sind: kommunale Angelegenheiten in den Kommunen und bundesweite Angelegenheiten in den
1597 nationalen Parlamenten. Grundlegende Entscheidungen in der EU müssen vom Europaparlament und
1598 den nationalen Parlamenten getroffen werden.

1599 Mehr direkte Demokratie, Volksabstimmungen und Referenden

1600 Die EU-Bürgerinitiative für ein Verbot von Glyphosat und verbindliche Reduktionsziele von Pestiziden
1601 sammelte über 1 Million Unterschriften in 28 Ländern für ihr Anliegen. Die EU-Kommission entschied
1602 dagegen mit den Stimmen von 18 Regierungen einschließlich Deutschlands, die Zulassung von
1603 Glyphosat um fünf Jahre zu verlängern, ohne über die Bürgerinitiative im Rat oder Parlament der EU
1604 überhaupt zu beraten.

1605 Die Bürgerinnen und Bürger müssen mit Volksbegehren und Volksentscheiden Themen auf der EU-
1606 Ebene verbindlich setzen können. Sie müssen sie zur Abstimmung bringen können, wenn sie im
1607 Institutionengefüge der EU nicht durchdringen. Demokratie ist mehr, als alle vier oder fünf Jahre seine
1608 Stimme abgeben zu dürfen!

1609 Die Menschen in der EU wollen Volksentscheide, aber es fehlen die rechtlichen Voraussetzungen. Seit
1610 2013 hat es außer der Glyphosat-Initiative keine EU-Bürgerinitiative mehr geschafft, die hohen
1611 bürokratischen Hürden zu nehmen. Die Menschen wollen Initiativen anstoßen und bei Gesetzge-
1612 bungsverfahren das letzte Worte haben, aber das geht in dieser EU bisher nicht. Auch die vor der
1613 Europawahl geplante Reform der EU-Bürgerinitiative plant keine Änderungen an der mangelnden
1614 Verbindlichkeit. DIE LINKE fordert dagegen:

- 1615 – Die Europäische Bürgerinitiative muss zu einer vollgültigen EU-Bürgergesetzgebung ausgebaut
1616 werden, die den Initiatoren das Recht gibt, ein EU-Bürgerbegehren durchzuführen und eine EU-
1617 weite Volksabstimmung anzustreben, wenn das Parlament ihre Initiative abgelehnt hat.
- 1618 – Bürgerinnen und Bürger in der EU sollen das Recht erhalten, über Volksentscheide und Volksbe-
1619 gehren konkrete EU-Politik mitzugestalten und Gesetze zu initiieren.
- 1620 – Bürgerinnen und Bürger wollen wir in der EU das Recht geben, mit einem Referendum ein von der
1621 EU beschlossenes Gesetz ändern bzw. verhindern zu lassen.

1622 Eine Verfassung für Europa

1623 Nicht nur diese Demokratiedefizite machen deutlich, dass die EU eine andere vertragliche Grundlage
1624 benötigt: DIE LINKE will einen Neustart der Europäischen Union. Die Verträge von Maastricht und
1625 Lissabon haben den Neoliberalismus in die Grundlagen der EU eingeschrieben. Wir brauchen eine
1626 grundsätzliche soziale, demokratische und europäische Alternative zu dieser neoliberalen EU: mit
1627 neuen Verträgen, neuen Strukturen, neuen Hoffnungen.

- 1628 – Eine neue Verfassung kann nur von und mit den Menschen in Europa entwickelt werden. Deswe-
1629 gen treten wir für einen Verfassungskonvent ein, in dem Vertreterinnen und Vertreter der Länder
1630 der EU gleichberechtigt und gemeinsam die Grundlagen der EU diskutieren, einen Entwurf für eine
1631 Verfassung erarbeiten und diesen zur Beratung und Abstimmung durch die Menschen in der EU
1632 vorlegen können.

1633 Grundrechte verteidigen und weiterentwickeln

1634 Ein Teil des Gründungsmythos der EU ist, dass sie ein Leuchtturm der Bürger- und Menschenrechte
1635 sei. Doch: In Polen wurden unabhängige Richter abgesetzt, in Österreich unterscheiden Ministerien
1636 zwischen freundlichen und kritischen Journalisten, in Italien und Ungarn werden Menschen kriminali-
1637 siert, die sich für Geflüchtete einsetzen.

1638 Wir brauchen Initiativen zum Schutz der Bürger- und Menschenrechte in der EU. Diese müssen neu
1639 diskutiert und verhandelt werden.

- 1640 – Seit 2010 könnte die EU der Europäischen Menschenrechtskonvention beitreten. Das Beitrittsver-
- 1641 fahren ist aber zum Stillstand gekommen, weil die vertraglichen Grundlagen der EU dafür unzu-
- 1642 reichend sind. Die EU muss der Europäischen Menschenrechtskonvention beitreten.
- 1643 – Die Menschenrechtskonvention muss um das Recht auf Asyl und Schutz auf der Flucht ergänzt und
- 1644 für jeden Mitgliedsstaat der EU verbindlich geregelt werden.
- 1645 – Soziale Grundrechte – entsprechend der revidierten Europäischen Sozialcharta des Europarates –
- 1646 müssen von einzelnen Personen auch beim Europäischen Gerichtshof einklagbar sein.
- 1647 – Wir wollen die Grundrechte in Europa stärken: Keine verdachtsunabhängige Datenspeicherung und
- 1648 kein Profiling.
- 1649 – Wir wollen, dass die Lage von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Grundrechten in der EU
- 1650 regelmäßig länderspezifisch durch die Agentur der Europäischen Union für Grundrechte evaluiert
- 1651 und Verstöße sanktioniert werden.

1652 Den Sumpf trockenlegen: Lobbyisten der Großunternehmen zurückdrängen

1653 Ein freiwilliges EU-Lobbyregister gibt es seit 2008. Ein verbindliches Lobbyregister scheiterte aber
 1654 bislang am Widerstand von EU-Parlament und -Rat und der Mehrheit der Christ- und Sozialdemokraten
 1655 darin. Ebenso fehlt ein verbindliches Transparenzregister, das den Umfang der Lobbyinterventionen
 1656 deutlich machen könnte. Lobby- und Transparenzregister stärken die demokratische Kontrolle.
 1657 Korruption und Bestechung, Vorteilsgewährung, Vorteilsnahme, Intransparenz und Parteiensponsoring
 1658 dürfen nicht die Politik bestimmen.

- 1659 – DIE LINKE fordert für die EU wie auch für die Bundesrepublik verbindliche, digital lesbare Lobby-
- 1660 und Transparenzregister. Mit ihnen soll öffentlich gemacht werden, mit welchem Budget, in wessen
- 1661 Auftrag und zu welchem Thema die Lobbyisten Einfluss auf die Politik nehmen.
- 1662 – Wir wollen die europäische Anti-Korruptionsbehörde, das Europäische Amt für Betrugsbekämpfung
- 1663 OLAF, ausbauen und stärken.

1664 José Manuel Durão Barroso war von 2004 bis 2014 Präsident der Europäischen Kommission und
 1665 damit quasi Regierungschef der EU mit Richtlinienkompetenz. In dieser Funktion hatte er während der
 1666 Finanzkrise u.a. eine eng mit der Finanzlobby verbundene Gruppe gebildet, die die Finanzmärkte und
 1667 Finanzdienstleister beaufsichtigen sollte. 2016 wurde er von Goldman Sachs angestellt. Derartige
 1668 Verflechtungen, Abhängigkeiten, Drehtüreffekte zwischen Wirtschaft und Politik sind auch in der EU
 1669 alltäglich – und sie beschädigen die Demokratie nachhaltig. Gesetze dürfen nicht von denen geschrie-
 1670 ben werden, die von ihnen profitieren.

- 1671 – Wir brauchen eine Abkühlphase für Politiker und Politikerinnen von mindestens drei Jahren vor
- 1672 einem Wechsel in die Privatwirtschaft sowie harte Sanktionen bei Verstößen gegen den Verhal-
- 1673 tenskodex.
- 1674 – Wir wollen Abgeordnetenbestechung wirksam unter Strafe stellen. Wer Gegenleistungen für
- 1675 Handlungen oder Unterlassungen im Zusammenhang mit der Ausübung des Abgeordneten-
- 1676 Mandats annimmt, soll bestraft werden.
- 1677 – Die Nebenverdienste von Abgeordneten sind auf Euro und Cent zeitnah zu veröffentlichen.
- 1678 – Spenden von Unternehmen und Lobbyisten an Parteien sowie Parteiensponsoring wie Unterneh-
- 1679 mensstände auf Parteitagen wollen wir verbieten und Spenden von Privatpersonen auf 25 000 Euro
- 1680 im Jahr begrenzen.

1681 Keine Sonderklagerechte für Konzerne - Neoliberale Freihandelsabkommen 1682 stoppen

1683 Beim neuen NAFTA-Freihandelsabkommen verzichteten Kanada, Mexiko und der USA auf die einseitigen
 1684 Konzernklagerechte, gegen die wir uns seit Anfang an gewehrt und gegen die wir im Europäischen
 1685 Parlament gestimmt haben. Auch der Europäische Gerichtshof hat kürzlich Abkommen über Konzern-
 1686 klagerechte zwischen EU Staaten als rechtswidrig erklärt. Die EU Kommission hat auf die Kritik an

1687 Schiedsgerichten reagiert und eine Reformagenda angeschoben. Wenn Kanada mit den USA auf
1688 Schiedsgerichte verzichtet, dann müssen sie auf dieses umstrittene Instrument auch beim Handelsab-
1689 kommen CETA zwischen Kanada und der EU, TTIP zwischen der USA und der EU, JEFTA mit Japan und
1690 TiSA zwischen 23 Staaten und der EU verzichten.

1691 – Wir fordern, dass alle einseitigen Konzernklagerechte bei den Handelsverträgen CETA, TTIP, JEFTA
1692 und TiSA sofort abgeschafft werden.

1693 – Wir lehnen die neoliberalen Freihandels- und Konzernschutz-Abkommen ab: sie sind demokratie-
1694 feindlich und schränken die Entwicklungsmöglichkeiten schwächerer Länder ein. Deutschland
1695 muss ihnen die Zustimmung verweigern.

1696 Bürgerrechte 4.0 – Datenschutz garantieren

1697 Die Europäische Kommission hat Deutschland beim Gerichtshof der Europäischen Union verklagt, weil
1698 Deutschland es an einigen deutschen Flughäfen versäumt hat, alle Maßnahmen der Luftsicherheit
1699 regelmäßig zu überprüfen. Statt Straftaten oder Terroranschlägen durch regelmäßige Kontrollen
1700 vorzubeugen, werden bei Flügen nach wie vor anlasslos und grundrechtswidrig Fluggastdaten
1701 gespeichert und die Überwachungstechnik ausgebaut. So werden Freiheitsrechte ausgehöhlt, die zu
1702 verteidigen vorgegeben wird.

1703 Wir brauchen einen starken europäischen Datenschutz, damit der Datenschutz in Deutschland besser
1704 funktioniert. Die Datenschutzgrundverordnung leistet dies nur sehr begrenzt. Sie will die Grundlagen
1705 für einen europäischen Datenbinnenmarkt legen. Verstöße gegen den Datenschutz wollen wir schärfer
1706 bestrafen und Datenschutzbeauftragte stärken.

1707 Neue Technologien führen mit dramatischer Geschwindigkeit zu einer Veränderung unserer Wirtschaft
1708 und unserer Handelsbeziehungen. Die reichsten Konzerne der Welt handeln nicht mehr mit Öl,
1709 sondern mit Daten – und zwar mit unseren.

1710 – Wir wollen, dass die Europäische Union ein Regelwerk durchsetzt, das Beschäftigte und Konsumie-
1711 rende in einer digitalisierten Weltwirtschaft in ihren Persönlichkeitsrechten stärkt und vor Manipu-
1712 lation, Ausbeutung und Betrug schützt.

1713 – Private elektronische Kommunikation (ePrivacy-Verordnung) muss stärker reguliert werden.

1714 – Das „privacy shield“ erlaubt es US-amerikanischen Firmen wie Facebook oder Amazon, persönliche
1715 Daten aus Europa in die USA zu übertragen, wo kein nennenswerter Datenschutz besteht. Wir
1716 wollen verhindern, dass die Bürgerinnen und Bürger mehr und mehr zu Objekten von Datenhandel,
1717 datengestützten Analysen ihres Verhaltens und Ausbeutung ihrer persönlichen Daten zu Profit-
1718 bzw. Machtzwecken werden.

1719 – Die EU muss sich zum Prinzip der Gewaltenteilung und der Trennung von Polizei, Geheimdiensten
1720 und Militär bekennen und dieses verteidigen. Datenaustausch zwischen Strafverfolgungsbehörden
1721 muss auf eine rechtsstaatliche Basis gestellt und die Rechte der Betroffenen gestärkt werden. Die
1722 Menschen dürfen nicht Objekt staatlicher Datenausspähung werden.

1723 – Hasskriminalität und illegale online-Inhalte müssen verhindert werden. Das Netzwerkdurchset-
1724 zungsgesetz lehnen wir genauso ab, wie ähnliche Pläne in der EU. Der Rechtsschutz für Betroffene
1725 gewahrt werden und darf nicht privaten Anbietern von Plattformen und sozialen Netzwerken das
1726 Recht übertragen werden, über entsprechende Inhalte zu entscheiden.

1727 – Das Recht auf Privatsphäre und informationelle Selbstbestimmung gilt auch für Beschäftigte.
1728 Arbeitgeber dürfen nur Daten abspeichern, die für die Erfüllung des Arbeitsvertrages erforderlich
1729 sind. Einer Überwachung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern durch Video, Detektive oder des E-
1730 Mail-Verkehrs stellen wir uns entgegen.

1731 – Die Vorratsdatenspeicherung und die anlasslose Speicherung von Fluggastdaten müssen beendet
1732 werden.

1733 – Wir wollen Personen und Strukturen schützen, die kritische Öffentlichkeit möglich machen:
1734 sogenannte Whistleblower. Das betrifft die Informanten über Missstände in Unternehmen und

1735 Behörden und Plattformen im Internet, auf denen kritische Informationen veröffentlicht werden
1736 können.

1737 9. Unteilbar: Gegen Rassismus, Antisemitismus und Ausgrenzung – 1738 gleiche Rechte für alle

1739 Es findet eine dramatische politische Verschiebung statt: Rassismus, Antisemitismus und Menschen-
1740 verachtung werden gesellschaftsfähig. Was gestern noch undenkbar war und als unsagbar galt, ist
1741 kurz darauf Realität. Humanität und Menschenrechte, Religionsfreiheit und Rechtsstaat werden offen
1742 angegriffen. Es ist ein Angriff, der uns allen gilt.

1743 Die Politik von sozialer Verunsicherung und nationaler Abschottung hat den Nährboden bereitet, auf
1744 dem Rassismus und Ideologien der Ausgrenzung gedeihen. Eine wirksame Politik dagegen muss in der
1745 EU die Ursachen bekämpfen und aufklären: Prekarisierung zurückdrängen, die Demokratisierung der
1746 Gesellschaft vorantreiben und soziale Sicherheit schaffen. Erst damit kann es wirksam und langfristig
1747 verhindert werden, dass Menschen wegen ihres sozialen Status, Aussehens, Herkunft, sexuellen
1748 Orientierung oder Religion ausgegrenzt oder gegeneinander ausgespielt werden.

1749 Wir treten für eine offene und solidarische Gesellschaft ein, in der Menschenrechte unteilbar, in der
1750 vielfältige und selbstbestimmte Lebensentwürfe selbstverständlich sind. Wir stellen uns gegen
1751 jegliche Form von Diskriminierung und Hetze. Gemeinsam treten wir antimuslimischem Rassismus,
1752 Antisemitismus, Antiziganismus, Antifeminismus und LSBTTIQ* - Feindlichkeit entschieden entgegen.

1753 Es gibt keinen Gegensatz zwischen den Interessen der Arbeiterklasse und denen des Feminismus,
1754 Antirassismus, der LSBTTIQ* -Bewegung und der Ökologie. Eine linke Partei kann diese Themen nur
1755 gemeinsam angehen. Menschenrechte sind unteilbar, weil das eine Menschenrecht nicht vom
1756 anderen zu trennen ist, weil jedes Menschenrecht die anderen benötigt, weil es Rechte für jeden
1757 Menschen sind.

1758 Dem Rassismus entgentreten: gegen Rechtspopulismus und Neofaschismus 1759 in Europa

1760 Die extreme Rechte ist in Europa auf dem Vormarsch. In Österreich und Italien regieren diese Parteien
1761 mit. In Polen und Ungarn sind sie die stärksten Parteien. In weiteren Ländern sind sie an der Regie-
1762 rung beteiligt oder dulden sie. In den Niederlanden und Schweden finden sich erfolgreiche Rechtspar-
1763 teien und in Deutschland ist die AfD in allen Landtagen vertreten und im Bundestag nominell stärkste
1764 Oppositionspartei.

1765 – DIE LINKE tritt dafür ein, dass die Empfehlungen der Europäischen Kommission gegen Rassismus
1766 und Intoleranz (ECRI) und der der Agentur für Grundrechte der EU in den Mitgliedstaaten der Union
1767 tatsächlich umgesetzt bzw. sanktioniert werden.

1768 – DIE LINKE fordert weiterhin die finanzielle Stärkung europaweiter Programme, die sowohl Mittel für
1769 Initiativen und Projekte gegen Rassismus und andere Formen der Diskriminierung. Diese sollen
1770 Bestandteil einer zu schaffenden europäischen Präventionsarchitektur gegen alle Formen des
1771 Rassismus und Neofaschismus sein.

1772 Antimuslimische Rassismus ist zentraler Bestandteil von Hetze und Mobilisierung extremer rechter
1773 Parteien in ganz Europa geworden. Auch der Grundrechte-Bericht der Agentur der Europäischen Union
1774 für Grundrechte 2018 kritisiert die Diskriminierung auch im staatlichen Handeln. DIE LINKE verteidigt
1775 die Freiheit der Gedanken, des Gewissens und Glaubens. Wir stellen uns dem antimuslimischen
1776 Rassismus entgegen. Gegen einen vermeintlichen »Kampf der Kulturen« (Samuel Huntington) oder
1777 eine »feindliche Übernahme« (Thilo Sarrazin) unterstützen wir den Einsatz von Menschen unterschied-
1778 licher Herkunft, Weltanschauungen und Religionen für globale soziale Gerechtigkeit, Demokratie und
1779 Frieden. Wir wollen die Selbstorganisation der Muslime fördern.

- 1780 – Wir brauchen kostenlose und diskriminierungsfreie Bildungs- und Ausbildungsangebote, die über
1781 die antimuslimische Hetze der Rechten und Religionen in ihrer Vielfalt aufklären.

1782 Gleiche Rechte für Sinti und Roma

1783 Sinti und Roma sind die größte ethnische Minderheit in Europa. Sie sind in einem höheren Maße von
1784 Armut und sozialer Ausgrenzung betroffen. In den EU-Beitrittsstaaten werden viele Roma infolge der
1785 neoliberalen Anpassungsprogramme ins Elend gedrängt. Dennoch werden sie in vielen Ländern
1786 Europas diskriminiert und verfolgt: In Italien 2007, Frankreich 2010 gab es Pogrome gegen Sinti und
1787 Roma bzw. Massenabschiebungen von ihnen. Gegen die Tschechische Republik, die Slowakei und
1788 Ungarn wurden seit 2014 EU-Vertragsverletzungsverfahren eingeleitet, weil sie Kinder in Sonderschu-
1789 len abschieben. Die Lage der Sinti und Roma in der EU hat sich in den letzten Jahren weiter ver-
1790 schlechert, weil die EU-Instrumente unzureichend sind, weil viel zu wenig Geld dafür zur Verfügung
1791 gestellt wird und weil die EU-Mitgliedsstaaten nicht verpflichtet werden, die Richtlinien und Gesetze
1792 umzusetzen.

- 1793 – Wir wollen die Selbstorganisation und die öffentliche Unterstützung der Sinti und Roma fördern.
1794 – Die Programme zur Gleichstellung der Sinti und Roma müssen finanziell dauerhaft abgesichert
1795 werden und für die Mitgliedsländer verpflichtend sein.
1796 – Die europäische Union muss spezifische Maßnahmen zur Bekämpfung von Rassismus und
1797 Diskriminierung gegen Roma einführen.
1798 – Sinti und Roma haben das Recht, die Freizügigkeitsregelungen in der EU wie in Deutschland in
1799 Anspruch zu nehmen. Diskriminierende Sonderregelungen sind abzuschaffen.
1800 – Sinti und Roma darf nicht das Recht auf Asyl entzogen werden, indem potenziellen Beitrittskandi-
1801 daten der EU Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Mazedonien, Montenegro und Serbien zu siche-
1802 ren Herkunftsstaaten erklärt werden.
1803 – Keine Abschiebungen von Sinti und Roma in Staaten, in denen sie diskriminiert und verfolgt
1804 werden.
1805 – Symbolische Erklärungen des EU-Parlaments reichen nicht! Nötig sind Sanktionen gegen Länder, in
1806 denen Roma diskriminiert werden.

1807 »Wenn wir streiken, steht die Welt still«: LINKER Feminismus

1808 Die Rechten greifen weltweit Rechte von Frauen, Migrantinnen, Homosexuellen und Trans* Menschen
1809 an. Sie wollen gesellschaftlichen Rückschritt und die erkämpften Rechte von Frauen beschneiden – in
1810 einigen europäischen Ländern geschieht das bereits. Die LINKE steht für das Gegenteil ein: Wir
1811 unterstützen den Kampf für gleiche Rechte, sexuelle Selbstbestimmung, gegen Sexismus – und für
1812 soziale Gleichheit. Wir stehen für einen »Feminismus der 99 %«, der Gleichheit und Emanzipation für
1813 alle Frauen erkämpfen, die Lebensbedingungen aller Frauen verbessern, und die Gesellschaft
1814 demokratischer gestalten will. Das geht nur im Konflikt mit den Reichen und Mächtigen und dem Anti-
1815 Feminismus von rechts.

1816 Frauen werden immer noch schlechter bezahlt als Männer, sie sind stärker von Altersarmut und
1817 prekärer Arbeit, aber auch von Sexismus und sexualisierter Gewalt betroffen. Die neoliberale Politik in
1818 der EU hat Millionen Frauen in die Armut gestürzt, sie hat zu Erwerbslosigkeit, mangelnder Gesund-
1819 heitsversorgung und zunehmender Gewalt gegen Frauen und Migrantinnen geführt.

1820 Gleichzeitig ist auch die feministische Bewegung stärker geworden. In Spanien waren am 8. März
1821 2018 fünf Millionen Frauen auf der Straße, in Polen haben sie gegen die Verschärfung der Abtrei-
1822 bungsgesetze gestreikt, in Irland das Abtreibungsverbot gekippt, auch in Deutschland werden
1823 feministische Proteste wie am 8. März stärker.

- 1824 – Wir setzen uns dafür ein, dass alle Frauen in der EU sozial abgesichert werden. Nur so ist ein
1825 selbstbestimmteres Leben möglich.
1826 – Wir wollten europaweit die Lohndiskriminierung von Frauen überwinden. Europaweit muss gelten:
1827 gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit.

- 1828 – Wir streiten für eine Aufwertung von Berufen etwa in der Pflege, Erziehung und im Einzelhandel, in denen vor allem von Frauen arbeiten und die häufig schlecht bezahlt werden.
- 1829
- 1830 – Die Gesundheitsversorgung muss insbesondere für Frauen verbessert werden. Alle Frauen müssen Anspruch auf die notwendige ambulante und stationäre medizinische Versorgung bei Krankheit
- 1831 und Schwangerschaft sowie auf die jeweilig notwendigen Vor- und Nachsorgemaßnahmen haben.
- 1832 Dafür wollen wir verbindliche Mindeststandards und stärkere Förderung unabhängiger Frauen-
- 1833 gesundheitsseinrichtungen und -initiativen durch die EU.
- 1834
- 1835 – Von Flucht und Vertreibung sind weltweit in besonderem Maße Frauen betroffen. Geschlechtsspe-
- 1836 zifische Verfolgung und Gewalt, auch Verfolgung aufgrund von sexueller Identität müssen als
- 1837 Asylgrund anerkannt werden.
- 1838 – Traumatisierte, geschundene, vergewaltigte Frauen aus Kriegs- und Bürgerkriegsgebieten müssen
- 1839 ein den Mitgliedstaaten der Europäischen Union aufgenommen und betreut werden.
- 1840 – Wir wollen eine bedürfnisorientierte Unterbringung und ausreichend Schutzräume für geflüchtete
- 1841 Frauen und ihre Kinder sowie für Lesben, Schwule und Trans* Menschen. Das Personal in den
- 1842 Unterkünften muss entsprechend besser geschult werden. Initiativen geflüchteter Frauen, Lesben,
- 1843 Schwulen, Trans* und intergeschlechtlichen wollen wir stärken.
- 1844 – Reproduktive Rechte stärken: In Irland und Polen gab es erfolgreiche Bewegungen gegen die
- 1845 Einschränkung des Abtreibungsrechts. Der Kampf um reproduktive Rechte muss in ganz Europa
- 1846 geführt werden. Auch in Deutschland ist noch viel zu tun, wie etwa der Prozess gegen die Ärztin
- 1847 Kristina Hänel gezeigt hat. Wir fordern die Streichung der Paragraphen 218 und 219 aus dem
- 1848 Strafgesetzbuch.
- 1849 – Hygieneartikel sind kein Luxus: Für Tampons und Binden gilt in Deutschland eine Mehrwertsteuer
- 1850 von 19 Prozent. Damit werden sie nicht als Dinge des täglichen Bedarfs behandelt, für die die
- 1851 vergünstigte Steuer von 7 Prozent gilt. Dabei ist die Periode kein Luxus. Wir fordern die Absenkung
- 1852 auf 7 Prozent. In Frankreich, Großbritannien und Spanien wurde die Steuer bereits gesenkt. Per-
- 1853 spektivisch soll die Steuer europaweit an den niedrigsten Satz angeglichen werden.
- 1854 – Sexismus überwinden. #metoo hat gezeigt, wie viel noch getan werden muss. Um Sexismus im
- 1855 Alltag zurückzudrängen wollen wir die Rechte von Frauen am Arbeitsplatz stärken, unbefristete
- 1856 Arbeitsverträge und verbindliche Anti-Diskriminierungsregelungen müssen in allen EU-Staaten zur
- 1857 Regel werden. Wir fordern ein EU-weites Förderprogramm für Bildungsarbeit gegen Sexismus,
- 1858 Homo- und Transfeindlichkeit, das Initiativen von Betroffenen stärkt und schulische wie außerschul-
- 1859 ische Bildungsarbeit fördert.
- 1860 – Wir wollen die Rechte von Sexarbeiterinnen und -arbeitern stärken.
- 1861 – DIE LINKE will Opfer von Menschenhandel und Zwangsprostitution besser schützen. Solange die
- 1862 Betroffenen keinen sicheren und eigenständigen Aufenthaltsstatus erhalten, sind die Täter durch
- 1863 die Angst der Opfer geschützt. Aufenthaltstitel, Schutz und Entschädigung müssen unabhängig von
- 1864 der Bereitschaft der Opfer, als Zeugin oder Zeuge in einem Strafverfahren auszusagen, gewährt
- 1865 werden. Für die Betroffenen fordern wir Therapiemittel, medizinische sowie psychologische Be-
- 1866 treuung, Rechtsbeistand und Rechtshilfe, Zugang zu sozialen Leistungen und Bildungsangebote.

1867 Sexuelle und geschlechtliche Selbstbestimmung

- 1868 Vielfalt ist für uns kein Lippenbekenntnis, sondern eine Selbstverständlichkeit. Der Kampf für die
- 1869 Menschenrechte und gegen Diskriminierung von homosexuellen, trans* und intergeschlechtlichen
- 1870 Menschen ist gerade angesichts des Aufschwungs rechter Kräfte zentral. Wir wollen, dass vielfältige
- 1871 Lebensweisen rechtlich gleichgestellt werden und setzen uns für ihre gesellschaftliche Akzeptanz und
- 1872 für soziale Gleichheit in den Lebensbedingungen ein. Dazu gehört, die Ungleichbehandlung von
- 1873 eingetragenen Lebenspartnerschaften in Europa zu überwinden.
- 1874 – Wir unterstützen Trans* Menschen in ihrem Kampf für das Recht auf selbstbestimmte Geschlechts-
- 1875 identität. Das beginnt damit, Trans* Identitäten nicht mehr als Krankheit zu betrachten, die geheilt
- 1876 werden muss. Das Transsexuellengesetz muss als Sondergesetz aufgehoben und in bestehendes
- 1877 Recht integriert werden.

- 1878 – Wir fordern Beratungs- und Aufklärungszentren für Betroffene und deren Angehörige sowie einen
- 1879 Entschädigungsfond für Intersexuelle, denen durch geschlechtsangleichende Operationen erhebliches
- 1880 Leid widerfahren ist.
- 1881 – Wir wollen den Schutz vor Diskriminierungen aufgrund der geschlechtlichen Identität, sexuellen
- 1882 Orientierung und Lebensweise in Artikel 3 des Grundgesetzes und in das Antidiskriminierungsge-
- 1883 setz aufnehmen. Um dieses erweiterte Grundrecht zu garantieren, braucht es Antidiskriminie-
- 1884 rungsstellen, ein echtes Klagerecht für Verbände im Allgemeinen Gleichstellungsgesetz sowie
- 1885 dessen EU-rechtskonforme Ausgestaltung.
- 1886 – Die Unrechtsurteile der nach §175 StGB in der BRD und DDR verfolgten Homosexuellen und
- 1887 Trans*Menschen müssen aufgehoben werden! Die Betroffenen müssen vollständig rehabilitiert und
- 1888 entschädigt werden.
- 1889 – Schutz- und Hilfseinrichtungen sollen einzelfallunabhängig, pauschal und verlässlich finanziert
- 1890 sowie barrierefrei werden.

1891 Für ein inklusives Europa

- 1892 DIE LINKE tritt für eine volle und wirksame Teilhabe aller Menschen mit Behinderungen ein. Wir wollen
- 1893 Barrieren abbauen – bauliche, kommunikative und strukturelle – und Menschen mit Behinderungen
- 1894 eine unabhängige Lebensführung erleichtern.
- 1895 Doch Inklusion geht weit darüber hinaus. Inklusion ist Menschenrecht: Sie eröffnet allen Menschen
- 1896 die Möglichkeit, überall im politischen, sozialen und kulturellen Leben nicht nur dabei zu sein, sondern
- 1897 es auch selbstbestimmt aktiv gestalten zu können. Doppelstrukturen in Bildung, Wohnen und Arbeit
- 1898 wollen wir europaweit auflösen. Für Menschen mit Behinderungen gibt es besonders viele Diskriminie-
- 1899 rungen und strukturelle Zugangsbeschränkungen: auf dem Arbeitsmarkt, im Sozialraum, im Verkehr,
- 1900 in der Bildung und in der ehrenamtlichen und politischen Betätigung. Das wollen wir ändern.
- 1901 – Die Behindertenrechtskonvention der UNO wurde bislang von der Bundesrepublik und fünf
- 1902 weiteren europäischen Staaten nicht vollständig ratifiziert. Das muss umgehend nachgeholt und
- 1903 die Konvention umgesetzt werden.
- 1904 – Die Bestimmungen zum Wahlrecht, Volksentscheide und Volksbegehren müssen für alle gelten, die
- 1905 ihren Lebensmittelpunkt in einem EU-Mitgliedstaat haben. Das gilt auch für Menschen mit Behin-
- 1906 derung, die unter Betreuung stehen.
- 1907 – Wir setzen uns dafür ein, dass alle rechtlichen Diskriminierungen von Menschen mit Behinderun-
- 1908 gen aufgehoben werden, insbesondere psychiatrische Sondergesetze und ärztliche oder betreu-
- 1909 ungsrechtliche Zwangsbefugnisse.
- 1910 – Menschen mit Behinderungen und ihre Selbstvertretungsorganisationen benötigen Unterstützung.
- 1911 Das beinhaltet vor allem die Förderung unabhängiger Beratung durch Expertinnen und Experten in
- 1912 eigener Sache, von Initiativen und öffentlichkeitswirksamen Maßnahmen.

1913 10. Information, Bildung und Kultur: demokratisch!

- 1914 Die Privatisierung und Kommerzialisierung von immer mehr privaten TV- und Radio-Sendern und
- 1915 Online-Angeboten folgt den Relevanzkriterien der Werbewirtschaft oder den Vermarktungsstrategien
- 1916 der Medienkonzerne. Sie zerstört die Vielfalt der Informationen. In einigen Ländern der Europäischen
- 1917 Union entscheiden rechtsextreme Parteien über Wissenschaft und Bildung und produzieren sie Fake-
- 1918 News, wie über den UN-Migrationspakt. In Ungarn sind die staatlichen Medien bereits seit Jahren
- 1919 unter Kontrolle der Regierung.
- 1920 In Deutschland versucht die AfD die demokratische Öffentlichkeit mundtot zu machen. Sie klagt
- 1921 gegen Bildungsvereine wie Miteinander e.V. in Magdeburg, richtet Internetpranger ein, um kritische
- 1922 Lehrer und Lehrerinnen einzuschüchtern. Der Bundeszentrale für politische Bildung und dem
- 1923 öffentlich-rechtlichen Rundfunk sollen die Gelder gestrichen werden. Politische Recherche, Bildung
- 1924 und Medien will sie privatisieren, damit nur noch die reichsten Unternehmen und Menschen die
- 1925 Debatte bestimmen. DIE LINKE setzt sich dagegen für eine vielfältige und reiche, streitfähige und

1926 streitbare demokratische Öffentlichkeit ein, die die bundesdeutsche Gesellschaft und Europa
1927 zusammenführt.

1928 Freier Zugang zu Wissen und Informationen

1929 Die EU-Urheberrechtsreform, die 2014 mit dem Anspruch gestartet ist, ein zeitgemäßes und einheitliches europäisches Urheberrecht zu schaffen, ist gescheitert. Die Verpflichtung zu Upload-Filtern und
1930 die Beschränkung von Verlinkungen durch das Leistungsschutzrecht für Presseverlage bedrohen die
1931 Meinungsfreiheit im Internet.
1932

1933 – Die LINKE fordert einen Neustart für ein modernes und gerechtes Urheberrecht, das Nutzungen
1934 grenzüberschreitend regelt.

1935 – Die LINKE setzt sich für den freien Zugang zu Wissen ein, das durch die öffentliche Hand oder mit
1936 öffentlichen Mitteln geschaffen wird.

1937 – Wir wollen die Position der Kreativen gegenüber den Verwertern ihrer Leistungen deutlich
1938 stärken, ihre gerechte Vergütung und gute Arbeitsbedingungen absichern.

1939 – Unser Ziel ist eine Kultur des Teilens und den freien Zugang zu und Umgang mit Wissen und Kultur
1940 absichern – dazu gehören eine weitgehende Fair-Use-Regelung, eine Verkürzung der Schutzfristen
1941 und Schrankenregelungen für Wissenschaft und Bildung.

1942 2015 wurde eine europäische Verordnung zur Netzneutralität verabschiedet. Internetunternehmen
1943 europaweit unterlaufen sie weitgehend straffrei.

1944 – Wir kämpfen für eine tatsächlich wirksame gesetzliche Absicherung der Netzneutralität. Um diese
1945 abzusichern, sollen die Infrastruktur und Netze der Telekommunikation in öffentliches und ge-
1946 meinwirtschaftliches Eigentum überführt werden.

1947 Cybersicherheit

1948 Cybersicherheit betrifft das Grundrecht auf Sicherheit online, Vertraulichkeit und Verfügbarkeit
1949 informationstechnischer Systeme. Sie sind ein schützenswertes Gut. Wir wollen Sicherheitszertifikate
1950 verbindlich vorschreiben, die unabhängig von der Industrie entwickelt werden und deren Einhaltung
1951 Voraussetzung für den Zugang zum EU-Markt sind. Zugleich müssen die Gewährleistungspflichten der
1952 Unternehmen für ihre Produkte ausgebaut werden. Die Entwicklung eigener, offensiver Fähigkeiten für
1953 den „cyber-war“ lehnen wir ab.

1954 – Statt über Forschungsförderungsprogramme und EU-NATO-Strukturen Milliarden Euro in digitale
1955 Waffen zu stecken, sollen diese Mittel für die Förderung von open-source-software aufgewendet
1956 werden.

1957 – Wir fordern demokratiekonforme Verfahren zur Sicherung personenbezogener Daten statt
1958 marktconformer Verfahren zur Aushöhlung dieses Grundrechts.

1959 – Ohne unabhängige Sicherheitszertifikate und Gewährleistungsverpflichtungen für die Unternehmen
1960 kein Zugang zum EU-Markt.

1961 Bildung für ein anderes Europa

1962 Gerne rufen Regierungsvertreter nach qualifiziertem Personal oder malen die Gefahr eines Fachkräf-
1963 temangel an die Wand. Im Dezember 2017 hat die EU-Kommission ein Vertragsverletzungsverfahren
1964 u.a. gegen Deutschland eingeleitet, weil Berufsqualifikationen von Fachkräften aus anderen EU-
1965 Mitgliedstaaten nicht anerkannt werden, obwohl das zugleich Verbraucher wie die Bürgerinnen und
1966 Bürger besser schützen würde.

1967 Gute Bildung ist ein Menschenrecht – für alle Menschen, unabhängig von ihren individuellen Voraus-
1968 setzungen und ihrer sozialen oder kulturellen Herkunft. Wir wehren uns dagegen, Bildung auf ihre
1969 Verwertbarkeit für den ökonomischen Profit zu reduzieren. Die EU hat in den vergangenen Jahren die
1970 „Beschäftigungsfähigkeit“ der Absolventinnen und Absolventen in den Mittelpunkt ihrer Bildungspoli-
1971 tik gestellt. Mit „lebenslangem Lernen“ wurde vor allem die Aufforderung verknüpft, dass die

- 1972 Beschäftigten ihre Kenntnisse und Fähigkeiten möglichst flexibel dem sich wandelnden europäischen
 1973 Arbeitsmarkt anpassen sollen. Damit muss Schluss sein. Die frühe Zuteilung von Bildungschancen
 1974 muss überwunden werden. Es müssen ausreichend gute Ausbildungsplätze zur Verfügung gestellt
 1975 werden – das gilt auch für alle Menschen mit Behinderung. In diesem Sinne ist eine inklusive Bildung
 1976 in allen Mitgliedstaaten durchzusetzen.
- 1977 Im neuen mehrjährigen Finanzrahmen 2021-2027 sollen zwar Programmflaggschiffe wie das Pro-
 1978 gramm Erasmus+ verdreifacht werden, die Beschäftigungsinitiative für junge Menschen und die
 1979 Unterstützung von KMU im Rahmen des Programms COSME, die auch Weiterbildungsanteile enthal-
 1980 ten, werden verdoppelt. Doch diese Planungen verändern nicht die Fehlsteuerungen im bildungspoliti-
 1981 schen Ansatz der EU. Denn letztlich geht es immer nur um eines: »Vorteile(n) durch mehr Wettbe-
 1982 werbsfähigkeit in und durch den EU-Binnenmarkt«. Diese Orientierung untergräbt humanistische und
 1983 inklusive Bildungskonzepte. Damit einher geht auch eine völlige politische Verantwortungslosigkeit
 1984 gegenüber demokratischen Reformen in Bildungseinrichtungen, die Mitsprache von Studierenden und
 1985 Auszubildenden sichert sowie geschlechtergerechte Bildungs- und Lehrangebote jenseits von
 1986 Absichtserklärungen realisiert.
- 1987 Ein demokratisches Europa braucht gute und demokratische Bildungssysteme. Die Abschaffung der
 1988 seit 2005 eingeführten Studiengebühren durch die Studierendenbewegung, in einigen Bundesländern
 1989 auch auf Druck unserer Landtagsfraktionen, war ein Erfolg. DIE LINKE tritt für ein Umsteuern in der
 1990 europäischen Bildungspolitik ein. Die Privatisierung von Bildungseinrichtungen muss gestoppt werden.
 1991 Es darf nicht nur darum gehen, eine kleine europäische Bildungselite herauszubilden. Alle Programme
 1992 müssen stärker für Interessenten mit Behinderungen und andere benachteiligte Gruppen ausgelegt
 1993 werden.
- 1994 – DIE LINKE tritt gegen Privatisierungen im Bildungsbereich ein. Public Private Partnerships in
 1995 Schulen und Hochschulen öffnen Profitinteressen Tür und Tor und gefährden demokratische Mit-
 1996 bestimmung in den Bildungseinrichtungen.
- 1997 – Die Dienstleistungsrichtlinie der EU hat den Privatisierungsdruck auf die sogenannten Bildungs-
 1998 dienstleistungen erhöht, wir haben sie deshalb abgelehnt. Bildung ist ein öffentliches Gut und muss
 1999 in öffentlicher Verantwortung gestaltet und solidarisch finanziert werden.
- 2000 Die Einführung der Bachelor- und Master-Abschlüsse im Zuge der Bologna-Reform hat die Studiengän-
 2001 ge zusätzlich verschult: Studieren wird von Zeitdruck und Prüfungsstress bestimmt.
- 2002 – Zugangs- und Zulassungsbeschränkungen wie Numerus Clausus, Auswahlgespräche, IQ-Tests oder
 2003 Bewerbungsgespräche müssen überwunden werden. Wir schlagen dazu ein Hochschulzulassungs-
 2004 gesetz vor. Die Zugangsmöglichkeiten für Menschen ohne Abitur müssen verbessert werden. Der
 2005 Zugang zum Master muss zulassungsfrei sein.
- 2006 – Wir fordern die Abschaffung des Bologna-Systems – weg von repressiven Studienordnungen hin zu
 2007 einem selbstbestimmten, interdisziplinären und kritischen Studieren. Die Promotion sehen wir
 2008 nicht als Studienphase, sondern als erste Etappe wissenschaftlicher Berufsausübung.
- 2009 – Die EU darf nicht länger für Studiengebühren werben, sondern muss sich für die Umsetzung des
 2010 UN-Sozialpakts stark machen: Dort steht das Recht auf Bildung im Mittelpunkt, und alle Unter-
 2011 zeichnerstaaten haben sich verpflichtet, Studiengebühren abzuschaffen.
- 2012 – Wir wollen, dass Lehrende und Lernende sich über die Landesgrenzen hinweg austauschen. Damit
 2013 sich nicht nur Jugendliche aus finanzstarken Elternhäusern während der Ausbildung einen Aus-
 2014 landsaufenthalt leisten können, müssen die Förderprogramme der EU ausgebaut und gerade für
 2015 finanziell Schwächere attraktiver gemacht werden.
- 2016 – Berufsbildung: Humanisierung der Arbeit, Demokratisierung und Partizipation sowie Emanzipation
 2017 müssen Leitziele der allgemeinen und beruflichen Bildung sein. Die EU-Bildungspolitik darf nicht
 2018 nur auf ihre Passgenauigkeit für Arbeitsmärkte orientieren.

- 2019 **Wissenschaft und Innovation für den sozial-ökologischen Umbau Europas**
 2020 Hochschulen und Wissenschaftseinrichtungen können und sollen eine kritische Perspektive auf die
 2021 europäische Gesellschaft einnehmen und zur Überwindung der ökonomischen und sozialen Krise
 2022 beitragen.
- 2023 – Sozial-, Geistes- und Kulturwissenschaften will DIE LINKE verstärkt fördern.
- 2024 – Wir fordern eine europäische Open-Access-Initiative. Das europäische Urheberrecht soll wissen-
 2025 schaftsfreundlich gestaltet werden. Der Wissenstransfer in ärmere Regionen innerhalb und außer-
 2026 halb Europas soll ausgebaut werden – etwa durch offene Publikationsformen und Datenbestände,
 2027 aber auch eine sozial verantwortliche Lizenzierungspolitik.
- 2028 – Die Gleichstellung der Geschlechter in Europas Wissenschaftseinrichtungen wollen wir durch klare
 2029 Förderkriterien und geschlechtergerechte Arbeitsbedingungen voranbringen.
- 2030 – Wir wollen den Europäischen Forschungsraum (EFR) stärken und den Austausch von Wissenschaft-
 2031 lerinnen und Wissenschaftlern fördern. Die Rahmenbedingungen wie etwa Sozial- und Altersver-
 2032 sorgungssysteme müssen auf diese Mobilität besser eingestellt werden. DIE LINKE fordert, die
 2033 Europäische Charta für Forscher endlich verbindlich auszugestalten und gute Arbeit in der Wissen-
 2034 schaft zu fördern.
- 2035 – Die Europäische Forschungsförderung muss mehr an den Herausforderungen der Gesellschaft
 2036 statt an den Interessen der Industrie ausgerichtet werden: sozial-ökologischer Umbau, die Umstel-
 2037 lung der Energie auf zukunftsfähige Energieträger, Ausstieg aus der Atomenergieforschung und
 2038 dem Fusionsprojekt ITER. Große Unternehmen und ihre Verbände haben zu viel Einfluss auf die
 2039 Ausrichtung der Forschungs- und Innovationsförderung.
- 2040 – Wir wollen, dass soziale Innovationen und Dienstleistungen stärker verankert werden. Die
 2041 Förderung von Rüstungs- und Überwachungstechnologien wollen wir ausschließen.
- 2042 – Die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses will DIE LINKE im Rahmen geeigneter
 2043 Instrumente wie der Marie-Curie-Programme und des Europäischen Forschungsrates ausweiten.
 2044 Dabei wollen wir sozialversicherungspflichtige Stellen statt Stipendien zur Grundregel machen.

2045 **Kulturelle Vielfalt in Europa**

- 2046 Wir wollen die Bedingungen dafür verbessern, dass alle Menschen am kulturellen Leben teilhaben
 2047 können. Ohne Kultur verliert Europa an Bedeutung! DIE LINKE will eine demokratische, soziale und
 2048 vielfältige Kulturpolitik auf europäischer Ebene mit einer starken Finanzierungsbasis. Kürzungen der
 2049 Kulturförderung, Schließungen oder Privatisierungen von öffentlichen Einrichtungen und ein massiver
 2050 Personalabbau haben den öffentlichen Kultursektor in ganz Europa geschwächt.
- 2051 Kultur ist Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Insbesondere seit der Finanz- und Wirtschaftskrise
 2052 steht aber vor allem die wirtschaftliche Wettbewerbsförderung im Vordergrund.
- 2053 Die Kultur- und Kreativindustrie wächst, aber die Löhne und Honorare sind schlicht. Wir fordern ein
 2054 »fair work Siegel« für Kulturprodukte, damit für Selbstständige wie Angestellte in der Kultur- und
 2055 Kreativindustrie Mindeststandards einer fairen Arbeitswelt nachgewiesen werden müssen.
- 2056 – Kultur ist mehr als eine Ware und kann nicht allein nach marktwirtschaftlichen Kriterien bewertet
 2057 werden. DIE LINKE wird sich dafür einsetzen, den Doppelcharakter von Kulturgütern anzuerkennen,
 2058 so wie er in der UNESCO-Konvention zur kulturellen Vielfalt festgeschrieben ist. Wir lehnen die
 2059 Liberalisierung kultureller Dienstleistungen ab; sie folgt allein Profitinteressen.
- 2060 Der Ausbau öffentlicher europäischer Kulturinstitutionen, Filmarchive, Möglichkeiten der Fernleihe von
 2061 Büchern und Medien, die digitale Ausstattung und die Zugänge zu Gedächtnisinstitutionen sind noch
 2062 unzureichend. Die EU soll mit ihren eigenen Förderprogrammen Impulse für eine gute Kultur-
 2063 Infrastruktur liefern, statt einseitig die Kultur- und Kreativindustrie zu fördern.

2064 11. Europa nicht den Rechten und den Neoliberalen überlassen

2065 Entweder Europa wird sozial, entweder es gibt einen neuen, gerechten Anlauf oder es geht nach
2066 rechts, in Richtung eines autoritären Kapitalismus. Wir wissen: Europa geht anders, geht gerecht,
2067 sozial, menschlich, umweltfreundlich, friedlich, ohne Aufrüstung und Interventionsarmee. Wir wissen,
2068 wir sind nicht allein. Es gibt das andere Europa nicht nur als ferne Vision, es gibt schon heute das
2069 Europa von unten. In diesem Europa organisieren sich Beschäftigte der transnationalen Konzerne und
2070 kämpfen gemeinsam für ein besseres Leben. In diesem Europa reichen die Menschen den Geflüchte-
2071 ten die Hände und helfen ihnen in Sicherheit. In diesem Europa stehen Frauen auf und sagen: Ohne
2072 uns steht Europa still.

2073 DIE LINKE tritt an für ein Europa, in dem die Menschen im Mittelpunkt stehen.

2074 DIE LINKE tritt an für ein Europa der Solidarität und der Menschenwürde.

2075 DIE LINKE tritt an, weil sie weiß: Nur wenn wir Europa radikal verändern, wird es bleiben.

www.die-linke.de